

Sonntag (Hrsg)

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz

GSVG

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz

Jahreskommentar

herausgegeben von

Dr. Martin Sonntag
Oberlandesgericht Wien

bearbeitet von

Mag. Andrea Aminger-Solich
Sozialversicherungsanstalt der
gewerblichen Wirtschaft

Dr. Johannes Derntl
Niederösterreichische
Gebietskrankenkasse

Dr. Caroline Graf-Schimek, LL.M
Wirtschaftskammer Österreich

Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh
Wirtschaftskammer
Österreich

Dr. Walter Schober
Oberlandesgericht Wien

Dr. Josef Souhrada
Hauptverband der
Sozialversicherungsträger

Mag. Robert Atria
Oberlandesgericht Wien

Dr. Ferdinand Felix
Hauptverband der
Sozialversicherungsträger, SFU Wien

Dr. Johannes Pflug
Wirtschaftskammer Wien

Mag. Judith Scheiber
Sozialversicherungsanstalt der
gewerblichen Wirtschaft

Dr. Martin Sonntag
Oberlandesgericht Wien

Mag. Jörg Ziegelbauer
Oberster Gerichtshof

6. Auflage 2017

Linde

Zitiervorschlag: *Autor in Sonntag* (Hrsg), GSVG⁶ (2017) § 17 Rz 1

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Hinweis: Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die Rechte der Verbreitung, der Vervielfältigung, der Übersetzung, des Nachdrucks und der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege, durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere elektronische Verfahren sowie der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, dem Verlag vorbehalten.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in diesem Fachbuch trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Autors oder des Verlages ausgeschlossen ist.

ISBN 978-3-7073-3435-7

© Linde Verlag Ges.m.b.H., Wien 2017
1210 Wien, Scheydgasse 24, Tel.: 01/24 630
www.lindeverlag.at

Druck: Hans Jentzsch & Co GmbH
1210 Wien, Scheydgasse 31
Dieses Buch wurde in Österreich hergestellt.



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Druckerei Hans Jentzsch & Co GmbH, UW Nr. 790



Vorwort zur 6. Auflage

Die gesetzgeberischen Aktivitäten des Jahres 2016 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Novelle BGBl I 2016/53 nimmt Anpassungen an das FamZeitbG und die Neuregelung des Kinderbetreuungsgeldes vor, die am 1.3.2017 in Kraft treten.
- Das Vereinbarungsumsetzungsg BGBl I 2017/26 nimmt Anpassungen an das neue G-ZG vor.
- Das SVÄG 2016 BGBl I 2017/29 bringt eine Reduktion des PV-Beitrags bei späterem Pensionsantritt, einen besonderen Ausgleichszulagenrichtsatz bei längerem Versicherungsverlauf und Änderungen bei der Mindestversicherungszeit und beim freiwilligen Pensionssplitting nach dem APG.
- Die Novelle BGBl I 2017/33 regelt die Einmalzahlung für Pensionisten.

Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind erbeten an martin.sonntag@justiz.gv.at.

Jänner 2017

Der Herausgeber
und das Autorenteam

Vorwort zur 5. Auflage

Im Jahr 2015 nahm der Gesetzgeber folgende Änderungen vor:

- Das Meldepflicht-Änderungsgesetz BGBl I 2015/79 bringt geringfügige Änderungen bei der Fälligkeit der Beiträge und beim Beitragszuschlag und eine Absenkung der Verzugszinsen. Letztgenannte Änderung tritt erst mit 1.1.2017 in Kraft und wird bei der Kommentierung in der Folgeauflage berücksichtigt.
- Das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz (SBGG) BGBl I 2015/113 enthält Anpassungen des GSVG zur Kontrolle im Vertragspartnerbereich.
- Das Steuerreformgesetz 2015/2016 (StRefG 2015/2016) BGBl I 2015/118 nimmt eine Vereinheitlichung der Beiträge in der Krankenversicherung, eine Senkung der Mindestbeitragsgrundlage auf das Niveau der Geringfügigkeitsgrenze nach dem ASVG, eine Vereinheitlichung der Versicherungsgrenzen für neue Selbständige auf das genannte Niveau und eine Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage vor.
- Das Budgetbegleitgesetz 2016 (BBG 2016) BGBl I 2015/144 enthält unter anderem Änderungen betreffend den Auslandsdienst nach dem ZDG.
- Das Sozialrechts-Änderungsgesetz 2015 (SRÄG 2015) BGBl I 2015/162 bringt unter anderem Änderungen bei der Versicherungsgrenze und der Pflichtversicherung der Neuen Selbständigen im Falle eines Insolvenzverfahrens, eine Klarstellung hinsichtlich des Charakters der Teilpflichtversicherungszeiten nach § 3 Abs 3 als Beitragszeiten und eine Angleichung von Zeiten der Altersteilzeit bei der Witwen-/Witwerpension an das ASVG.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind wir weiterhin dankbar (martin.sonntag@justiz.gv.at).

Jänner 2016

Der Herausgeber
und das Autorenteam

Vorwort zur 4. Auflage

Folgende Novellen waren zu berücksichtigen:

- BGBl I 28/2014 enthält Regelungen über die Kieferregulierungen für Kinder und Jugendliche.
- Das EU-Patientenmobilitätsgesetz (EU-PMG) BGBl I 32/2014 beinhaltet geringfügige Anpassungen im ASVG.
- BGBl I 56/2014 sieht ein Wiederaufleben der Kindeseigenschaft wegen Erwerbsunfähigkeit nach Wegfall einer Erwerbstätigkeit vor.
- Das SVAG BGBl I 2/2015 bringt die Möglichkeit der Aufstockung der vorläufigen Beitragsgrundlage, Erleichterungen bei der Entrichtung der Verzugszinsen und Anpassungen im Recht der EUP bei Bezug von Rehabilitations- und Umschulungsgeld.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind wir weiterhin dankbar (martin.sonntag@justiz.gv.at).

Jänner 2015

Der Herausgeber
und das Autorenteam

Vorwort zur 3. Auflage

Auch im Jahr 2013 blieb der Sozialrechtsgesetzgeber nicht untätig. Folgende Novellen waren zu berücksichtigen:

- Das GesundheitsreformG BGBl I 2013/81 nimmt im GSVG die Anpassungen an das Gesundheits-Zielsteuerungsgesetz vor.
- Das SVÄG 2013 BGBl I 2013/86 enthält insbesondere die Ermöglichung einer zinsfreien Aufteilung einer Beitragsnachzahlung für Jungunternehmer auf 3 Jahre und die Schaffung einer Überbrückungshilfe für Kleinunternehmer in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen.
- Das Verwaltungsgerichtsbarkeits-AnpassungsG – Sozialversicherung BGBl I 2013/87 passt die verfahrensrechtlichen Bestimmungen an die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit an.
- Das 2. Verwaltungsgerichtsbarkeits-AnpassungsG – Bundesministerium für Gesundheit BGBl I 2013/130 enthält die Anpassungen des Vertragspartner- und Heilmittelrechts an die neue Verwaltungsgerichtsbarkeit.
- Das 2. SVÄG 2013 BGBl I 2013/139 enthält unter anderem eine Änderung bei der Härtefallregelung bei der EUP.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind wir weiterhin dankbar (martin.sonntag@justiz.gv.at).

Jänner 2014

Der Herausgeber
und das Autorenteam

Vorwort zur 2. Auflage

Die Aktivitäten des Gesetzgebers waren im Jahr 2012 sehr umfangreich. Folgende Novellen waren zu berücksichtigen:

Auf die Änderungen durch das FreiwilligenG BGBl I 2012/17 und das 2. StabG BGBl I 2012/35 wurde bereits im Vorwort zur 1. Auflage eingegangen.

Mit der Novelle BGBl I 2012/76 sorgte der Gesetzgeber dafür, dass rückwirkend alle PensionistInnen bei der Pensionsanpassung 2008 in den Genuss der Wirkungen des Urteils des EuGH in der Rs *Brachner* kommen.

Mit der Novelle BGBl I 2012/107 erfolgten Anpassungen an das Organtransplantationsgesetz (OTPG) BGBl I 2012/108 im Bereich der KV.

Das Elektronische Gesundheitsakte-Gesetz (ELGA-Gesetz) BGBl I 2012/111 enthält Anpassungen des GSVG an ELGA.

Das SVÄG 2012 BGBl I 2012/123 führt eine Unterstützungsleistung bei lang andauernder Krankheit für Selbständige ein und bringt Anpassungen im Bereich der Selbstversicherung von Mitgliedern der Kammern der freien Berufe und der Pflichtversicherung von Kinderbetreuungs- und Weiterbildungsgeldbeziehern bei paralleler Ausübung freiberuflicher Tätigkeiten.

Das SRÄG 2012 BGBl I 2013/3 nimmt kleinere Anpassungen vor und regelt die Einführung eines „Kompetenzzentrums Begutachtung“. Anders als im ASVG bleibt die befristete EUP im GSVG bestehen.

Auf die nach Redaktionsschluss erfolgte Umsetzung der im Dezember 2012 paktierten Gesundheitsreform wird in der Folgeauflage eingegangen werden.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind wir dankbar (martin.sonntag@justiz.gv.at).

Jänner 2013

Der Herausgeber und das Autorenteam

Vorwort zur 1. Auflage

Nach Erscheinen des ASVG-Jahreskommentars im Jahr 2010 trat der Verlag an mich mit dem Wunsch heran, einen solchen Kommentar auch für das GSVG herauszubringen. Für die Kommentierung jener Bereiche des Gesetzes, die weitgehende Identität mit dem ASVG aufweisen, zeichnen die jeweiligen AutorInnen des ASVG-Teams verantwortlich. Für die Bearbeitung der Bestimmungen, die spezifisch nach dem GSVG Versicherte betreffen, konnte ich ExpertInnen aus der SVA und den Wirtschaftskammern gewinnen.

Das Werk soll einen Kommentar von PraktikerInnen für PraktikerInnen darstellen. Jeder von uns hat Bereiche übernommen, in denen er/sie seit vielen Jahren arbeitet oder lange Zeit gearbeitet hat. Wir möchten den mit dem GSVG befassten RichterInnen, BeamtInnen, RechtsanwältInnen, SteuerberaterInnen, Interessenvertretern, MitarbeiterInnen der Sozialversicherung, ÄrztInnen um eine anwenderfreundliche, übersichtliche und rasch überblickbare Kommentierung der wichtigen Rechtsfragen zur Hand geben. Dabei bleiben auch akademisch-wissenschaftliche Überlegungen nicht ausgespart, sollen jedoch bewusst nicht im Mittelpunkt stehen. Ausgangspunkt ist primär eine kompakte Darstellung insbesondere der Judikatur der beiden Höchstgerichte OGH und VwGH. Dort, wo es an höchstgerichtlicher Rechtsprechung mangelt, wird auch der Literatur breiterer Raum gewidmet.

Die Kommentierung ist hinsichtlich Gesetzgebung und Judikatur auf dem Stand 1.1.2012.

Die Änderungen durch das FreiwilligenG BGBl I 17/2012 und das 2. StabilitätsG (BGBl I 35/2012) konnten nicht mehr berücksichtigt werden und werden mit der Folgeauflage kommentiert. Die geänderten Bestimmungen des GSVG und des APG können jedoch der Zusammenstellung am Beginn des Werks entnommen werden, wo auch die wesentlichen Erläuterungen aus den Gesetzesmaterialien abgedruckt sind. Die wichtigsten Änderungen können – gereiht nach ihrem Inkrafttreten – wie folgt zusammengefasst werden:

1.1.2012:

- Senkung der Hebesätze für Beiträge in der Krankenversicherung der PensionistInnen (§ 339 Abs 4).

1.6.2012:

- Durch das FreiwilligenG bedingte Anpassungen des GSVG in den Bereichen Kindeseigenschaft und Ausgleichszulage.

1.1.2013:

- Fixierung der Mindestbeitragsgrundlage auf dem Niveau von 2012 (§ 25 Abs 4 Z 1, Abs 4a).

- Anhebung des Eigenbeitragssatzes in der Pensionsversicherung (§ 27 Abs 2).
- Stufenweise Anhebung des für den Tätigkeitsschutz nach § 133 Abs 3 maßgeblichen Alters.
- Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für die Korridorpension (§ 4 Abs 2 APG) und die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer (§ 298 Abs 10).
- Geringere Pensionsanpassung für 2013 und 2014 (§ 345 Abs 3).
- Anhebung des Abschlags bei der Korridorpension (§ 5 Abs 2 und 3 APG).

1.1.2014:

- Entfall der Parallelrechnung und Zusammenfassung des Altrechtes in einer einmaligen Kontoerstgutschrift (§§ 15, 16 Abs 9 APG).
- Neuregelung der Abschläge bei der Langzeitversicherten- und Schwerarbeitspension (§ 25 Abs 3 bis 5 APG).

Verweise auf Paragraphen ohne Zusatz sind solche auf das GSVG. Personenbezogene Bezeichnungen, die nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sich iSd § 1b GSVG auf beide Geschlechter. Von einem Abdruck der Anlagen, einschlägiger Verordnungen und verwandter Gesetze mit Ausnahme des APG wurde bewusst abgesehen. Hiefür steht der im selben Verlag erscheinende bewährte Kodex Sozialversicherung zur Verfügung. Die aktuellen veränderlichen Werte für 2012 wurden in die Kommentierung eingearbeitet.

Bezug habende Bestimmungen des APG werden bei den Parallelregelungen des GSVG mitkommentiert (vgl etwa §§ 1a, 114, 116a, 120, 130, 131 (aufgehoben), 139, 145, 298). Das internationale, insbesondere das europäische, Sozialversicherungsrecht wird in den Grundzügen ebenfalls bei den entsprechenden Regelungen mitkommentiert (vgl die Rechtsquellen bei §§ 54/55; die Inhalte insbesondere bei §§ 90, 116, 116a, 117a, 120, 121, 139, 149). Relevante Übergangsbestimmungen werden in der Kommentierung erwähnt.

Das Werk soll jährlich neu erscheinen, sodass die Anwender aktuellen Gesetzestext und aktuelle Judikatur und Literatur zur Verfügung haben. Wir hoffen, der Kommentar wird von Lehre und Praxis mit kritischem Interesse und Diskussionsbereitschaft angenommen. Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge sind wir dankbar (martin.sonntag@justiz.gv.at).

Dank gebührt *Frau Mag. Katharina Echerer* für die unermüdliche Unterstützung des Autorenteam und des Herausgebers.

Mai 2012

Der Herausgeber und das Autorenteam

Bearbeiterverzeichnis

Es wurden bearbeitet von

Mag. Andrea Aminger-Solich

§§ 14–14h, 18–23, 35–36, 40a, 194a, 250

Mag. Robert Atria

§§ 54–77, 190–192

Dr. Johannes Derntl

§§ 37–40, 41–42

Dr. Ferdinand Felix

§§ 97–98a, 182a

Dr. Caroline Graf-Schimek

§§ 27–34b

Dr. Johannes Pflug

§§ 24–26a

Dr. Martina Rosenmayr-Khoshideh

§§ 1, 3–5

Mag. Judith Scheiber

§§ 2, 6–13a

Dr. Walter Schober

§ 1c, §§ 78–96a, 99–107, 186, 189

Dr. Martin Sonntag

§§ 1a, 111–148a, 184–185, 187–188, 266, 298, 306, 313, 319, 321, 323, 330, 339, 342, 345, 346, 365a

Dr. Josef Souhrada

§§ 15–17, 43–46, 178–182, 182b, 183, 193–194, 195–231a, 248

Mag. Jörg Ziegelbauer

§§ 47–53a, 149–177

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	V
Vorwort zur 5. Auflage	VI
Vorwort zur 4. Auflage	VII
Vorwort zur 3. Auflage	VIII
Vorwort zur 2. Auflage	IX
Vorwort zur 1. Auflage	X
Bearbeiterverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	LIX
Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (Fundstellenzitate zur Textentwicklung).....	LXI
Parallelbestimmungen ASVG – GSVG	LXIX

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

ABSCHNITT I

§ 1 Geltungsbereich	1
§ 1a Umfang des Leistungsrechtes der Pensionsversicherung	3
§ 1b Sprachliche Gleichbehandlung	4
§ 1c Umsetzung von Unionsrecht	5

ABSCHNITT II – Umfang der Versicherung

1. Unterabschnitt

Pflichtversicherung

§ 2 Pflichtversicherung in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung	5
§ 3 Teilversicherung in der Kranken- bzw. Pensionsversicherung	67
§ 4 Ausnahmen von der Pflichtversicherung	71
§ 5 Ausnahmen von der Pflichtversicherung für einzelne Berufsgruppen	81
§ 6 Beginn der Pflichtversicherung	84
§ 7 Ende der Pflichtversicherung	94

2. Unterabschnitt

Freiwillige Versicherung in der Krankenversicherung

§ 8	Weiterversicherung	113
§ 9	Zusatzversicherung	119
§ 10	Familienversicherung	123
§ 11	Ausschluss aus der freiwilligen Versicherung	129
§ 11a	Versicherung eingetragener Partner	130

3. Unterabschnitt

Freiwillige Versicherung in der Pensionsversicherung

§ 12	Weiterversicherung	131
§ 13	Höherversicherung	138
§ 13a	Nachträgliche Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten des Besuches einer Bildungseinrichtung	142

4. Unterabschnitt

§ 14	Formalversicherung	144
------	--------------------------	-----

5. Unterabschnitt

Versicherung in der Krankenversicherung im Falle einer Ausnahme von der Pflichtversicherung gemäß § 5

§ 14a	Selbstversicherung in der Krankenversicherung	149
§ 14b	Pflichtversicherung in der Krankenversicherung trotz Ausnahme für die Berufsgruppen gemäß § 5	153
§ 14c	Beginn und Ende der Selbstversicherung	156
§ 14d	Beginn und Ende der Pflichtversicherung	157
§ 14e	Beitragsgrundlage	158
§ 14f	Beitragssatz	160
§ 14g	Allgemeines	161
§ 14h	Bezug einer besonderen Pensionsleistung	161

ABSCHNITT III – Versicherungsträger

§ 15	Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	162
§ 16	Zugehörigkeit zum Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	163
§ 17	Rechtliche Stellung des Versicherungsträgers	165

ABSCHNITT IV – Meldungen und Auskunftspflicht

§ 18	Meldungen der Pflichtversicherten	166
§ 19	Meldungen der freiwillig Versicherten	171

§ 20	Meldungen der Zahlungsempfänger (Leistungswerber)	172
§ 21	Form der Meldungen, Meldebestätigungen	175
§ 22	Auskunftspflicht der Versicherten und der Leistungs(Zahlungs)empfänger	176
§ 23	Verstöße gegen die Melde-, Anzeige- und Auskunftspflicht	177

ABSCHNITT V – Aufteilung der Mittel

§ 24	Arten der Aufbringung der Mittel	178
§ 25	Beitragsgrundlage	178
§ 25a	Vorläufige Beitragsgrundlage	188
§ 26	Beitragsgrundlage in besonderen Fällen	
§ 26a	Beitragsgrundlage in besonderen Fällen	194
§ 27	Beiträge zur Pflichtversicherung	
§ 27a	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 27b	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 27c	Zusatzbeitrag für Angehörige	200
§ 27d	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 27e	Beitrag für Teilversicherte in der Pensionsversicherung	203
§ 28	Beiträge zur Krankenversicherung während der Leistung des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes	205
§ 29	Beiträge in der Krankenversicherung für Pensionisten (Übergangsgeldbezieher)	207
§ 29a	Beiträge in der Krankenversicherung von mit inländischen Pensionsleistungen vergleichbaren ausländischen Renten	209
§ 30	Beiträge zur Weiterversicherung in der Krankenversicherung ...	213
§ 31	Beiträge zur Zusatzversicherung in der Krankenversicherung ...	216
§ 32	Beiträge zur Familienversicherung in der Krankenversicherung	218
§ 32a	Beiträge für Selbstversicherte nach § 13a	220
§ 33	Beiträge zur Weiterversicherung und zur Höherversiche- rung in der Pensionsversicherung	221
§ 33a	Erstattung von Beiträgen, die nach Abs. 9 und 10 entrichtet wurden	226
§ 34	Beitrag des Bundes ab 1. Jänner 1998	227
§ 34a	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 34b	Verwaltungs- und Verrechnungsaufwand des Versiche- rungsträgers als Pensionsversicherungsträger	228
§ 35	Fälligkeit und Einzahlung der Beiträge; Verzugszinsen	228
§ 35a	Fälligkeit und Einzahlung der Beiträge zur Pensions- versicherung bei Ausübung mehrerer versicherungs- pflichtiger Erwerbstätigkeiten	240

§ 35b	Fälligkeit und Einzahlung der Beiträge zur Krankenversicherung bei Ausübung mehrerer versicherungspflichtiger Erwerbstätigkeiten	244
§ 35c	Rechtsstellung der Erben und Erbinnen	247
§ 36	Erstattung von Beiträgen in der Krankenversicherung	248
§ 37	Verfahren zur Eintreibung der Beiträge	250
§ 38	Behandlung der Beiträge im Insolvenzverfahren sowie bei der Zwangsverwaltung und Zwangsverpachtung im Exekutions- und Sicherungsverfahren	256
§ 39	Sicherung der Beiträge	262
§ 40	Verjährung der Beiträge	265
§ 40a	Nachentrichtung verjährter Beiträge zur Pensionsversicherung	275
§ 41	Rückforderung ungebührlich entrichteter Beiträge	276
§ 42	Verzugszinsen und Verwaltungskostensätze	287
§ 43	Verwendung der Mittel	287
§ 43a	Informations- und Aufklärungspflicht	296
§ 44	Unterstützungsfonds	297
§ 44a	<i>(aufgehoben)</i>	

ABSCHNITT VI – Befreiung von Abgaben

§ 45	Persönliche Abgabefreiheit	301
§ 46	Sachliche Abgabefreiheit	304

ABSCHNITT VII – Pensionsanpassung

§ 47	Aufwertungszahl, Aufwertfaktoren, Anpassungsrichtwert, Anpassungsfaktor	307
§ 48	Festsetzung der Höchstbeitragsgrundlage	309
§ 49	310
§ 50	Anpassung der Pensionen aus der Pensionsversicherung	310
§ 51	Anpassung und Aufwertung fester Beträge	312
§ 52	Anpassung der Leistung von Amts wegen	313
§ 53	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 53a	313

ZWEITER TEIL

Leistungen

ABSCHNITT I – Allgemeine Bestimmungen über Leistungsansprüche

§ 54	Entstehen der Leistungsansprüche	313
§ 55	Anfall der Leistungen	313

§ 56	Verschollenheit	327
§ 57	Verwirkung des Leistungsanspruches	328
Vor §§ 58 f	331
§ 58	Ruhen der Leistungsansprüche bei Haft und Auslandsaufenthalt	334
§ 59	Ruhen der Leistungsansprüche bei Leistung des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes	337
§ 60	Berücksichtigung von Erwerbseinkommen bei Leistungen ...	338
§ 61	Jahresausgleich bei Anspruch auf Teilpension	341
§ 61a	Zusammentreffen eines Pensionsanspruches aus eigener Pensionsversicherung mit einem Anspruch auf Krankengeld aus der Allgemeinen Sozialversicherung	342
§ 62	Gemeinsame Bestimmungen für das Ruhen von Pensionsansprüchen	344
§ 63	Beginn und Ende des Ruhens von Pensionsansprüchen	344
§ 64	Wirksamkeitsbeginn von Änderungen in den Pensionsansprüchen	344
§ 65	Übertragung und Verpfändung von Leistungsansprüchen ...	345
§ 66	Pfändung von Leistungsansprüchen	347
§ 67	Entziehung von Leistungsansprüchen	349
§ 68	Erlöschen von Leistungsansprüchen	354
§ 69	Rückwirkende Herstellung des gesetzlichen Zustandes bei Geldleistungen	357
§ 70	Verfall von Leistungsansprüchen infolge Zeitablaufes	359
§ 71	Aufrechnung	361
§ 72	Auszahlung der Leistungen	368
§ 73	Pensionssonderzahlungen	369
§ 74	Hilflosenzuschuß	371
§ 75	Zahlungsempfänger	371
§ 76	Rückforderung zu Unrecht erbrachter Leistungen	372
§ 77	Bezugsberechtigung im Falle des Todes des Anspruchsberechtigten	381

ABSCHNITT II – Leistungen der Krankenversicherung

1. Unterabschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 78	Aufgaben	382
§ 79	Leistungen	387
§ 80	Eintritt des Versicherungsfalles	389
§ 80a	Organspende	397

§ 81	Art der Leistungen	399
§ 82	Anspruchsberechtigung	402
§ 83	Anspruchsberechtigung für Angehörige	405
§ 84	Sonderregelung für Pensionisten	411
§ 85	Art der Leistungserbringung	411
§ 85a	Optionsmöglichkeit für Sach- bzw. Geldleistungsberechtigte	431
§ 86	Kostenbeteiligung	432
§ 87	Leistungen bei mehrfacher Versicherung	435

2. Unterabschnitt

Leistungen der Krankenversicherung im besonderen

§ 88	Jugendlichenuntersuchungen	436
§ 89	Vorsorge(Gesunden)untersuchungen	437
§ 89a	Sonstige Maßnahmen zur Erhaltung der Volksgesundheit	437
§ 90	Leistungen aus dem Versicherungsfall der Krankheit	438
§ 91	Ärztliche Hilfe	450
§ 91a	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 92	Heilmittel	454
§ 93	Heilbehelfe und Hilfe bei körperlichen Gebrechen	460
§ 94	Zahnbehandlung und Zahnersatz	465
§ 94a	Kieferregulierung für Kinder und Jugendliche	469
§ 95	Umfang und Dauer der Anstaltspflege oder der medizinischen Hauskrankenpflege	471
§ 96	Kostentragung und Kostenersatz an Versicherte bei Anstaltspflege	475
§ 96a	Kostenersatz bei Organtransplantationen für die Anmelde- und Registrierungskosten	478
§ 97	Beziehungen zu den Krankenanstalten, die über Landes- gesundheitsfonds finanziert werden	478
§ 98	Beziehungen zu anderen als in genannten Krankenanstalten	480
§ 98a	Pflegekostenzuschuß des Versicherungsträgers bei Anstaltspflege	481
§ 99	Medizinische Hauskrankenpflege	482
§ 99a	Medizinische Maßnahmen der Rehabilitation in der Krankenversicherung	486
§ 99b	Gesundheitsförderung und Prävention	489
§ 100	Maßnahmen zur Festigung der Gesundheit	490
§ 101	Krankheitsverhütung	491
§ 102	Leistungen aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft	492
§ 102a	Betriebshilfe (Wochengeld)	495
§§ 102b und 102c	<i>(aufgehoben)</i>	

§ 102d	Beitrag des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	500
§ 103	Reise(Fahrt)- und Transportkosten	500
§ 104	Verwendung von Chipkarten	503

3. Unterabschnitt

§ 104a	Unterstützungsleistung bei lang andauernder Krankheit	503
§ 104b	Ruhen des Anspruches auf Unterstützungsleistung	505

4. Unterabschnitt

**Leistungen bei Bestand einer Zusatzversicherung
auf Krankengeld**

§ 105	Leistungen, Anspruchsberechtigung	506
§ 106	Krankengeld	507
§ 107	Ruhen des Anspruches auf Krankengeld	509
§ 108 bis § 110	<i>(aufgehoben)</i>	

ABSCHNITT III – Leistungen der Pensionsversicherung

1. Unterabschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 111	Aufgaben	510
§ 112	Leistungen	511
§ 113	Eintritt des Versicherungsfalles; Stichtag	511
§ 114	Versicherungszeiten	514
§ 115	Beitragszeiten	514
§ 116	Ersatzzeiten vor dem 1. Jänner 2005	517
§ 116a	Ersatzzeiten für Zeiten der Kindererziehung aus der Zeit nach dem 31. Dezember 1955 und vor dem 1. Jänner 2005	525
§ 116b	Ersatzzeiten für Zeiten der Kindererziehung vor dem 1. Jänner 1956	529
§ 116c	Behandlung von Ersatzzeiten als Beitragszeiten der freiwilligen Versicherung	530
§ 117	Erwerb von Versicherungszeiten bei Gewährung von strafrechtlichen Entschädigungen	530
§ 117a	Feststellung von Versicherungs- und Schwerarbeitszeiten	531
§ 117b	Rückwirkende Herstellung des gesetzlichen Zustandes bei der Feststellung von Versicherungs- und Schwerarbeitszeiten	533
§ 118	Unwirksame Beiträge	533
§ 119	Versicherungsmonat	535
§ 119a	Berücksichtigung von Versicherungsmonaten	536

§ 120	Wartezeit	537
§ 121	Neutrale Zeiten	542
§ 122	Bemessungsgrundlage	545
§ 122a	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 123	Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung (§ 116a)	547
§ 124	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 125	Berücksichtigung der Bemessungsgrundlagen bei der Berechnung des Steigerungsbetrages	549
§ 126	Bemessungsgrundlage in besonderen Fällen	550
§ 127	Berücksichtigung der Beitragsgrundlagen in der Bemessungsgrundlage	550
§ 127a	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 127b	Erstattung von Beiträgen in der Pensionsversicherung	553
§ 127c	Beitragsgrundlage	554
§ 128	Kinder	555
§ 129	Leistungszugehörigkeit des Versicherten und Berücksichtigung von Zeiten und Beiträgen bei Erwerb von Versicherungsmonaten auch in anderen Pensionsversicherungen (Wanderversicherung, Mehrfachversicherung)	564

2. Unterabschnitt

Besondere Bestimmungen

§ 130	Alterspension	567
§ 131	Berufliche Rehabilitation, Anspruch	569
§ 131	Vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer <i>(aufgehoben)</i>	573
§ 131a	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 131b	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 131c	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 132	Erwerbsunfähigkeitspension	580
§ 133	Begriff der Erwerbsunfähigkeit	584
§ 133a	Feststellung der Erwerbsunfähigkeit	607
§ 133b	Dauer des Anspruchs auf Erwerbsunfähigkeitspension	608
§ 134	Hinzurechnung von Versicherungszeiten für Witwen (Witwer), die den Betrieb des versicherten Ehegatten nach dessen Tod fortgeführt haben	613
§ 135	Hinterbliebenenpensionen	615
§ 136	Witwen(Witwer)pension	616
§ 137	Pension für hinterbliebene eingetragene PartnerInnen	622
§ 138	Waisenpension	622

§ 139	Alters(Erwerbsunfähigkeits)pension, Ausmaß	622
§ 140	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 141	Besonderer Steigerungsbetrag für Beiträge zur Höher- versicherung	628
§ 142	Anrechnung von Beiträgen zur freiwilligen Versicherung für die Höherversicherung	629
§ 143	Besondere Höherversicherung für erwerbstätige PensionsbezieherInnen	629
§ 143a	Erhöhung der Alterspension bei Aufschub der Geltend- machung des Anspruchs	630
§ 144	Kinderzuschüsse	631
§ 145	Witwen(Witwer)pension, Ausmaß	632
§ 146	Abfertigung und Wiederaufleben der Witwen (Witwer)pension	644
§ 147	Waisenpension, Ausmaß	647
§ 148	<i>(aufgehoben)</i>	
§ 148a	Abfindung	647

3. Unterabschnitt

Ausgleichszulage

§ 149	Voraussetzungen für den Anspruch auf Ausgleichszulage	649
§ 150	Richtsätze	672
§ 151	Unterhaltsansprüche und Nettoeinkommen	675
§ 152	Anwendung der Bestimmungen über die Pensionen auf die Ausgleichszulage	677
§ 153	Höhe und Feststellung der Ausgleichszulage	680
§ 154	Verwaltungshilfe der Träger der Sozialhilfe	684
§ 155	Verpflichtung zur Anzeige von Änderungen des Nettoeinkommens und des in Betracht kommenden Richtsatzes	685
§ 156	Tragung des Aufwandes für die Ausgleichszulage	687
§ 156a	<i>(aufgehoben)</i>	

ABSCHNITT IV – Rehabilitation und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge

§ 157	Aufgaben der Rehabilitation	688
§ 158	Maßnahmen der Rehabilitation	695
§ 159	Angehörige	697
§ 160	Medizinische Maßnahmen	697
§ 161	Berufliche Maßnahmen	700
§ 162	Soziale Maßnahmen	702

§ 163	Einleitung von Maßnahmen der Rehabilitation des Versicherungsträgers	704
§ 164	Übergangsgeld	704
§ 165	Anspruch auf Pension während der Rehabilitation	707
§ 166	Übertragung der Durchführung von Maßnahmen der Rehabilitation	708
§ 167	Versagung	710
§ 168	Vereinbarung zur Durchführung der Rehabilitation	711
§ 169	Gesundheitsvorsorge des Versicherungsträgers	711
§ 170	Geldleistungen während der Gewährung von Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge durch den Versicherungsträger	713
§ 171	Pension und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge	714
§ 171a	Kompetenzzentrum Begutachtung	715

**ABSCHNITT V – Aufnahme in ein pensionsversicherungsfreies
Dienstverhältnis und Ausscheiden aus einem solchen**

1. Unterabschnitt

Aufnahme in ein pensionsversicherungsfreies Dienstverhältnis

§ 172	Überweisungsbetrag und Beiträgerstattung	716
§ 173	Fälligkeit des Überweisungsbetrages	723
§ 174	Wirkung der Leistung des Überweisungsbetrages	724

2. Unterabschnitt

**Ausscheiden aus einem pensionsversicherungsfreien
Dienstverhältnis**

§ 175	Überweisungsbetrag	725
§ 176	Fälligkeit der Rückzahlung des Überweisungsbetrages	729
§ 177	Wirkung der Rückzahlung des Überweisungsbetrages	730

DRITTER TEIL

**Beziehungen der Versicherungsträger zueinander und zu den Trägern
der Sozialhilfe; Ersatzleistungen; KünstlerInnen-Servicezentrum;
Schadenersatz und Haftung; Verfahren**

ABSCHNITT I – Beziehungen der Versicherungsträger zueinander

1. Unterabschnitt

**Ersatzansprüche im Verhältnis zu den Trägern der gesetzlichen
Unfallversicherung**

§ 178	Ersatzansprüche des Versicherungsträgers	730
§ 179	Ersatzansprüche der Träger der Unfallversicherung	731

§ 180	Ausmaß des Ersatzanspruches	732
§ 181	Geltendmachung des Ersatzanspruches	732

2. Unterabschnitt

§ 182	Sonstige Ersatzansprüche der Versicherungsträger untereinander	733
§ 182a	Belastungsausgleich für den Aufwand für Anstaltspflege	733
§ 182b	Ermittlung des Aufwandsatzes für Unterstützungsleistungen nach § 104a	734

3. Unterabschnitt

§ 183	Verwaltungshilfe	735
-------	------------------------	-----

ABSCHNITT II – Beziehungen des Versicherungsträgers zu den Trägern der Sozialhilfe

§ 184	Pflichten der Träger der Sozialhilfe	739
§ 185	Ersatzanspruch des Trägers der Sozialhilfe	740
§ 186	Ersatzleistungen aus der Krankenversicherung	743
§ 187	Ersatzleistungen aus der Pensionsversicherung	744
§ 188	Abzug von den Geldleistungen	744
§ 189	Frist für die Geltendmachung des Ersatzanspruches	744

ABSCHNITT IIa – KünstlerInnen-Servicezentrum

§ 189a	Einrichtung	745
§ 189b	Aufgaben	746
§ 189c	Besondere Anleitung der BerufsanfängerInnen	746
§ 189d	Monitoring	746

ABSCHNITT III – Schadenersatz und Haftung

§ 190	Übergang von Schadenersatzansprüchen auf den Versicherungsträger	747
§ 191	Konkurrenz von Ersatzansprüchen mehrerer Versicherungsträger	763
§ 192	Verjährung der Ersatzansprüche	765

ABSCHNITT IV

§ 193	Beziehungen zu den Vertragspartnern	765
-------	---	-----

ABSCHNITT V

§ 194	Verfahren	767
§ 194a	Feststellungsbescheid	769

VIERTER TEIL

Aufbau der Verwaltung

ABSCHNITT I – Haupt-, Landes- und Außenstellen

§ 195	772
-------------	-----

ABSCHNITT II – Verwaltungskörper

§ 196 Arten der Verwaltungskörper	778
§ 197 Versicherungsvertreter	778
§ 198 Bestellung der Versicherungsvertreter	788
§ 199 Ablehnung des Amtes und Recht zur Amtsausübung	791
§ 200 Enthebung von Versicherungsvertretern (Stellvertretern)	792
§ 201 Pflichten und Haftung der Versicherungsvertreter	795
§ 202 Amtsdauer	801
§ 203 Zusammensetzung der Verwaltungskörper	802
§ 204 Vorsitz in den Verwaltungskörpern	802
§ 205 Angelobung der Versicherungsvertreter	803

ABSCHNITT III – Aufgaben der Verwaltungskörper

§ 206 Aufgaben der Generalversammlung	804
§ 207 Aufgaben des Vorstandes und Vertretung des Versicherungsträgers	805
§ 208 Aufgaben der Landesstellenausschüsse	812
§ 209 Aufgaben der Kontrollversammlung	813
§ 210 Zustimmung der Kontrollversammlung	814
§ 211 Sitzungen	817
§ 212 Teilnahme der Betriebsvertretung an den Sitzungen der Verwaltungskörper des Versicherungsträgers	818

ABSCHNITT IIIA – Beirat

§ 213 Aufgaben des Beirates	819
§ 214 Mitglieder des Beirates	820
§ 214a Pflichten der Beiratsmitglieder	821
§ 214b Bestellung der Beiratsmitglieder	821
§ 214c Enthebung von Beiratsmitgliedern (Stellvertretern)	823
§ 214d Zusammensetzung des Beirates	823
§ 214e Vorsitz im Beirat, Sitzungen	823

ABSCHNITT IV – Vermögensverwaltung

§ 215 Jahresvoranschlag und Gebarungsvorschaurechnung	824
§ 216 Rechnungsabschluß und Nachweisungen	824

§ 217	Gebarungsaufzeichnungen	827
§ 218	Vermögensanlage	827
§ 218a	Genehmigung der Beteiligung an fremden Einrichtungen	832
§ 219	Genehmigung zu Veränderungen von Vermögensbeständen	833

ABSCHNITT V – Aufsicht des Bundes

§ 220	Aufsichtsbehörde	835
§ 221	Aufgaben der Aufsicht	837
§ 222	Entscheidungsbefugnis	842
§ 223	Vorläufiger Verwalter	842
§ 224	Kosten der Aufsicht	844
§ 224a	Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht	844

ABSCHNITT VI – Satzung, Krankenordnung und Geschäftsordnung

§ 225	Satzung	844
§ 226	Krankenordnung	848
§ 227	Genehmigungspflicht	849
§ 227a	Geschäftsordnungen der Verwaltungskörper	851

ABSCHNITT VII – Versicherungsunterlagen

§ 228	Führung der Versicherungsunterlagen	853
§ 229	Mitwirkung von Behörden und gesetzlichen beruflichen Vertretungen	853
§ 229a	Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes	854
§ 229b	Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes hinsichtlich land(forst)wirtschaftlicher Daten	855
§ 229c	Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes hinsichtlich des Bezuges einer Familienbeihilfe	856
§ 229d	Mitwirkung für Zwecke der Ermittlung der Höhe der Witwen(Witwer)pension und der Pension nach § 137	857
§ 229e	Mitwirkung der Kammern der freien Berufe für Zwecke der Selbstversicherung nach § 14a	858
§ 229f	Mitwirkung des Künstler-Sozialversicherungsfonds	859
§ 229g	Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes hinsichtlich des Bezuges ausländischer Renten (§ 29a)	859

ABSCHNITT VIII

§ 230	Bedienstete	860
§ 231	Verschwiegenheitspflicht der Bediensteten	866

ABSCHNITT IX

§ 231a	Elektronische Datenverarbeitung	866
--------	---------------------------------------	-----

FÜNFTER TEIL

Übergangs- und Schlußbestimmungen

ABSCHNITT I – Übergangsbestimmungen

1. Unterabschnitt

Übergangsbestimmungen zum Ersten Teil

§ 232	Fortdauer einer nach früherer Vorschrift bestehenden Pflichtversicherung; Einbeziehung in die Pflichtversicherung	873
§ 233	Befreiung von der Pflichtversicherung	874
§ 234	Weiterversicherung	874
§ 235	Höherversicherung	875
§ 236	Mindestbeitragsgrundlage	875
§ 237	Bundesbeitrag	876

2. Unterabschnitt

Übergangsbestimmungen zum Zweiten Teil

§ 238	Anwendung des Leistungsrechtes	876
§ 239	Nachträglicher Einkauf von Versicherungszeiten für Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung ..	877
§ 240	Wanderversicherung	880
§ 240a	Witwenpension	881
§ 241	Pensionsversicherungsfreies Dienstverhältnis	882
§ 242	Rehabilitation	882

3. Unterabschnitt

Übergangsbestimmungen zum Dritten Teil

§ 243	Verfahren	883
-------	-----------------	-----

4. Unterabschnitt

Übergangsbestimmungen zum Vierten Teil

§ 244	Verwaltungskörper	883
§ 245	Gesonderte Rücklage	883

ABSCHNITT II – Schlußbestimmungen

§ 246	Anwendung des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes .	884
§ 246a	<i>(aufgehoben)</i>	

§ 247	Ersatzzeiten	884
§ 248	Rechtsunwirksame Vereinbarungen	884
§ 249	Befreiung von der Einverleibungsgebühr	885
§ 250	Einziehung und Abfuhr der Beiträge zur Unfallversicherung selbständig Erwerbstätiger	885
§ 251	Regelung der Beziehungen des Versicherungsträgers zu den Vertragspartnern	886
§ 252	Anwendung des Abgabenänderungsgesetzes 1976	886
§ 253	Aufhebung bisheriger Vorschriften	886
§ 253a	886
§ 254	Vollziehung des Bundesgesetzes	886
§ 254a	Vollziehung in unmittelbarer Bundesverwaltung	888
§ 255	Wirksamkeitsbeginn	888
§ 256	Schlußbestimmungen zu Art. I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 677/1991 (18. Novelle)	888
§ 257	Schlußbestimmungen zu Art. II des Sozialrechts-Änderungs- gesetzes 1992, BGBl. Nr. 474	889
§ 258	Schlußbestimmung zu Art. II des 2. Sozialrechts-Änderungs- gesetzes 1992, BGBl. Nr. 17/1993	889
§ 259	Schlußbestimmungen zu Art. I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 336/1993 (19. Novelle)	890
§ 260	Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. Nr. 21/1994 (20. Novelle)	893
§ 261	Schlußbestimmung zu Art. 2 des Arbeitsmarktservice- Begleitgesetzes, BGBl. Nr. 314/1994	895
§ 262	Schlußbestimmungen zu Art. II des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 132/1995	895
§ 263	Schlußbestimmungen zu Art. XXX des Strukturanpassungs- gesetzes, BGBl. Nr. 297/1995	896
§ 264	Schlußbestimmung zu Art. IV des Sozialrechts-Änderungs- gesetzes 1995, BGBl. Nr. 832	896
§ 265	Schlußbestimmung zu Art. 5 des Arbeitsmarktpolitik- gesetzes 1996, BGBl. Nr. 153	897
§ 266	Schlußbestimmung zu Art. 35 des Strukturanpassungs- gesetzes 1996, BGBl. Nr. 201	897
§ 267	Schlußbestimmungen zu Art. I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 412/1996 (21. Novelle)	903
§ 268	Schlußbestimmung zu Art. II des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 600/1996	904
§ 269	Schlußbestimmungen zu Art. II des 2. Sozialrechts- Änderungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 764	904

Inhaltsverzeichnis

§ 270	Schlußbestimmungen zu Art. 8 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 47/1997	905
§ 271	Schlußbestimmung zu Art. 21 des Bezügebegrenzungs- gesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997	905
§ 272	Schlußbestimmung zu Art. XXIX des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/1997	906
§ 273	Schlußbestimmungen zu Art. 8, Abschnitt I des Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 139 (Abschnitt I der 22. Novelle)	906
§ 274	Schlußbestimmungen zu Art. 8, Abschnitt II des Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 139 (Abschnitt II der 22. Novelle)	911
§ 275	Schlußbestimmung zu Art. 9 des Gesetzes über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer, BGBl. I Nr. 30/1998	912
§ 276	Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 139/1998 (23. Novelle)	912
§ 277	Zusätzliche Ausgleichszulage 1999	916
§ 278	Besondere Pensionszulage 1999	916
§ 279	Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 86/1999	916
§ 280	Schlußbestimmungen zu Art. XIX des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 106/1999	916
§ 281	Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 175/1999 (24. Novelle)	917
§ 282	Schlußbestimmung zu Art. 7 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 179/1999	919
§ 283	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Sozialrechts-Änderungs- gesetzes 1999, BGBl. I Nr. 1/2000	920
§ 284	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Sozialversicherungs- Änderungsgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 43	920
§ 285	Schlussbestimmung zu Art. 13 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 44/2000	921
§ 286	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Sozialrechts- Änderungsgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 92	921
§ 287	Schlussbestimmungen zu Art. 67 des Budgetbegleit- gesetzes 2001, BGBl. I Nr. 142/2000	924
§ 288	Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 5/2001	924
§ 289	Zusätzliche Ausgleichszulage 2001	925
§ 289a	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 35/2001	925

§ 290	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Sozialversicherungs- Währungsumstellungs-Begleitgesetzes, BGBl. I Nr. 67/2001 ...	925
§ 291	Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 100/2001 (25. Novelle)	926
§ 292	Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 103/2001	928
§ 293	Schlussbestimmungen zu Art. 8 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 131/2001	929
§ 294	Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2002 (26. Novelle)	929
§ 295	Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 141/2002 (27. Novelle)	930
§ 296	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Sozialversicherungs- Änderungsgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 8/2003	931
§ 296a	Schlussbestimmung zu Art. VIII des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 169/2002	931
§ 297	Schlussbestimmungen zu Art. 74 Teil 1 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	931
§ 298	Schlussbestimmungen zu Art. 74 Teil 2 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	932
§ 299	Schlussbestimmung zu Art. 74 Teil 3 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	946
§ 300	Schlussbestimmung zu Art. 2 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 145/2003 (28. Novelle)	946
§ 301	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 145/2003 (28. Novelle)	946
§ 302	Einmalzahlung für das Jahr 2004	947
§ 303	Ersatzanspruch des Landes	948
§ 304	Schlussbestimmung zu Art. 2 des 2. Sozialversicherungs- Änderungsgesetzes 2004, BGBl. I Nr. 78	948
§ 305	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Sozialrechts- Änderungsgesetzes 2004, BGBl. I Nr. 105	948
§ 306	Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 142/2004 (29. Novelle)	948
§ 307	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 171/2004 (30. Novelle)	951
§ 308	Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 156/2004	951
§ 309	Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 179/2004	952

Inhaltsverzeichnis

§ 310	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 71/2005	952
§ 311	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 132/2005 (31. Novelle)	952
§ 312	Schlussbestimmung zu Art. 7 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 155/2005	953
§ 313	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 130/2006	953
§ 314	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 131/2006	954
§ 315	Einmalzahlung für das Jahr 2007	955
§ 316	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 169/2006	955
§ 317	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 31/2007 (32. Novelle)	955
§ 318	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 31/2007 (32. Novelle)	956
§ 319	Schlussbestimmungen zu Art. 5 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 101/2007 (33. Novelle)	956
§ 320	Pensionsanpassung und Vervielfachung der Ausgleichs- zulagen-Richtsätze für das Jahr 2009	958
§ 321	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 129/2008	958
§ 322	Zuschuss zu den Energiekosten	959
§ 323	Einmalzahlung für das Jahr 2008	960
§ 324	Anpassung der Ausgleichszulagenrichtsätze für das Kalenderjahr 2009	961
§ 325	Neufestsetzung des Schutzbetrages bei der Witwen (Witwer)pension	961
§ 326	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 83/2009 (34. Novelle)	961
§ 327	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 84/2009 (35. Novelle)	962
§ 328	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 147/2009	962
§ 329	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 147/2009	962
§ 330	Einmalzahlung	963
§ 331	Schlussbestimmung zu Art. 23 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/2009	963
§ 332	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 63/2010	964

§ 333	Schlussbestimmungen zu Art. 5 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/2010	964
§ 334	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2010 (36. Novelle)	964
§ 335	Schlussbestimmung zu Art. 5 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 64/2010	964
§ 336	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 58/2010	965
§ 337	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 92/2010	965
§ 338	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 102/2010	965
§ 339	Schlussbestimmungen zu Art. 116 Teil 1 des Budget- begleitgesetzes 2011, BGBl. I Nr. 111/2010 (37. Novelle)	965
§ 340	Schlussbestimmung zu Art. 116 Teil 2 des Budgetbegleit- gesetzes 2011, BGBl. I Nr. 111/2010 (37. Novelle)	967
§ 341	Schlussbestimmung zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 52/2011	967
§ 342	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 122/2011 (38. Novelle)	967
§ 343	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 17/2012	968
§ 344	Schlussbestimmung zu Art. 49 Teil 1 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35 (39. Novelle)	968
§ 345	Schlussbestimmungen zu Art. 49 Teil 2 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35 (39. Novelle)	968
§ 346	Besondere Pensionsanpassung	969
§ 347	Schlussbestimmung zu Art. 6 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 3/2013 (40. Novelle)	970
§ 348	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 123/2012 (41. Novelle)	970
§ 349	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 87/2013	971
§ 350	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 130/2013	971
§ 351	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 81/2013	971
§ 352	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2013 (42. Novelle)	971
§ 353	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 139/2013	972

Inhaltsverzeichnis

§ 354	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 28/2014	972
§ 355	Schlussbestimmung zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 56/2014	972
§ 356	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 2/2015 (43. Novelle)	972
§ 357	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 79/2015	973
§ 358	Schlussbestimmung zu Art. 15 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 118/2015	973
§ 359	Schlussbestimmungen zu Art. 15 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 118/2015	973
§ 360	Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 113/2015	974
§ 361	Schlussbestimmungen zu Art. 12 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 144/2015	975
§ 362	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 162/2015 (44. Novelle)	975
§ 363	Schlussbestimmung zu Art. 2 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 162/2015 (44. Novelle)	975
§ 364	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2016	976
§ 365	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 29/2017 (45. Novelle)	976
§ 365a	Einmalzahlung	976
§ 366	Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 26/2017	977

Allgemeines Pensionsgesetz (APG)

ABSCHNITT 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1	Geltungsbereich	978
§ 2	Zitierungen	978
§ 3	Versicherungszeiten	978

ABSCHNITT 2

Leistungen

§ 4	Alterspension, Anspruch	979
§ 5	Alterspension, Ausmaß	981

§ 6	Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitspension, Ausmaß	981
§ 7	Hinterbliebenenpensionen (Abfindung), Ausmaß	982
§ 8	Anpassung	983
§ 9	Wegfall der Alterspension	983

ABSCHNITT 3

Pensionskonto

§ 10	Kontoführung	984
§ 11	Inhalt des Kontos	984
§ 12	Ermittlung der Teil- und der Gesamtschrift	985
§ 13	Kontomitteilung	985
§ 14	Übertragung von Gutschriften bei Kindererziehung	986

ABSCHNITT 4

§ 15	Kontoerstgutschrift	987
------	---------------------------	-----

ABSCHNITT 5

§ 16	In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen	991
§ 17	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 132/2005 (1. Novelle)	993
§ 18	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 130/2006 (2. Novelle)	993
§ 19	Schlussbestimmung zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 170/2006 (3. Novelle)	993
§ 20	Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 31/2007 (4. Novelle)	993
§ 21	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 83/2009 (5. Novelle)	994
§ 22	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2010 (6. Novelle)	994
§ 23	Schlussbestimmung zu Art. 118 des Budgetbegleitgesetzes 2011, BGBl. I Nr. 111/2010 (7. Novelle)	994
§ 24	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 122/2011 (8. Novelle)	995
§ 25	Schlussbestimmungen zu Art. 51 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35 (9. Novelle)	995
§ 26	Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2013 (10. Novelle)	996

Inhaltsverzeichnis

§ 27	Schlussbestimmung zu Art. 11 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 138/2013 (11. Novelle)	997
§ 28	Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 2/2015 (12. Novelle)	997
§ 29	Schlussbestimmung zu Art. 10 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2016 (13. Novelle)	997
§ 30	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 29/2017 (14. Novelle)	997
Adressverzeichnis		999
Stichwortverzeichnis		1001

Abkürzungsverzeichnis

Ä	Ärzte
aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
AB	Ausschussbericht
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
abgedr	abgedruckt
AbgNR	Abgeordneter, -e zum Nationalrat
AbgRÄG	Abgabenrechtsänderungsgesetz (verschiedene Sammelnovellen)
Abk	Abkommen
Abl	Ablehnung
ABl	Amtsblatt
Abs	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
AF	Arbeitsfähigkeit
AfA	Absetzung für Abnutzung
AG	Arbeitgeber
AHG	Amtshaftungsgesetz, BGBl 1949/20
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AK	Arbeiterkammer
ÄK	Ärzttekammer(n)
AKG	Arbeiterkammergesetz 1992, BGBl 1991/626
ALG	Arbeitslosengeld
allf	allfällig, -e, -er, -es
allg	allgemein, -e, -er, -es
AIV	Arbeitslosenversicherung
AIVG	Arbeitslosenversicherungsgesetz, BGBl 1977/609
aM	anderer Meinung
AMFG	Arbeitsmarktförderungsgesetz, BGBl 1969/31
AMG	Arzneimittelgesetz, BGBl 1983/185
AMPFG	Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, BGBl 1994/315
AMS	Arbeitsmarktservice
AMSG	Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl 1994/313
AmtlVerlb	Amtliche Verlautbarung

Abkürzungsverzeichnis

AmtsSignK	Amtssignatur-Kundmachung(en) der Sozialversicherungsträger und des Hauptverbandes (Bildmarken) gemäß § 19 Abs 3 E-GovG, s www.avsv.at , Fundstellenkundmachung
AN	Amtliche Nachrichten des Bundesministeriums für soziale Verwaltung; Arbeitnehmer
AnfO	Anfechtungsordnung, RGBl 1914/337
AngG	Angestelltengesetz, BGBl 1921/292
AnhGO-V	Anhang zur Geschäftsordnung des Vorstandes (Delegierungsbeschlüsse)
Anm	Anmerkung
AO	Ausgleichsordnung, BGBl II 1934/221
AÖF	Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung
AP	Alterspension
APG	Allgemeines Pensionsgesetz, BGBl I 2004/142
ApG	Apothekengesetz, RGBl 1907/5
ApoGV	Apothekergesamtvertrag
AR	Aufsichtsrat
ArbBG	Arbeitsrechtliches Begleitgesetz, BGBl 1992/833
ArbIG	Arbeitsinspektionsgesetz, BGBl 1993/27
ArbVG	Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl 1974/22
ARD	Aktuelles Recht zum Dienstverhältnis
arg	argumento (folgt aus)
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
Art	Artikel
ASchG	ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, BGBl 1994/450
ASG	Arbeits- und Sozialgericht
ASGG	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz, BGBl 1985/104
ASoK	Arbeits- und SozialrechtsKartei
ASRÄG	Arbeits- und Sozialrechtsänderungsgesetz
ASt	Antragsteller
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1955/189
AT	Österreichische Arzneitaxe, BGBl 1962/128
AU	Arbeitsunfall
AÜG	Arbeitskräfteüberlassungsgesetz, BGBl 1988/196
AUM	Arbeitsunfähigkeits-Mitteilung („Krankschreibung“)
ausf	ausführlich
Ausg	Ausgabe
ausg	ausgenommen

AuskPflG	Auskunftspflichtgesetz, BGBl 1987/287
ausl	ausländisch, -e, -er, -es
AusLBG	Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl 1975/218
AußStrG	Außerstreitgesetz, BGBl I 2003/111
AUVA	Allgemeine Unfallversicherungsanstalt
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz, BGBl 1991/51
AVRAG	Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, BGBl 1993/459
AVSV	Amtliche Verlautbarungen der Sozialversicherung (www.avsv.at)
AZ	Ausgleichszulage
AZG	Arbeitszeitgesetz, BGBl 1969/461
BAG	Berufsausbildungsgesetz, BGBl 1969/142
BAO	Bundesabgabenordnung, BGBl 1961/194
BArchG	Bundesarchivgesetz, BGBl I 1999/162
BBehG	Bundesbehindertengesetz, BGBl 1990/283
BBG	Budgetbegleitgesetz
bbl	Baurechtliche Blätter
BDG	Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl 1979/333
Begr	Begründung
Beh	Behörde
BEinstG	Behinderteneinstellungsgesetz, BGBl 1970/22
Beitr	Beiträge
berufl	beruflich, -e, -er, -es
bes	besonderer, -e, -er, -es
Best	Bestimmung(en)
betr	betreffend
betriebl	betrieblich, -e, -er, -es
BewG	Bewertungsgesetz, BGBl 1955/148
BezBegrBVG	Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl I 1997/64
BezG	Bezügegesetz, BGBl 1972/273
BezVBeh	Bezirksverwaltungsbehörde
BGA	Bundesgesundheitsagentur
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGBIG	Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl I 2003/100
BGL	Beitragsgrundlage
BglGKK	Burgenländische Gebietskrankenkasse
BHV	Bundeshaushaltsverordnung 2013, BGBl II 2010/266

Abkürzungsverzeichnis

BildDokG	Bildungsdokumentationsgesetz, BGBl I 2002/12
BK	Berufskrankheit
BKAVD	Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
BKK	Betriebskrankenkasse
B-KUVG	Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl 1967/200
BlgNR	Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	Beitragsmonate; Bundesminister, -ium
BM(A)S	Bundesminister, -ium für soziale Verwaltung/Arbeit und Soziales
BMAGS	Bundesminister, -ium für Arbeit, Generationen und Soziales
BMASK	Bundesminister, -ium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMF	Bundesminister, -ium für Finanzen
BMfsV	Bundesminister, -ium für soziale Verwaltung
BMG	Bundesministeriengesetz, BGBl 1986/76; Bemessungsgrundlage; Bundesminister, -ium für Gesundheit
BMGF	Bundesminister, -ium für Gesundheit und Frauen
BMGFJ	Bundesminister, -ium für Gesundheit, Jugend und Familie
BMJ	Bundesminister, -ium für Justiz
BMSGK	Bundesminister, -ium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
BMSK	Bundesminister, -ium für Soziales und Konsumentenschutz
BMSVG	Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, BGBl I 2002/100
BMUKK	Bundesminister, -ium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMWA	Bundesminister, -ium für wirtschaftliche Angelegenheiten
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BPAÜG	Bundespensionsamtsübertragungs-Gesetz, BGBl I 2006/89
BPGG	Bundespflegegeldgesetz BGBl 1993/110
bPk	bereichsspezifisches Personenkennzeichen (§§ 8 ff E-GovG)
BRBG	(Erstes) Bundesrechtsbereinigungsgesetz, BGBl 1999/191
BReg	Bundesregierung
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Bundessozialgerichtsentscheidungen
BSK	Bundesschiedskommission
bspw	beispielsweise

BSVG	Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1978/559
BThPG	Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl 1958/159
BU	Berufsunfähigkeit
BUAG	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, BGBl 1972/414
BUAK	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
BUP	Berufsunfähigkeitspension
BVA	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter; Bundesvergabeamt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen
BVergA	Bundesvergabeamt
BVergG	Bundesvergabegesetz, BGBl I 2006/17
BVG	Bundesverfassungsgesetz
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz, BGBl 1930/1
B-VV	Bundes-Vertragsschablonenverordnung
BVwG	Bundesverwaltungsgericht
BWG	Bankwesengesetz, BGBl 1993/532
BWK	Bundeswirtschaftskammer (danach WKÖ)
bzgl	bezüglich
bzw	beziehungsweise
CG	Controllinggruppe
ChemG	Chemikaliengesetz, BGBl I 1997/53
CIC	Codex iuris canonici
CT	Computertomographie
D	Deutschland
DAG	Dienstgeberabgabegesetz, BGBl I 2003/28
dBSG	deutsches Bundessozialgericht
Def	Definition
ders	derselbe
DFÜ	Datenfernübertragung
DG	Dienstgeber
dh	das heißt
DN	Dienstnehmer
DNHG	Dienstnehmerhaftpflichtgesetz, BGBl 1965/80
DO.A	Dienstordnung A für Verwaltungsangestellte, Pflegepersonen und zahntechnische Angestellte bei den Sozialversicherungsträgern Österreichs

Abkürzungsverzeichnis

DO.B	Dienstordnung für die Ärzte bei den Sozialversicherungsträgern Österreichs
DO.C	Dienstordnung für die Arbeiter bei den Sozialversicherungsträgern Österreichs
DRdA	Das Recht der Arbeit
dRGBI	deutsches Reichsgesetzblatt
dRsp	deutsche Rechtsprechung
ds	das sind
DSG	Datenschutzgesetz, BGBl I 1999/165
DSK	Datenschutzkommission
DV	Dienstverhältnis(se); Durchführungsverordnung
E	Entscheidung
EB	Erläuterungen (zur Regierungsvorlage)
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz, BGBl 1974/399
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGovG	E-Government-Gesetz, BGBl I 2004/10
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EGVG	Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen, BGBl I 2008/87
EheG	Ehegesetz, dRGBI I 1938, 807
eigWB	eigener Wirkungsbereich
einschl	einschließlich
EinstV	Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die Beurteilung des Pflegebedarfs nach dem Bundespflegegeldgesetz (Einstufungsverordnung), BGBl II 1999/37
EKEG	Eigenkapitalersatz-Gesetz, BGBl I 2003/92
EKHG	Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz, BGBl 1959/48
EKO	Erstattungskodex
EKVK	Europäische Krankenversicherungskarte
ELGA	Elektronische(r) Gesundheitsakt(e)
ELSY	Elektronisches Verwaltungssystem (e-card-System)
EM	Ersatzmonate
EMGOV	Einführungsbestimmungen zur Mustergeschäftsordnung für den Vorstand
E-MVB	Empfehlungen zur einheitlichen Vollzugspraxis der Versicherungsträger

entspr	entsprechende
EO	Exekutionsordnung, RGBl 1896/79
EP	eingetragene Partnerschaft
EPG	Eingetragene Partnerschaft-Gesetz, BGBl I 2009/135
EPU	Einzelpersonenunternehmen
erforderl	erforderlich, -e, -er, -es
Erk	Erkenntnis
Erl	Erläuterung
ERSb	Ergänzungsregister für sonstige Betroffene
ERV	Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr 2006, BGBl II 2005/481
EStG	Einkommensteuergesetz, BGBl 1988/400
etc	et cetera
EU	Erwerbsunfähigkeit, Europäische Union
EUB-SVG	EU-Beamten-Sozialversicherungsgesetz, BGBl I 1999/7
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung 44/2001 des Rates vom 22.10.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2001/12,1
EUP	Erwerbsunfähigkeitspension
EU-PMG	EU-Patientenmobilitätsgesetz, BGBl I 2014/32
EUR-lex	eur-lex.europa.eu/de/index.htm; Website zu den Rechtsvorschriften der EU
europ	europäisch, -e, -er, -es
EV	Einzelvertrag/Einzelverträge
EvBl	Evidenzblatt
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZ	Ersatzzeiten
FABL	Fremden- und asylrechtliche Blätter (Zeitschrift)
FamZeitbG	Familienzeitbonusgesetz BGBl I 2016/53
FBH	Familienbeihilfe
FGV	Funktionsgebührenverordnung, BGBl II 2005/96
FINDOK	Finanzdokumentation des BMF
FJ	Finanzjournal
FK	Fondskommission
FLAG	Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl 1967/376
FN	Firmenbuchnummer
Forts	Fortsetzung

Abkürzungsverzeichnis

FPG	Fremdenpolizeigesetz, BGBl I 2005/100
FS	Festschrift
FSG	Führerscheingesetz, BGBl I 1997/120
FSVG	Freiberuflichen-Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1978/624
F-VG	Finanz-Verfassungsgesetz 1948, BGBl 1948/45
FFvWG	Finanzverwaltungsgerichtsbarkeitsgesetz, BGBl I 2013/14
FSME	Frühsommer-Meningoenzephalitis
G	Gesetz
GBG	Allgemeines Grundbuchgesetz, BGBl 1955/39
GBLÖ	Gesetzblatt für das Land Österreich (1938–1940)
GD	Generaldirektor, Generaldirektion
GDA	Gesundheitsdiensteanbieter
GDG, GDokG	Gesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen, (Gesundheitsdokumentationsgesetz), BGBl I 1996/745
GehG	Gehaltsgesetz, BGBl 1956/54
GehK	Gehaltskasse
GehKG	Gehaltskassengesetz, BGBl I 2001/154
gem	gemäß
gemindAF	geminderte Arbeitsfähigkeit
GenG	Genossenschaftsgesetz, RGrBl 1873/70
GenV	Generalversammlung
gerichtl	gerichtlich, -e, -er, -es
ges	gesetzlich, -e, -er, es
GES	Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
GesBR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesV	Gesellschaftsvertrag
GewO	Gewerbeordnung, BGBl 1994/194
gewöhnl	gewöhnlich, -e, -er, -es
Gf	Geschäftsführer
GGP	Großgeräteplan
gg	gegenteilig
ggüber	gegenüber
GK	Gebietskörperschaft(en)
GKK	Gebietskrankenkasse
GKV	Gewerbliche Krankenversicherung
GlBG	Gleichbehandlungsgesetz, BGBl 1979/108
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHG	Gesetz über Gesellschafter mit beschränkter Haftung, RGBl 1906/58
GO	Geschäftsordnung
GOG	Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl 1896/217
GO-TK	Geschäftsordnung der Trägerkonferenz
GO-VV	Geschäftsordnung des Verbandsvorstands
GP	Gesetzgebungsperiode
GPLA	Gemeinsame Prüfung Lohnabhängiger Abgaben
GQG	Gesundheitsqualitätsgesetz im Gesundheitsreformgesetz 2005, BGBl I 2004/179
grds	grundsätzlich
GrEStG	Grunderwerbsteuergesetz, BGBl 1987/309
GRG	Gesundheitsreformgesetz, BGBl I 2013/81
GSBG	Gesundheits- und Sozialbereichsbeihilfegesetz, BGBl 1996/746
GSKVG	Gewerbliches Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz, BGBl 1971/287
GSPVG	Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl 1957/292
GSKK	Gewerbliche Selbständigenkrankenkasse (ab 1. 7. 1966 Name der MKK, § 149 GSVKG BGBl 1966/167, vor 1974 Vorgängerin der SVA)
GSVG	Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, BGBl 1978/560
GTelG	Gesundheitstelematikgesetz 2012, BGBl I 2012/111
GV	Gesamtvertrag/Gesamtverträge
G-ZG	Gesundheits-Zielsteuerungsgesetz, BGBl I 2013/81
HaRÄG	Handelsrechts-Änderungsgesetz, BGBl I 2005/120
HbG	Hausbesorgergesetz, BGBl 1970/16
HBG	Höchstbemessungsgrundlage
HBGL	Höchstbeitragsgrundlage
HG	Handelsgericht
HGB	Handelsgesetzbuch
hins	hinsichtlich
HIV	Human Immundeficiency Virus
HK-SKA	Herz-Kreislauf-Sonderkrankenanstalt
HKG	Handelskammergesetz, BGBl 1946/182
hL	herrschende Lehre
HS	Hundertsatz

Abkürzungsverzeichnis

HV	Hauptverband
HVG	Heeresversorgungsgesetz, BGBl 1964/27
iA	im Allgemeinen
IA	Initiativantrag
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
idS	in diesem Sinn
idZ	in diesem Zusammenhang
IEF	Insolvenz-Entgelt-Fonds
ieS	im engeren Sinn
IESG	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, BGBl 1977/324
igls	im gleichen Sinn
IndRME	Index der Rechtsmittelentscheidungen und des Schrifttums („Hohenecker-Index“)
inkl	inklusive
inl	inländisch, -e, -er, -es
insb	insbesondere
int	international, -e, er, -es
IO	Insolvenzordnung, RGBl 1914/337
IP	Invaliditätspension
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht, BGBl 1978/304
iR	im Rahmen
IRÄG 2010	Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2010, BGBl I 2010/29
iS	im Sinne
iSd	im Sinne des, der
ITSV	IT Services der Sozialversicherung
iVm	in Verbindung mit
IVS	Informationsverbundsystem (§ 50 DSGVO 2000)
ivZ	im vorliegenden Zusammenhang
IWVG	Informationsweiterverwendungsgesetz, BGBl I 2005/135
iwS	im weiteren Sinn
iZm	in Zusammenhang mit
JBl	Juristische Blätter
JN	Jurisdiktionsnorm, RGBl 1895/111
Jud	Judikatur
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz, BGBl 1989/161

KA	Krankenanstalt
KAKuG	Bundesgesetz über die Krankenanstalten und Kuranstalten, BGBl 1957/1
KA ORG	Organisationsbeschreibung Datenaustausch mit Krankenanstalten
KBB	Koziol/Bydlinski/Bollenberger, Kurzkommentar zum ABGG
KBGG	Kinderbetreuungsgeldgesetz, BGBl I 2001/103
Kdm	Kundmachung
KEG	Kommandit-Erwerbsgesellschaft
KEZ	Kindererziehungszeiten
KFA	Krankenfürsorgeanstalt (§ 2 B-KUVG)
KFG	Kraftfahrgesetz; BGBl 1967/267
kfm	kaufmännisch, -e, -er, -es
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kommanditgesellschaft; Krankengeld
KGKK	Kärntner Gebietskrankenkasse
KH	Krankenhaus
KHVG	Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz 1994, BGBl 1994/651
KindNamRÄG	Kindschafts- und Namensrechts-Änderungsgesetz, BGBl I 2013/15
kP	klagende Partei
KM	Kalendermonat
KO	Konkursordnung, RGrBl 1914/337
KOMFOR	K ommunikationsplatt form für Mitglieder der Verwaltungskörper der Sozialversicherung (elektronisches internes Dokumentenverwaltungssystem)
KommStG	Kommunalsteuergesetz, BGBl 1993/819
KontrollV	Kontrollversammlung
körperl	körperlich, -e, -er, -es
KOVG	Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, BGBl 1957/152
Krbeh	Krankenbehandlung
krit	kritisch
KrO	Krankenordnung
KSE	Krankenscheinersatz
KSV-SG	KünstlerInnensozialversicherungs-Strukturgesetz, BGBl I 2010/92
K-SVFG	Künstler-Sozialversicherungsfonds-Gesetz, BGBl I 2001/131

Abkürzungsverzeichnis

KV	Kollektivvertrag; Krankenversicherung
KVA	Krankenversicherungsanspruch
KVP	Kassenverkaufspreis
KVT	Krankenversicherungsträger
LBK	Landesberufungskommission
leg cit	legis citatae
LFG	Luftfahrtgesetz, BGBl 1957/253
LG	Landesgericht
LGF	Landesgesundheitsfonds
LGZ	Landesgericht für Zivilrechtssachen
LH	Landeshauptmann
lit	litera
Lit	Literatur
LIVE	Leistungs information für Versicherte
Lj	Lebensjahr
LKF	Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung
Lkw	Lastkraftwagen
LReg	Landesregierung
LSK	Landesschiedskommission
LStR	Lohnsteuerrichtlinien
m	Meter
männl	männlich, -e, -er, -es
Mat	Gesetzesmaterialien
MBGL	Mindestbeitragsgrundlage
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit
MDR	Monatschrift für Deutsches Recht
ME	Ministerialentwurf
mE	meines Erachtens
medizin	medizinisch, -e, -er, -es
MedKF-TG	Bundesgesetz über die Transparenz von Medienkooperationen sowie von Werbeaufträgen und Förderungen an Medieninhaber eines periodischen Mediums (Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetz), BGBl I 2011/125
MeldeG	Meldegesezt 1991, BGBl 1992/9
MGO	Mustergeschäftsordnung
MGOGV	Mustergeschäftsordnung für die Generalversammlung
MGOKV	Mustergeschäftsordnung für die Kontrollversammlung

MGOV	Mustergeschäftsordnung für den Vorstand
MGV	Mustergesamtvertrag zwischen ÖAK und HV
mHa	mit Hinweis auf
MilBFG	Militärberufsförderungsgesetz, BGBl I 2003/130
Min	Minuten
mind	mindestens
Mio	Million
Mitt	Mitteilung(en)
MKK	Meisterkrankenkasse
MKO	Musterkrankenordnung
MMHmG	Medizinischer Masseur- und Heilmasseurgesetz, BGBl I 2002/169
MR	Magnetresonanz
Mrd	Milliarde
MRK	Menschenrechtskonvention, BGBl 1958/210
MS	Mitgliedsstaat; Mustersatzung
MSchG	Mutterschutzgesetz, BGBl 1979/64
mW	meines Wissens
mwH	mit weiteren Hinweisen
mwN	mit weiteren Nachweisen
MWSt-RL	Mehrwertsteuer-Richtlinie 2006/112/EG
NARIC	National Academic Recognition Information Centre, Nationales Informationszentrum für die Anerkennung akademischer Grade beim BMWF
NeuFÖG	Neugründungs-Förderungsgesetz, BGBl I 1999/106
NO	Notariatsordnung, BGBl I 2005/164
NÖ	Niederösterreich
NÖGKK	Niederösterreichische Gebietskrankenkasse
Nov	Novelle
NR	Nationalrat
NRAbg	Abgeordnete(r) zum Nationalrat
Nr	Nummer
NRZ	Neurologisches Rehabilitationszentrum
NSchG	Nachtschwerarbeitsgesetz, BGBl 1981/354
nv	nicht veröffentlicht
NVG	Notarversicherungsgesetz, BGBl 1972/66
Ö	Österreich

Abkürzungsverzeichnis

oa	oben angeführt, -e, -er, -es
ÖÄK	Österreichische Ärztekammer
ÖÄZ	Österreichische Ärztezeitung
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖBl	Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
ÖBVP	Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie
OEG	Offene Erwerbsgesellschaft
öff	öffentlich, -e, -er, -es
OFG	Opferfürsorgegesetz, BGBl 1947/183
OGH	Oberster Gerichtshof
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OÖ	Oberösterreich
OÖGKK	Oberösterreichische Gebietskrankenkasse
ÖSG	Österreichischer Strukturplan Gesundheit
ÖStA	Österreichisches Standesamt
österr	österreichisch, -e, -er, -es
OTPG	Organtransplantationsgesetz, BGBl I 2012/108
ÖZAK	Österreichische Zahnärztekammer
per vit	periculum vitae
PG	Pensionsgesetz, BGBl 1965/340
PGE	Pflegegebührenersatz
PharmonG	Pensionsharmonisierungsgesetz BGBl I 2004/142
PIN	Persönliche Identifikationsnummer
Pkt	Punkt
Pkw	Personenkraftwagen
PKZ	Pflegekostenzuschuss
PO	Prüfungsordnung
PRIKRAF	Privat-Krankenanstalten-Finanzierungsfonds
PSK	Paritätische Schiedskommission
PStG	Personenstandsgesetz BGBl 1983/60
PThG	Psychotherapiegesetz, BGBl 1990/361
PV	Pensionsversicherung
PVA	Pensionsversicherungsanstalt
PVT	Pensionsversicherungsträger
PW	Pensionswerber
RAO	Rechtsanwaltsordnung, RGBl 1868/96

räuml	räumlich, -e, -er, -es
RBG	Richtlinien für die Grundsätze der Erstellung von Gutachten in Angelegenheiten der beruflichen Maßnahmen der Rehabilitation
RBV	Richtlinien für die Beurteilung von Vermögensanlagen
RBZRehab	Richtlinien für Zuzahlungen bei Rehabilitation
RdM	Recht der Medizin
RDPP	Richtlinien für die Erstellung von Dienstpostenplänen
RdW	Recht der Wirtschaft
RechnVor-schrSV	Weisungen des BMASK für die Rechnungslegung und Rechnungsführung bei den Sozialversicherungsträgern und dem Hauptverband gemäß § 444 Abs 6 ASVG
rechtspolit	rechtspolitisch, -e, -er, -es
REDV	Richtlinien des Hauptverbandes über die Zusammenarbeit in der elektronischen Datenverarbeitung
RegZG	Bundesgesetz über die Durchführung von Volks-, Arbeitsstätten-, Gebäude- und Wohnungszählungen (Registerzählungsgesetz), BGBl I 2006/33
Rehab	Rehabilitation
Rehabmaßnah-me(n)	Rehabilitationsmaßnahme(n)
Rep	Republik
RezeptpflichtG	Rezeptpflichtgesetz, BGBl 1972/413
RGB	Gleichbehandlungsrichtlinien
RGBl	Reichsgesetzblatt
RH	Rechnungshof
RIS	Rechtsinformationssystem des Bundes
RL	Richtlinie
RLVPK	Richtlinien für die Durchführung, Dokumentation und Qualitätssicherung von Kontrollen im Vertragspartnerbereich
RO	Rechtsordnung
RÖDS	Jahrbuch Recht und Ökonomik des Dritten Sektors
RÖK	Richtlinien über die ökonomische Krankenbehandlung
RöV	Richtlinien über die ökonomische Verschreibweise von Heilmitteln und Heilbehelfen
RRGeb	Richtlinien für die Reisegebühren von Versicherungsvertretern
RRK	Richtlinien für Rehabilitation und Gesundheitsvorsorge

Abkürzungsverzeichnis

RRZ	Richtlinien für die Befreiung von der Rezeptgebühr
Rs	Rechtssache (Verfahren des EuGH)
RS	Rechtssatz im RIS
RSG	Regionaler Strukturplan Gesundheit
R-SKA	Rheuma-Sonderkrankenanstalt
Rsp	Rechtsprechung
RV	Regierungsvorlage
RVO	Reichsversicherungsordnung
Rz	Randziffer
RZR	Richtlinien für das Zusammenwirken der Versicherungsträger untereinander und mit dem AMS bei der Durchführung der medizin und berufl Maßnahmen der Rehabilitation zur Erhaltung oder Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit
s	siehe
sämtl	sämtlich, -e, -er, -es
SBBG	Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz BGBl I 2015/113
Sbg	Salzburg
SbgGKK	Salzburger Gebietskrankenkasse
SchK	Schiedskommission
SchOG	Schulorganisationsgesetz, BGBl 1962/242
SchUG	Schulunterrichtsgesetz, BGBl 1986/472
SE	Societas Europaea
SGB	(deutsches) Sozialgesetzbuch
SGFÖ	Sozial- und Gesundheitsforum Österreich
SH-Träger	Sozialhilfeträger
SigG	Signaturgesetz, BGBl I 1999/190
SN	Stellungnahme
sog	sogenannt, -e, -er, -es
SozBEG	Sozialbetrugsgesetz, BGBl 2004/152
SozDok	Dokumentation des österreichischen Sozialversicherungsrechts im Internet, www.sozdok.at
sozKV	soziale Krankenversicherung
SozSi	Soziale Sicherheit
SpaltG	Spaltungsgesetz, BGBl 1996/304 (Art XIII)
SQK	Strukturqualitätskriterien
SRÄG	Sozialrechts-Änderungsgesetz
SSV	Entscheidungen des Oberlandesgerichtes Wien im Leistungsstreit-Verfahren zweiter Instanz der Sozialversicherung

SSV-NF	Entscheidungen des OGH in Sozialrechtssachen (im Anhang: Entscheidungen der Bundesschiedskommission und der Landesberufungskommissionen)
staatl	staatlich, -e, -er, -es
2. StabG	2. Stabilitätsgesetz, BGBl I 2012/35
Stb	Staatsbürger, -in
StellBG	Stellenbesetzungsgesetz, BGBl I 1998/26
StellBV	Verordnung der Bundesregierung betreffend die Vertrags-schablonen gemäß dem Stellenbesetzungsgesetz, Stellenbe-setzungsverordnung, BGBl II 1998/254
steuerl	steuerlich, -e, -er, -es
StGB	Strafgesetzbuch, BGBl 1974/60
StGG	Staatsgrundgesetz, RGrBl 1867/142
StmkGKK	Steiermärkische Gebietskrankenkasse
StPO	Strafprozessordnung, BGBl 1975/63
StRefG 2015/ 2016	Steuerreformgesetz 2015/2016, BGBl I 2015/118
stRsp	ständige Rechtsprechung
StudBerG	Studienberechtigungsgesetz, BGBl 1985/292
StudFG	Studienförderungsgesetz, BGBl 1992/305
StV	Stellvertreter, Staatsvertrag
StVG	Strafvollzugsgesetz, BGBl 1969/144
StVO	Straßenverkehrsordnung, BGBl 1960/159
SuchtgiftVO	Suchtgiftverordnung, BGBl 1997/374
SUG	Sonderunterstützungsgesetz, BGBl 1973/642
SV	Sozialversicherung
SVA(gW)	Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft
SVAG	Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz BGBl I 2015/2
SVÄG	Sozialversicherungs-Änderungsgesetz
SVB	Sozialversicherungsanstalt der Bauern
SVD	Sozialversicherungs-Dienstleistungs- und Büromanagement GmbH
SV-DSV	Datenschutzverordnung für die Sozialversicherung
SV-EG	Sozialversicherungs-Ergänzungsgesetz, BGBl I 1994, 154
SVers	Entscheidungen des OLG Wien in SV-Sachen
SVG	Signatur- und Vertrauensdienstegesetz, BGBl I 2016/50
SVNR	Sozialversicherungsnummer
SV-Slg	Sozialversicherungsrechtliche Entscheidungen

Abkürzungsverzeichnis

SVS	Selbständigenvorsorge
SVT	Sozialversicherungsträger
SV-ÜG	Sozialversicherungs-Überleitungs-Gesetz, BGBl 1947/142
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei
T	Tirol
t	Tonne, -n
tägl	täglich, -e, -er, -es
tatsächl	tatsächlich, -e, -er, -es
techn	technisch, -e, -er, -es
TEG	Todeserklärungsgesetz, BGBl 1951/23
teilw	teilweise
TirGKK	Tiroler Gebietskrankenkasse
TK	Trägerkonferenz
uÄ	und Ähnliche(s)
ua	und andere; unter anderem
ÜBest	Übergangsbestimmung(en)
UFS	Unabhängiger Finanzsenat
UG	Universitätsgesetz, BGBl I 2002/120
UGB	Unternehmensgesetzbuch
UKH	Unfallkrankenhaus
UNIDO	Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung
UniStG	Universitäts-Studiengesetz, BGBl I 1997/48
unveröff	unveröffentlicht
ÜR	Überleitungsrecht
UrhG	Urheberrechtsgesetz, BGBl 1936/111
UrlG	Urlaubsgesetz, BGBl 1976/390
USt	Umsatzsteuer
UStG	Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl 1994/663
UStR	Umsatzsteuerrichtlinien 2000
USt-RL	Umsatzsteuerrichtlinien
usw	und so weiter
uU	unter Umständen
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz, BGBl 1985/451
UVS	Unabhängiger Verwaltungssenat
UVT	Unfallversicherungsträger
UWG	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, BGBl 1984/448

V	Verordnung
VA	Versicherungsanstalt
VA, VÄ	Vertragsarzt, Vertragsärzte
VABS	VOEST ALPINE Bahnsysteme
VAEB	Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz, BGBl 1978/569
VANot	Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates
VB	Vertragsbedienstete
VBG	VertragsbedienstetenG, BGBl 1948/86
VbgGKK	Vorarlberger Gebietskrankenkasse
Verf	Verfahren
Vers	der/die Versicherte; Versicherung
Versdauer	Versicherungsdauer
Versschutz	Versicherungsschutz
Verssumme	Versicherungssumme
verst	verstärkt(er)
VersV	Versicherungsvertreter
VersVG	Versicherungsvertragsgesetz 1958, BGBl 1959/2
VersZweig	Versicherungszweig
VerwGerNov	Verwaltungsgerichtsnovelle
VerwK	Verwaltungskörper
VF	Versicherungsfall
VfGG	Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl 1953/85
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VfGHE	Verfassungsgerichtshoferkenntnis
VfSlg	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl	vergleiche
vH	von Hundert
VM	Versicherungsmonat(e)
VO 1408/71	Verordnung (EWG) des Rates über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (Nr. 1408/71)
VO 883/2004	Verordnung (EG) des Europäischen Parlaments und des Rates zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (Nr. 883/2004)

Abkürzungsverzeichnis

VO 987/2009	Verordnung (EG) Nr 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr 883/2004 über die Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit
VO	Europarechtliche Verordnung
VOG	Verbrechensopfergesetz, BGBl 1972/288
vorzAP	vorzeitige Alterspension
VR	Versicherungsrundschau
VR	Versehrtenrente
vs	versus
VSNR	Versicherungsnummer
VT	Versicherungsträger
VV	Versicherungsvertreter
VVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991, BGBl 1991/53
VwGG	Verwaltungsgerichtshofgesetz, BGBl 1985/10
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
VZ	Versicherungszeiten
VZE	Versicherungszuständigkeitserklärung
W	Wien
WaffG	Waffengesetz, BGBl I 1997/12
WAG	Wertpapieraufsichtsgesetz 2007, BGBl I 2007/60
wbl	wirtschaftsrechtliche Blätter
WBFB-G	Bundesgesetz über die Einhebung eines Wohnbauförderungsbeitrags, BGBl 1952/13
wd	während
weibl	weiblich, -e, -er, -es
wesentl	wesentlich, -e, -er, -es
wg	wegen
WG	Wehrgesetz, BGBl I 2001/146
WGKK	Wiener Gebietskrankenkasse
wirkl	wirklich, -e, -er, -es
wirtschaftl	wirtschaftlich, -e, -er, -es
WK	Wirtschaftskammer
WKG	Wirtschaftskammergesetz, BGBl I 1998/103
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
Wo	Woche
Wr	Wiener
WrKAG	Wiener Krankenanstaltengesetz, LGBl 23/1987

wvb	wiederverlautbart
WZ	Wartezeit
Z	Ziffer
ZÄG	Zahnärztegesetz, BGBl I 2005/126
Zak	Zivilrecht aktuell
ZÄKG	Zahnärztekammergesetz, BGBl I 2005/154
ZAS	Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
ZASB	Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht, Judikaturbeilage
zB	zum Beispiel
ZDG	Zivildienstgesetz, BGBl 1986/679
zeitl	zeitlich, -e, -er, -es
ZellKomm	Zeller Kommentar zum Arbeitsrecht, hrsg von Neumayr/ Reissner
ZFSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZfV	Zeitschrift für Verwaltung
ZIK	Zeitschrift für Insolvenzrecht und Kreditschutz
ZMR	Zentrales Melderegister
ZPO	Zivilprozessordnung, RGBl 1895/113
ZTKG	Ziviltechnikerkammergesetz, BGBl 1994/157
zumind	zumindest
zust	zuständig, -e, -er, -es
zust	zustimmend
ZUVO	Zukunftsvorsorge aktuell
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht; Zentrales Vereinsregister
zw	zwischen

Literaturverzeichnis

- Brodil/Windisch-Graetz*, Sozialrecht in Grundzügen, 7. Aufl (2013): *Brodil/Windisch-Graetz*, Sozialrecht⁷
- Eberhard*, Nichtterritoriale Selbstverwaltung. Verfassungsrechtliche Parameter autonomer Verwaltung. Forschungen aus Staat und Recht 169. 2014: *Eberhard*, Nichtterritoriale Selbstverwaltung
- Ficzko/Schruf*, Praxiskommentar zum GSVG: *Ficzko/Schruf*, GSVG
- Geppert* (Hrsg), Sozialversicherung in der Praxis (2004): *Geppert*, Praxis
- Grillberger/Mosler* (Hrsg), Europäisches Wirtschaftsrecht und Soziale Krankenversicherung (2003): *Grillberger/Mosler*, Wirtschaftsrecht
- Hengstschläger/Leeb*, Kommentar zum Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz (2009): *Hengstschläger/Leeb*, AVG
- Koziol/Bydlinski/Bollenberger*, Kurzkomentar zum ABGB, 4. Aufl (2014): *Autor* in KBB
- Krejci*, Das Sozialversicherungsverhältnis (1977): *Krejci*, Sozialversicherungsverhältnis
- Milisits/Wolff/Hollarek*, Handbuch zur gesetzlichen Pensionsversicherung in Österreich, 2. Aufl (2012): *Milisits/Wolff/Hollarek*, Handbuch²
- Mosler/Müller/Pfeil* (Hrsg), Der SV-Komm (ab 2013): *Autor* in SV-Komm
- Müller*, Der Erstattungsanspruch nach Inanspruchnahme eines Wahlarztes, FS Cerny (2001) 533: *Müller*, Erstattungsanspruch
- Pelinka*, Medizinische Rehabilitation aus der Sicht der AUVA, SozSi 2005, 460
- Pfeil*, Österreichisches Sozialrecht, 11. Aufl (2016): *Pfeil*, Österreichisches Sozialrecht¹¹
- Pfeil*, Sport und Sozialversicherungsrecht, WiR, Sport und Recht, 51
- Pfeil*, Soziale Sicherheit in Österreich und Europa – Durchführung der VO (EWG) 1408/71 in Europa, Bd 16: *Pfeil*, Soziale Sicherheit
- Poperl*, Sozialversicherungs-Handbuch: *Poperl*, Handbuch
- Rebhahn*, Probleme der Normsetzung durch die und in der Sozialversicherung, in *Tomandl/Schrammel* (Hrsg), Sozialversicherungsträger und Hauptverband (2005) 67: *Rebhahn*, Normsetzung
- Rechberger* (Hrsg), Kommentar zur ZPO, 4. Aufl (2014): *Rechberger*⁴
- Rudda*, Prävention zur Verhinderung von Invalidität und Pflegebedürftigkeit, SozSi 2001, 650
- Schwimann/Kodek*, ABGB Praxiskommentar, Band 7, Haftpflichtgesetze, 4. Aufl (2016): *Autor* in *Schwimann/Kodek*, ABGB⁴
- Tomandl*, Grundriss des österreichischen Sozialrechts, 6. Aufl (2009): *Tomandl*, Grundriss⁶
- Tomandl* (Hrsg), System des österreichischen Sozialversicherungsrechts: *Autor* in *Tomandl*, System
- Walter*, Staatshaftung aus der Sicht der Sozialversicherungsträger, SozSi 1986, 107
- Welti*, Behinderung und Rehabilitation im sozialen Rechtsstaat (2005)

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz

Fundstellenzitate zur Textentwicklung

Nr.	BGBI (I) Nr.	Inhalt	GP	RV oder IA BlgNR	AB BlgNR
147.	2017/33	Einmalzahlung für Pensionisten (Art 2)	XXV	1349	1430
146.	2017/29	SVÄG 2016 (45. Novelle) (Art 2)	XXV	1330	1429
145.	2017/26	VereinbarungsumsetzungsG VUG (Art 4)	XXV	1333	1373
144.	2016/120	Deregulierungs- und AnpassungsG 2016 – Inneres (Art 7)	XXV	1345	1388
143.	2016/53	Familienzeitbonus, Kinderbetreuungsgeldgesetz (Art 4)	XXV	1110	1154
142.	2015/162	SRÄG 2015 – 44. Novelle (Art 2)	XXV	900	953
141.	2015/144	BudgBeglG 2016 (3. Abschnitt, Art 12)	XXV	821	882
140.	2015/118	StRefG 2015/2016 (Art 15)	XXV	(zu) 684	750
139.	2015/113	SBBG (Art 3)	XXV	692	770
138.	2015/79	Meldepflicht-ÄnderungsG (Art 2)	XXV	618	641
137.	2015/2	SV-AnpG SVAG (43. Novelle, Art 2)	XXV	321	417
136.	2014/56	Kindeseigenschaft in der PV (Art 2)	XXV	--	236
135.	2014/32	EU-PatientenmobilitätsG (Art 4)	XXV	33	77
134.	2014/28	„Gratis-Zahnspange“ (Art 2)	XXV	43	82
133.	2013/139	2. SVÄG 2013 (Art 2)	XXIV	2362/A	2508
132.	2013/130	2. Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Bundesministerium für Gesundheit (Art 2)	XXIV	2167	2257
131.	2013/87	Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Sozialversicherung (Art 2)	XXIV	2195	2227
130.	2013/86	SVÄG 2013 – 42. Novelle (Art 2)	XXIV	2246	2280
129.	2013/81	Gesundheitsreformgesetz 2013 (Art 4)	XXIV	2234	2255
128.	2013/3	SRÄG 2012 – 40. Novelle (Art 6)	XXIV	2000	2028
127.	2012/123	SVÄG 2012 – 41. Novelle (Art 2)	XXIV	2001	2102
126.	2012/111	Elektronische GesundheitsakteG – ELGA-G (Art 3)	XXIV	1936	1979
125.	2012/107	OrgantransplantationsG-Novelle (Art 2)	XXIV	1935	1981
124.	2012/76	Besondere Pensionsanpassung (Art 2)	XXIV	1987/A	1858
123.	2012/35	2. StabilitätsG 2012 (Art 49)	XXIV	1685	1708
122.	2012/17	FreiwilligenG (Art 4)	XXIV	1634	1661
121.	2011/122	Sozialrechts-ÄnderungsG 2011 – 38. Novelle (Art 2)	XXIV	1512	1554
120.	2011/52	Julinovelle (Art 3)	XXIV	1544/A	1308

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz

119.	2010/111	BudgetbegleitG 2011 – 37. Novelle (Art 116)	XXIV	981	1026
118.	2010/102	2. Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2010 (Art 2)	XXIV	937	959
117.	2010/92	KünstlerInnensozialversicherungs-StrukturG (Art 2)	XXIV	876	899
116.	2010/64	Augustnovelle (Art 5)	XXIV	772	839
115.	2010/63	Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2010 (Art 4)	XXIV	628	818
114.	2010/62	Sozialrechts-ÄnderungsG 2010 – 36. Novelle (Art 2)	XXIV	785	826
113.	2010/61	BundesG zur Stärkung der ambulanten öffentlichen Gesundheitsversorgung (Art 5)	XXIV	779	853
112.	2010/58	Insolvenzrechtsänderungs-BegleitG (Art 2)	XXIV	771	840
111.	2010/29	InsolvenzrechtsänderungsG 2010 – (Zitat „Insolvenzordnung“ bzw „IO“, Art 1)	XXIV	612	651
110.	2009/147	4. Sozialrechts-ÄnderungsG 2009 (Art 2)	XXIV	476	541
109.	2009/135	Eingetragene PartnerschaftG (Art 23)	XXIV	485	558
108.	2009/84	3. Sozialrechts-ÄnderungsG 2009 – 35. Novelle (Art 2)	XXIV	197	243
107.	2009/83	2. Sozialrechts-ÄnderungsG 2009 – 34. Novelle (Art 2)	XXIV	179	242
106.	2009/52	BudgetbegleitG 2009 (Art 49)	XXIV	113	113
105.	2009/14	Märznovelle (Art 2)	XXIV	366/A	55
104.	2008/146	2. Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2008 (Art 2)	XXIV	4	27
103.	2008/129	Sozialrechts-ÄnderungsG 2008 (Art 2)	XXIII	889/A	--
102.	2008/120	Augustnovelle (Art III)	XXIII	610	656
101.	2008/92	Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2008 (Art 2)	XXIII	543	568
--		Struktur-ÄnderungsG für die Krankenversicherung und die Organisation der Sozialversicherung (Art 2)	XXIII	605	
100.	2007/101	Gesundheitswesen AnpassungsG – 33. Novelle (Art 5)	XXIII	297UEAntr. 221–227 AbändAntr 55–57 -BeschlNr	352353
99.	2007/31/	Sozialrechts-ÄnderungsG 2007 – 32. Novelle (Art 2)	XXIII	77	110
98.	2006/169/	3. Sozialrechts-ÄnderungsG 2006 (Art 2)	XXIII	12	19
97.	2006/165/	2. Sozialrechts-ÄnderungsG 2006 (Art 2)	XXIII	27/A	8

96.	2006/131	Sozialrechts-ÄnderungsG 2006 (Art 2)	XXII	1408	1483 Ein- spr.: 1563
95.	2006/130	Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2006 (Art 2)	XXII	1314	1360 Ein- spr.: 1561
94.	2005/155	Zahnärztereform-BegleitG (Art 7)	XXII	1086	1136
93.	2005/138	VfGH: § 83 Abs 8 (Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensgefährten) VfSlg 17.659	XXII		
92.	2005/132	Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2005 – 31. Novelle (Art 2)	XXII	1111	1132
91.	2005/74	VfGH: § 54 zweiter Satz VfSlg 17.595	XXII		
90.	2005/71	Sozialrechts-ÄnderungsG 2005 (Art 2)	XXII	944	957
89.	2004/179	Novelle im GesundheitsreformG 2005 (Art 3)	XXII	693	711
88.	2004/171	3. Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2004 – 30. Novelle (Art 2)	XXII	703	776
87.	2004/156	Novelle im FinanzausgleichsG 2005 (Art 4)	XXII	702	731
86.	2004/142	PensionsharmonisierungsG – 29. Novelle (Art 3)	XXII	653	694
85.	2004/105	Sozialrechts-ÄnderungsG 2004 (Art 2)	XXII	434/A	--
84.	2004/78	2. Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2004 (Art 2)	XXII	469	536
83.	2004/18	Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2004 (Art 2)	XXII	IA 335/A	401
82.	2003/145	2. Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2003 – 28. Novelle (Art 2)	XXII	310	316
81.	2003/71	BudgBeglG 2003 (Art 74)	XXII	59	111
80.	2003/45	VfGH: 145 Abs 2 bis 5 VfSlg 16.923	XXII		
79.	2003/8	Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2003 (Art 2)	XXII	10/A	4
78.	2003/2	VfGH: 116a Abs 7 VfSlg 16.663			
77.	2002/169	Medizinischen Masseur- und HeilmasseurG (Art VIII)	XXI	1140	1262
76.	2002/141	Gewerbliches Sozialversicherungsg – 27. Novelle	XXI	1184	1200
75.	2002/2	Gewerbliches Sozialversicherungsg – 26. Novelle	XXI	835	893
74.	2001/131	Euro-Gerichtsgebühren-Novelle (Art 8)	XXI	759	788
73.	2001/103	KinderbetreuungsgeldG (Art 4)	XXI	620	715
72.	2001/100	Gewerbliches Sozialversicherungsg – 25. Novelle	XXI	625	727

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz

71.	2001/67	Sozialversicherungs-Währungs-umstellungsbeleitG (Art 2)	XXI	593	659
70.	2001/35	Ambulanzgebühren-Novelle (Art 2)	XXI	412/A	--
*	2001/33	VfGH: SRÄG 2000, BGBl I 2000/101, „Ambulanzgebühr“ VfSlg 16.152			
69.	2001/5	Krankenanstaltenfinanzierungs-Novelle 2001 (Art 4)	XXI	396	409
68.	2000/142	BudgetbeleitG 2001 (Art 67)	XXI	311	369
67.	2000/112	VfGH: §§ 102 Abs 5, 102b Abs 1 - VfSlg 15.961	XXI		
*	2000/102	Druckfehlerberichtigung zum SRÄG 2000 (nur BGBl-Zitate)	XXI		
66.	2000/101	Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG 2000 (Art 2)	XXI	181	254
65.	2000/65	VfGH: § 27 Abs 1 VfSlg 15.859	XXI		
64.	2000/92	Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG (Art 2), ersetzt durch die Kundmachung BGBl I 2000/101	XXI	181	254
63.	2000/44	ArbeitsrechtsänderungsG 2000 (Art 13)	XXI	91	189
62.	2000/43	Sozialversicherungs-ÄnderungsG 2000 (Art 2)	XXI	123/A131/A	187
61.	2000/2	Novelle im Sozialversicherungs-ÄnderungsG 1999	XXI	41/A	9
60.	2000/1	Novelle im Ausgleichszulagen-Richtsatzanhebung-SozialrechtsänderungsG 1999	XXI	4 u Z 4	8
*	1999/194	Druckfehlerberichtigung	--	--	--
59.	1999/179	Arbeitsmarktnovelle 1999 (Art 7)	XX	1145/A	2021
58.	1999/175	24. Novelle	XX	1910	2013
57.	1999/106	SteuerreformG 2000 (Art XIX)	XX	1766	1858
56.	1999/86	Änderung des gewerblichen SozialversicherungsG	XX	1059/A	1843
55.	1999/16	Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG 1998	XX	943/A	1551
54.	1998/139	Gewerbliches SozialversicherungsgG – 23. Novelle	XX	1235	1378
*	1998/35	Druckfehlerberichtigung (zu BGBl 1997/61, keine Textänderung)	--	--	--
53.	1998/30	Novelle im G über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer	XX	915	1037
52.	1997/139	Arbeits- und Sozialrechts-ÄnderungsG 1997 – 22. Novelle (Art 8)	XX	886	912
*	1997/111	Krankenanstaltenfinanzierung 1997–2000	XX	382	432
*	1997/82	Druckfehlerberichtigung zu BGBl 1997/61, keine Textänderung	--	--	--

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz

51.	1997/64	Novelle im Bezügebegrenzungsg	XX	453/A	687
50.	1997/61/	1. Beamten-Dienstrechtsnovelle 1997 (Art XXIX)	XX	631	688
49.	1997/47	Novelle im KKG	XX	550	623
48.	1996/764	Novelle im 2. Sozialrechts-ÄnderungG 1996	XX	394	465
47.	1996/600	Änderung des ASVG, GSVG, BSVG, B-KUVG, EFZG, AIVG 1977 ua	XX	289/A	325
46.	1996/412	21. Novelle	XX	215	287
45.	1996/201	Novelle im StrukturanpassungsG 1996, Art 35	XX	72 und zu 72	95
44.	1996/153	Novelle im ArbeitsmarktpolitikG 1996	XX	124/A	64
*	1996/44	Druckfehlerberichtigung zu BGBl 1995/297, keine Textänderung			
43.	1995/832	Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG 1995	XIX	409/A	381
42.	1995/572	VfGH: § 131a Abs 1 erster Satz aF war verfassungswidrig VfSlG 14.150	--	--	--
*	1995/457	Druckfehlerberichtigung zu BGBl 1995/297, keine Textänderung			
41.	1995/297	Novelle im StrukturanpassungsG, Art XXX	XIX	134	149
40.	1995/132	Änderung des ASVG, zum gewerblichen Sozialversicherungsg, BSVG und PG	XIX	126/A	82
39.	1994/680	Novelle im AbgabenänderungsG 1994	XVIII	1624	1826
38.	1994/505	Novelle im HauptwohnsitzG	XVIII	1334	1608
37.	1994/314	Novelle im AMS-BegleitG (Art 2)	XVIII	1469	1556
36.	1994/21	20. Novelle	XVIII	1379	1403
*	1993/917	EWR-Inkrafttretenskundmachung (Z 44)	--	--	--
35.	1993/336	19. Novelle	XVIII	933	969
34.	1993/110	Novelle im BundespflegegeldG	XVIII	776	908
*	1993/30	Novelle im FinanzausgleichsG 1993	XVIII	867	883
33.	1993/17	Novelle im Zweiten Sozialrechts-ÄnderungsG 1992	XVIII	436/A	909
*	1992/853	VfGH: § 131 Abs 1 VfSlg 13.276	XVIII		
*	1992/852	VfGH: § 130 Abs 1 VfSlg 13.275	XVIII		
32.	1992/474	Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG 1992	XVIII	362/A	631
31.	1991/677	18. Novelle	XVIII	285	312
30.	1991/628	EO-Nov 1991	XVIII	181	261
*	1991/459	VfGH: §§ 60 und 61 VfSlg 12.740	XVIII		
*	1991/234	Novelle im Zweiten Krankenanstaltenfinanzierungs-Provisorium 1991	XVIII	--	110

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz

29.	1991/157	Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG 1991	XVIII	99/A	85
*	1991/70	Novelle im Ersten Krankenanstaltenfinanzierungs-Provisorium 1991	XVIII	63/A	55
28.	1990/741	Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG 1990	XVIII	1/A	3
27.	1990/295	17. Novelle	XVII	1278	1321
26.	1989/643	16. Novelle	XVII	1101	1144
*	1988/753	Beihilfenverlängerung (Art VI Z 1 der Novelle BGBl 1987/616 wird aufgehoben)			
25.	1988/750	15. Novelle	XVII	783	851
*	1988/687	Novelle im FinanzausgleichsG 1989	XVII	766	797
24.	1988/283	14. Novelle im Krankenanstaltenfinanzierungs-BeteiligungsG	XVII	544	592
23.	1987/616	Änderung des AMFG, ASVG, -GSVG, BSVG	XVII	283	373
22.	1987/610	13. Novelle	XVII	325	376
21.	1987/158	12. Novelle im Sozialversicherungs-ÄnderungsG 1987	XVII	42	84
20.	1986/564	11. Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG 1986	XVI	1086	1105
19.	1986/112	10. Novelle	XVI	775	824 Einspr: 882
18.	1985/205	Novelle im Sozialversicherungs-ÄnderungsG 1985	XVI		628
17.	1985/104	Novelle im Arbeits- und SozialgerichtsG	XVI	7	527 Einspr.: 559
*	1984/544	Novelle im FinanzausgleichsG 1985	XVI	482	491
16.	1984/485	9. Novelle	XVI	328	391 Einspr.: 472
15.	1984/352	VfGH: § 25 Abs 1 (Berichtigung zu BGBl 342)	XVI		
14.	1984/342	VfGH: § 25 Abs 1 VfSlg 10.099	XVI		
13.	1983/591	8. Novelle	XVI	44/A	82 Einspr.: 141
12.	1983/448	VfGH: § 137 Abs 1 VfSlg 9712	--	--	--
11.	1983/384	Änderungen sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften	XVI	--	37
10.	1982/648	7. Novelle	XV	1311	1345

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz

9.	1982/359	Betriebshilfe/Wochengeld (6. Novelle)	XV	46/A69/ A87/A140/ A	1144
8.	1981/589	5. Novelle	XV	908	941
7.	1981/283	4. Novelle	XV	672	734
6.	1980/586	3. Novelle	XV	536	553
5.	1980/196	Änderungen sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften	XV	37/A44/A	301
4.	1979/531	2. Novelle	XV	93	152
3.	1979/483	VfGH: § 2 Abs 1 Z 1 und 3 VfSlg 8657	XV		
2.	1979/327	VfGH: § 66 Abs 2 VfSlg 8576	XV		
1.	1978/684	1. Novelle im Sozialrechts-ÄnderungsG	XIV	1084	1141
*	1978/673	Novelle im FinanzausgleichsG 1979	XIV	1069	1120
	1978/560	Stammfassung	XIV	865	1016

Parallelbestimmungen ASVG – GSVG

Diese Übersicht soll mithelfen, vergleichbare Regelungen aufzuzeigen. Auf Details kann in ihr nicht eingegangen werden, Vollständigkeit ist nicht angestrebt (manche Regelungen, die in einem Gesetz einen eigenen Paragraphen haben, können im anderen Gesetz in einem Absatz eines anderen Paragraphen enthalten sein). Auch dann, wenn Paragraphen gleiche Überschriften haben, darf nicht ungeprüft davon ausgegangen werden, dass sie gleiche Inhalte hätten.

Allgemeine Bestimmungen

Themen im ASVG	§ASVG	Themen im GSVG	§ GSVG
ERSTER TEIL Allgemeine Bestimmungen		ERSTER TEIL Allgemeine Bestimmungen	
ABSCHNITT I Geltungsbereich		ABSCHNITT I Geltungsbereich	
Geltungsbereich im allgemeinen	1	Geltungsbereich	1
Umfang der Allgemeinen Sozialversicherung	2		
Umfang des Leistungsrechtes der Pensionsversicherung	2a	Umfang des Leistungsrechtes der Pensionsversicherung	1a
Beschäftigung im Inland	3		
Sprachliche Gleichbehandlung	3a	Sprachliche Gleichbehandlung	1b
Umsetzung von Unionsrecht	3b	Umsetzung von Unionsrecht	1c
ABSCHNITT II Umfang der Versicherung		ABSCHNITT II Umfang der Versicherung	
1. UNTERABSCHNITT Pflichtversicherung		1. Unterabschnitt Pflichtversicherung	
Vollversicherung	4	Pflichtversicherung in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung	2
Ausnahmen von der Vollversicherung	5	Teilversicherung in der Kranken- bzw. Pensionsversicherung	3
		Ausnahmen von der Pflichtversicherung	4
(Gleichwertigkeit von Ansprüchen)	6	Ausnahmen von der Pflichtversicherung für einzelne Berufsgruppen	5
Teilversicherung von im § 4 genannten Personen	7		

Sonstige Teilversicherung	8		
Einbeziehung in die Krankenversicherung im Verordnungsweg	9		
Beginn der Pflichtversicherung	10	Beginn der Pflichtversicherung	6
Ende der Pflichtversicherung	11	Ende der Pflichtversicherung	7
(Sonderregeln für Ende der Pflichtversicherung)	12		
3. UNTERABSCHNITT Freiwillige Versicherung		2. Unterabschnitt Freiwillige Versicherung	
Selbstversicherung in der Krankenversicherung	16	Weiterversicherung (<i>siehe auch § 14a</i>)	8
Selbstversicherung in der Pensionsversicherung	16a		
Weiterversicherung in der Pensionsversicherung	17	Weiterversicherung	12
Nachträgliche Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten des Besuchs einer Bildungseinrichtung	18	Nachträgliche Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten des Besuchs einer Bildungseinrichtung	13a
Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege eines behinderten Kindes	18a		
Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege naher Angehöriger	18b		
Selbstversicherung in der Unfallversicherung	19		
Selbstversicherung bei geringfügiger Beschäftigung	19a		
Höherversicherung in der Unfallversicherung und in der Pensionsversicherung	20	Höherversicherung	13
4. UNTERABSCHNITT Formalversicherung		4. Unterabschnitt	
a) in der Pflichtversicherung	21	Formalversicherung	14
b) in der freiwilligen Versicherung	22		

ABSCHNITT III Versicherungsträger ...		ABSCHNITT III Versicherungsträger	
Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungsträger	25–30	Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	15
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	31	Zugehörigkeit zum Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	16
Service-Entgelt	31c	Verwendung von Chipkarten	104
Rechtliche Stellung der Versicherungsträger und des Hauptverbandes	32	Rechtliche Stellung des Versicherungsträgers	17
ABSCHNITT IV Meldungen und Auskunftspflicht		ABSCHNITT IV Meldungen und Auskunftspflicht	
An- und Abmeldung der Pflichtversicherten	33	Meldungen der Pflichtversicherten	18
Meldung der freiwillig Versicherten	39	Meldungen der freiwillig Versicherten	19
Meldung der Zahlungsempfänger (Leistungswerber)	40	Meldungen der Zahlungsempfänger (Leistungswerber)	20
Form der Meldungen	41	Form der Meldungen, Meldebestätigungen	21
Auskünfte zwischen Versicherungsträgern und Dienstgebern	42		
Auskunftspflicht der Versicherten und der Zahlungsempfänger	43	Auskunftspflicht der Versicherten und der Leistungsempfänger	22
Auskunftspflicht der Versicherungsträger	43a		
Verstöße gegen melderechtliche Vorschriften	111	Verstöße gegen die Melde-, Anzeige- und Auskunftspflicht	23
ABSCHNITT V Mittel der Sozialversicherung		ABSCHNITT V Aufbringung der Mittel	
1. UNTERABSCHNITT Beiträge zur Pflichtversicherung auf Grund des Arbeitsverdienstes (Erwerbseinkommens)			

Allgemeine Beitragsgrundlage, Entgelt	44 ff	Beitragsgrundlage	25 ff
Zusatzbeitrag für Angehörige	51d	Zusatzbeitrag für Angehörige	27c
Ergänzungsbeitrag zur Finanzierung unfallbedingter Leistungen der Krankenversicherung	51e	Ergänzungsbeitrag zur Finanzierung unfallbedingter Leistungen der Krankenversicherung	27d
Beiträge zur Krankenversicherung während der Leistung des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes	56a	Beiträge zur Krankenversicherung während der Leistung des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes	28
Fälligkeit und Einzahlung der Beiträge; Beitragsvorauszahlung	58	Fälligkeit und Einzahlung der Beiträge; ...	35
Verzugszinsen	59	... Verzugszinsen	35
Verfahren zur Eintreibung der Beiträge	64	Verfahren zur Eintreibung der Beiträge	37
Behandlung der Beiträge im Insolvenzverfahren sowie bei der Zwangsverwaltung und Zwangsverpachtung im Exekutions- und Sicherungsverfahren	65	Behandlung der Beiträge im Insolvenzverfahren sowie bei der Zwangsverwaltung und Zwangsverpachtung im Exekutions- und Sicherungsverfahren	38
Sicherung der Beiträge	66	Sicherung der Beiträge	39
Verjährung der Beiträge	68	Verjährung der Beiträge	40
Nachentrichtung verjährter Beiträge zur Pensionsversicherung	68a	Nachentrichtung verjährter Beiträge zur Pensionsversicherung	40a
Rückforderung ungebührlich entrichteter Beiträge	69	Rückforderung ungebührlich entrichteter Beiträge	41
Erstattung von Beiträgen in der Krankenversicherung	70a	Erstattung von Beiträgen in der Krankenversicherung	36
Beiträge in der Krankenversicherung der Pensionisten (Übergangsgeldbezieher)	73	Beiträge in der Krankenversicherung für Pensionisten (Übergangsgeldbezieher)	29
Beiträge in der Krankenversicherung von mit inländischen Pensionsleistungen vergleichbaren ausländischen Renten	73a	Beiträge in der Krankenversicherung von mit inländischen Pensionsleistungen vergleichbaren ausländischen Renten	29a
5. UNTERABSCHNITT Gemeinsame Bestimmungen			
Verwendung der Mittel	81	Verwendung der Mittel	43

Informations- und Aufklärungspflicht	81a	Informations- und Aufklärungspflicht	43a
6. UNTERABSCHNITT			
Unterstützungsfonds	84	Unterstützungsfonds	44
7. UNTERABSCHNITT Mitwirkung und Beteiligung der Sozialversicherung an der Planung und Steuerung des Gesundheitswesens sowie an der Zielsteuerung-Gesundheit		ZWEITER TEIL Leistungen	
ABSCHNITT VI Leistungsansprüche		ABSCHNITT I Allgemeine Bestimmungen über Leistungsansprüche	
Entstehen der Leistungsansprüche	85	Entstehen der Leistungsansprüche	54
Anfall der Leistungen	86	Anfall der Leistungen	55
Verschollenheit	87	Verschollenheit	56
Verwirkung des Leistungsanspruches	88	Verwirkung des Leistungsanspruches	57
Ruhen der Leistungsansprüche bei Haft und Auslandsaufenthalt	89	Ruhen der Leistungsansprüche bei Haft und Auslandsaufenthalt	58
Ruhen der Leistungsansprüche bei Leistung des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes	89a	Ruhen der Leistungsansprüche bei Leistung des Präsenz- oder Ausbildungsdienstes	59
Zusammentreffen eines Pensionsanspruches aus eigener Pensionsversicherung mit einem Anspruch auf Krankengeld	90	Zusammentreffen eines Pensionsanspruches aus eigener Pensionsversicherung mit einem Anspruch auf Krankengeld aus der Allgemeinen Sozialversicherung	61a
Zusammentreffen eines Anspruches auf Versehrtenrente mit einem Anspruch auf Krankengeld oder Unterstützungsleistung bei lang andauernder Krankheit nach § 104a GSVG	90a		
Berücksichtigung von Erwerbseinkommen bei Leistungen	91	Berücksichtigung von Erwerbseinkommen bei Leistungen	60
Jahresausgleich bei Anspruch auf Teilpension	92	Jahresausgleich bei Anspruch auf Teilpension	61

Gemeinsame Bestimmungen für das Ruhen von Renten- und Pensionsansprüchen	95	Gemeinsame Bestimmungen für das Ruhen von Pensionsansprüchen	62
Beginn und Ende des Ruhens von Renten- und Pensionsansprüchen	96	Beginn und Ende des Ruhens von Pensionsansprüchen	63
Wirksamkeitsbeginn von Änderungen in den Renten (Pensions)ansprüchen aus der Unfall- und Pensionsversicherung	97	Wirksamkeitsbeginn von Änderungen in den Pensionsansprüchen	64
Übertragung und Verpfändung von Leistungsansprüchen	98	Übertragung und Verpfändung von Leistungsansprüchen	65
Pfändung von Leistungsansprüchen	98a	Pfändung von Leistungsansprüchen	66
Entziehung von Leistungsansprüchen	99	Entziehung von Leistungsansprüchen	67
Erlöschen von Leistungsansprüchen	100	Erlöschen von Leistungsansprüchen	68
Rückwirkende Herstellung des gesetzlichen Zustandes bei Geldleistungen	101	Rückwirkende Herstellung des gesetzlichen Zustandes bei Geldleistungen	69
Verfall von Leistungsansprüchen infolge Zeitablaufes	102	Verfall von Leistungsansprüchen infolge Zeitablaufes	70
Aufrechnung	103	Aufrechnung	71
Auszahlung der Leistungen	104	Auszahlung der Leistungen	72
Pensions(Renten)sonderzahlungen	105	Pensionssonderzahlungen	73
Zahlungsempfänger	106	Zahlungsempfänger	75
Rückforderung zu Unrecht erbrachter Leistungen	107	Rückforderung zu Unrecht erbrachter Leistungen	76
Bezugsberechtigung im Falle des Todes des Anspruchsberechtigten	107a	Bezugsberechtigung im Falle des Todes des Anspruchsberechtigten	77
ABSCHNITT VIa Aufwertung und Anpassung ... 2. UNTERABSCHNITT Durchführung		ABSCHNITT VII Pensionsanpassung	
Aufwertungszahl	108a	Aufwertungszahl, Aufwertungsfaktoren, Anpassungsrichtwert, Anpassungsfaktor	47

Anpassung der Pensionen aus der Pensionsversicherung	108h	Anpassung der Pensionen aus der Pensionsversicherung	50
Anpassung der Leistungen von Amts wegen	108k	Anpassung der Leistung von Amts wegen	52
ABSCHNITT VII Befreiung von Abgaben		ABSCHNITT VI Befreiung von Abgaben	
Persönliche Abgabefreiheit	109	Persönliche Abgabefreiheit	45
Sachliche Abgabefreiheit	110	Sachliche Abgabefreiheit	46

Krankenversicherung

Themen im ASVG	§ ASVG	Themen im GSVG	§ GSVG
ZWEITER TEIL Leistungen der Krankenversicherung		ABSCHNITT II Leistungen der Krankenversicherung	
ABSCHNITT I Gemeinsame Bestimmungen		1. Unterabschnitt Allgemeine Bestimmungen	
Aufgaben	116	Aufgaben	78
Leistungen	117	Leistungen	79
Leistungsgewährung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten	119	vgl § 79 Abs 3	
Eintritt des Versicherungsfalles	120	Eintritt des Versicherungsfalles	80
Organspende	120a	Organspende	80a
Art der Leistungen	121	Art der Leistungen	81
Anspruchsberechtigung während der Dauer der Versicherung und nach dem Ausscheiden aus der Versicherung	122	Anspruchsberechtigung	82
Anspruchsberechtigung für Angehörige	123	Anspruchsberechtigung für Angehörige	83
Sonderregelungen für Selbstversicherte und Pensionisten	124	Sonderregelung für Pensionisten	84
Bemessungsgrundlage	125		
Leistungen bei Wechsel der Versicherungszuständigkeit	126		
vgl § 132		Art der Leistungserbringung	85
		Optionsmöglichkeit für Sach- bzw. Geldleistungsrechtigte	85a
		Kostenbeteiligung	86

Leistungen bei Satzungsänderungen	127		
Leistungen bei mehrfacher Versicherung	128	Leistungen bei mehrfacher Versicherung	87
Leistungen außerhalb des Sprengels des zuständigen Krankenversicherungsträgers	129		
Erkrankung im Ausland	130		
Erstattung von Kosten der Krankenbehandlung	131		
Kostenerstattung bei Fehlen vertraglicher Regelungen mit den Ärzten/Ärztinnen, Zahnärzten/Zahnärztinnen (Dentisten/Dentistinnen) oder mit den Gruppenpraxen	131a		
Kostenzuschüsse bei Fehlen vertraglicher Regelungen	131b		
Bare Leistungen an Stelle von Sachleistungen	132		
ABSCHNITT II Leistungen im Besonderen		2. Unterabschnitt Leistungen der Krankenversicherung im besonderen	
1. UNTERABSCHNITT Evidenzbasierte Früherkennung von und Frühintervention bei Krankheiten und sonstige Maßnahmen zur Erhaltung der Volksgesundheit			
Jugendlichenuntersuchungen	132a	Jugendlichenuntersuchungen	88
Vorsorge(Gesunden)untersuchungen	132b	Vorsorge(Gesunden)untersuchungen	89
Sonstige Maßnahmen zur Erhaltung der Volksgesundheit	132c	Sonstige Maßnahmen zur Erhaltung der Volksgesundheit	89a
2. UNTERABSCHNITT Krankenbehandlung			
Umfang der Krankenbehandlung	133	Leistungen aus dem Versicherungsfall der Krankheit	90
Dauer der Krankenbehandlung	134	vgl § 82	

Ärztliche Hilfe	135	Ärztliche Hilfe	91
Heilmittel	136	Heilmittel	92
Heilbehelfe	137	Heilbehelfe und Hilfe bei körperlichen Gebrechen	93
		3. Unterabschnitt Unterstützungsleistung bei lang andauernder Krankheit	
		Unterstützungsleistung bei lang andauernder Krankheit	104a
		Ruhen des Anspruches auf Unterstützungsleistung	104b
3. UNTERABSCHNITT Krankengeld		4. Unterabschnitt Leistungen bei Bestand einer Zusatzversicherung auf Krankengeld	
Anspruchsberechtigung	138	Leistung, Anspruchsberechtigung	105
Dauer des Krankengeldanspruches	139	Krankengeld	106
Anrechnung von Zeiten auf die Höchstdauer des Krankengeldanspruches	140		
Höhe des Krankengeldes	141	<i>vgl § 106 Abs 6 und § 104a Abs 1</i>	
Versagung des Krankengeldes	142		
Ruhen des Krankengeldanspruches	143	Ruhen des Anspruches auf Krankengeld	107
3b. UNTERABSCHNITT Wiedereingliederungsgeld			
Anspruchsberechtigung und Höhe	143d		
4. UNTERABSCHNITT Anstaltspflege, medizinische Hauskrankenpflege			
Gewährung der Pflege in Krankenanstalten, die über Landesgesundheitsfonds finanziert werden, oder der medizinischen Hauskrankenpflege	144	Umfang und Dauer der Anstaltspflege oder der medizinischen Hauskrankenpflege	95

		Kostentragung und Kostenersatz an Versicherte bei Anstaltspflege	96
Einweisung in Krankenanstalten, die über Landesgesundheitsfonds finanziert werden	145		
Beziehungen zu den Krankenanstalten, die über Landesgesundheitsfonds finanziert werden	148	Beziehungen zu den Krankenanstalten, die über Landesgesundheitsfonds finanziert werden	97
Beziehungen zu anderen als in § 148 genannten Krankenanstalten	149	Beziehungen zu anderen als in § 97 genannten Krankenanstalten	98
Pflegekostenzuschuß des Versicherungsträgers bei Anstaltspflege	150	Pflegekostenzuschuß des Versicherungsträgers bei Anstaltspflege	98a
Kostenersatz bei Organtransplantationen für die Anmelde- und Registrierungskosten	150a	Kostenersatz bei Organtransplantationen für die Anmelde- und Registrierungskosten	96a
Medizinische Hauskrankenpflege	151	Medizinische Hauskrankenpflege	99
5. UNTERABSCHNITT Zahnbehandlung und Zahnersatz; Hilfe bei körperlichen Gebrechen			
Zahnbehandlung und Zahnersatz	153	Zahnbehandlung und Zahnersatz	94
Kieferregulierungen für Kinder und Jugendliche	153a	Kieferregulierungen für Kinder und Jugendliche	94a
Hilfe bei körperlichen Gebrechen	154	Heilbehelfe und Hilfe bei körperlichen Gebrechen	93
Medizinische Maßnahmen der Rehabilitation in der Krankenversicherung	154a	Medizinische Maßnahmen der Rehabilitation in der Krankenversicherung	99a
Gesundheitsförderung und Prävention	154b	Gesundheitsförderung und Prävention	99b
6. UNTERABSCHNITT Maßnahmen zur Festigung der Gesundheit; Krankheitsverhütung			
Maßnahmen der Krankenversicherungsträger zur Festigung der Gesundheit	155	Maßnahmen zur Festigung der Gesundheit	100
Krankheitsverhütung	156	Krankheitsverhütung	101

7. UNTERABSCHNITT Leistungen aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft			
Umfang des Versicherungsschutzes	157		
Anspruchsberechtigung	158		
Ärztlicher Beistand, Hebammenbeistand und Beistand durch diplomierte Kinderkranken- und Säuglings-schwestern	159	Leistungen aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft	102
Heilmittel und Heilbehelfe	160		
Pflege in einer Krankenanstalt (in einem Entbindungsheim)	161		
Wochengeld	162	Betriebshilfe (Wochengeld)	102a
Zusammentreffen von Ansprüchen auf Wochengeld, Krankengeld und Wiederengliederungsgeld	165		
Ruhen des Wochengeldes	166		
Wochengeld beim Tod der Wöchnerin	167	<i>vgl § 102a Abs 8</i>	
Aufwendungen für das Wochengeld	168	Beitrag des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	102d
<i>vgl § 135 Abs 4 und 5</i>		Reise(Fahrt)- und Transportkosten	103

Unfallversicherung

Einheitliche Regelung im dritten Teil des ASVG, §§ 172 bis 220 ASVG, vgl § 8 Abs 1 Z 3 lit a ASVG.

Pensionsversicherung

Themen im ASVG	§ ASVG	Themen im GSVG	§ GSVG
VIERTER TEIL Pensionsversicherung		ABSCHNITT III Leistungen der Pensionsversicherung	
ABSCHNITT I Gemeinsame Bestimmungen		1. Unterabschnitt Allgemeine Bestimmungen	
Aufgaben	221	Aufgaben	111
Leistungen der Pensionsversicherung	222	Leistungen	112

Eintritt des Versicherungsfalles; Stichtag	223	Eintritt des Versicherungsfalles; Stichtag	113
Versicherungszeiten	224	Versicherungszeiten	114
Beitragszeiten nach dem 31. Dezember 1955	225	Beitragszeiten	115
Beitragszeiten vor dem 1. Jänner 1956	226		
Ersatzzeiten aus der Zeit nach dem 31. Dezember 1955 und vor dem 1. Jänner 2005	227	Ersatzzeiten vor dem 1. Jänner 2005	116
Ersatzzeiten für Zeiten der Kindererziehung aus der Zeit nach dem 31. Dezember 1955 und vor dem 1. Jänner 2005	227a	Ersatzzeiten für Zeiten der Kindererziehung aus der Zeit nach dem 31. Dezember 1955 und vor dem 1. Jänner 2005	116a
Ersatzzeiten allgemeiner Art aus der Zeit vor dem 1. Jänner 1956	228		
Ersatzzeiten für Zeiten der Kindererziehung vor dem 1. Jänner 1956	228a	Ersatzzeiten für Zeiten der Kindererziehung vor dem 1. Jänner 1956	116b
Ersatzzeiten für einzelne Zweige der Pensionsversicherung aus der Zeit vor dem 1. Jänner 1956	229		
Behandlung in einem Ruhe(Versorgungs)genuß berücksichtigter Versicherungszeiten	229a		
Behandlung von Ersatzzeiten als Beitragszeiten der freiwilligen Versicherung	229b	Behandlung von Ersatzzeiten als Beitragszeiten der freiwilligen Versicherung	116c
Unwirksame Beiträge	230	Unwirksame Beiträge	118
Versicherungsmonate, Begriff	231	Versicherungsmonat	119
Versicherungsmonate, Arten	232		
Berücksichtigung von Versicherungsmonaten	233	Berücksichtigung von Versicherungsmonaten	119a
Vgl § 236		Wartezeit	120
Neutrale Monate	234	Neutrale Zeiten	121
Wartezeit als allgemeine Voraussetzung der Leistungsansprüche	235		
Erfüllung der Wartezeit	236		

Bemessungsgrundlage	238	Bemessungsgrundlage	122
Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung (§§ 227a, 228a)	239	Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung (§ 116a)	123
Berücksichtigung der Bemessungsgrundlagen bei der Berechnung des Steigerungsbetrages	240	Berücksichtigung der Bemessungsgrundlagen bei der Berechnung des Steigerungsbetrages	125
Bemessungsgrundlage in besonderen Fällen	241	Bemessungsgrundlage in besonderen Fällen	126
Berücksichtigung der Beitragsgrundlagen in der Bemessungsgrundlage	242	Berücksichtigung der Beitragsgrundlagen in der Bemessungsgrundlage	127
		Erstattung von Beiträgen in der Pensionsversicherung	127b
Beitragsgrundlage in normalen Fällen	243	Beitragsgrundlage	127c
Beitragsgrundlage in besonderen Fällen	244		
Leistungszugehörigkeit des Versicherten in der Pensionsversicherung	245		
Leistungszuständigkeit der Versicherungsträger	246		
Feststellung von Versicherungs- und Schwerarbeitszeiten	247	Feststellung von Versicherungs- und Schwerarbeitszeiten	117a
Rückwirkende Herstellung des gesetzlichen Zustandes bei der Feststellung von Versicherungs- und Schwerarbeitszeiten	247a	Rückwirkende Herstellung des gesetzlichen Zustandes bei der Feststellung von Versicherungs- und Schwerarbeitszeiten	117b
Höherversicherung, Berücksichtigung in der Leistung	248		
Anrechnung von Beiträgen zur freiwilligen Versicherung in der Pensionsversicherung für die Höherversicherung	248a	Anrechnung von Beiträgen zur freiwilligen Versicherung für die Höherversicherung	142
Besondere Höherversicherung für erwerbstätige PensionsbezieherInnen	248c	Besondere Höherversicherung für erwerbstätige PensionsbezieherInnen	143

Leistungszugehörigkeit des Versicherten und Berücksichtigung von Zeiten und Beiträgen bei Erwerb von Versicherungsmonaten auch in anderen Pensionsversicherungen (Wanderversicherung, Mehrfachversicherung)	251a	Leistungszugehörigkeit des Versicherten und Berücksichtigung von Zeiten und Beiträgen bei Erwerb von Versicherungsmonaten auch in anderen Pensionsversicherungen (Wanderversicherung, Mehrfachversicherung)	129
Kinder	252	Kinder	128
ABSCHNITT II Pensionsversicherung der Arbeiter		2. Unterabschnitt Besondere Bestimmungen	
Alterspension	253	Alterspension	130
Berufliche Rehabilitation bei (drohender) Invalidität	253e	Berufliche Rehabilitation	131
Medizinische Maßnahmen der Rehabilitation, Anspruch	253f		
Invaliditätspension	254	Erwerbsunfähigkeitspension	132
Begriff der Invalidität	255	Begriff der Erwerbsunfähigkeit	133
Feststellung der Invalidität	255a	Feststellung der Erwerbsunfähigkeit	133a
Feststellung des Anspruches auf Rehabilitationsgeld	255b		
Dauer des Anspruches auf Invaliditätspension	256	Dauer des Anspruches auf Erwerbsunfähigkeitspension	133b
Hinterbliebenenpensionen	257	Hinterbliebenenpensionen	135
Witwen(Witwer)pension	258	Witwen(Witwer)pension	136
Pension für hinterbliebene eingetragene PartnerInnen	259	Pension für hinterbliebene eingetragene PartnerInnen	137
Waisenpension	260	Waisenpension	138
Alters(Invaliditäts)pension, Ausmaß	261	Alters(Erwerbsunfähigkeits)pension, Ausmaß	139
		Besonderer Steigerungsbeitrag für Beiträge zur Höherversicherung	141
Erhöhung der Alterspension bei Aufschub der Geltendmachung des Anspruches	261c	Erhöhung der Alterspension bei Aufschub der Geltendmachung des Anspruches	143a
Kinderzuschüsse	262	Kinderzuschüsse	144
Witwen(Witwer)pension, Ausmaß	264	Witwen(Witwer)pension, Ausmaß	145

Abfertigung und Wiederaufleben der Witwen (Witwer)pension	265	Abfertigung und Wiederaufleben der Witwen (Witwer)pension	146
Waisenson, Ausmaß	266	Waisenson, Ausmaß	147
Abfindung	269	Abfindung	148a
ABSCHNITT III Pensionsversicherung der Angestellten			
(entsprechende Geltung des Abschnittes II)	270		
Berufliche Rehabilitation bei (drohender) Berufsunfähigkeit	270a	Berufliche Rehabilitation, Anspruch	131
Medizinische Maßnahmen der Rehabilitation, Anspruch	270b		
Berufsunfähigkeitspension	271	Erwerbsunfähigkeitspension	132
Begriff der Berufsunfähigkeit	273	Begriff der Erwerbsunfähigkeit	133
Feststellung der Berufsunfähigkeit	273a	Feststellung der Erwerbsunfähigkeit	133a
Feststellung des Anspruches auf Rehabilitationsgeld	273b 280b		
Berufsunfähigkeitspension, Ausmaß	274		
Berufliche Rehabilitation bei (drohender) Invalidität	276e		
ABSCHNITT V Ausgleichszulage zu Pensionen aus der Pensionsversicherung ...		3. Unterabschnitt Ausgleichszulage	
Voraussetzungen für den Anspruch auf Ausgleichszulage	292	Voraussetzungen für den Anspruch auf Ausgleichszulage	149
Richtsätze	293	Richtsätze	150
Unterhaltsansprüche und Nettoeinkommen	294	Unterhaltsansprüche und Nettoeinkommen	151
Anwendung der Bestimmungen über die Pensionen auf die Ausgleichszulage	295	Anwendung der Bestimmungen über die Pensionen auf die Ausgleichszulage	152
Höhe und Feststellung der Ausgleichszulage	296	Höhe und Feststellung der Ausgleichszulage	153
Verwaltungshilfe der Träger der Sozialhilfe	297	Verwaltungshilfe der Träger der Sozialhilfe	154

Verpflichtung zur Anzeige von Änderungen des Nettoeinkommens und des in Betracht kommenden Richtsatzes	298	Verpflichtung zur Anzeige von Änderungen des Nettoeinkommens und des in Betracht kommenden Richtsatzes	155
Tragung des Aufwandes für die Ausgleichszulage	299	Tragung des Aufwandes für die Ausgleichszulage	156
ABSCHNITT VI Rehabilitation und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge		ABSCHNITT IV Rehabilitation und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge	
Aufgaben der Rehabilitation	300	Aufgaben der Rehabilitation	157
Maßnahmen der Rehabilitation	301	Maßnahmen der Rehabilitation	158
		Angehörige	159
Medizinische Maßnahmen	302	Medizinische Maßnahmen	160
Berufliche Maßnahmen	303	Berufliche Maßnahmen	161
Soziale Maßnahmen	304	Soziale Maßnahmen	162
Einleitung von Maßnahmen der Rehabilitation des Pensionsversicherungsträgers	305	Einleitung von Maßnahmen der Rehabilitation des Versicherungsträgers	163
Übergangsgeld	306	Übergangsgeld	164
Anspruch auf Pension während der Rehabilitation	307	Anspruch auf Pension während der Rehabilitation	165
Übertragung der Durchführung von Maßnahmen der Rehabilitation, Kostenersatz	307a	Übertragung der Durchführung von Maßnahmen der Rehabilitation	166
Versagung	307b	Versagung	167
Vereinbarungen zur Durchführung der Rehabilitation	307c	Vereinbarung zur Durchführung der Rehabilitation	168
Gesundheitsvorsorge der Pensionsversicherungsträger	307d	Gesundheitsvorsorge des Versicherungsträgers	169
Geldleistungen während der Gewährung von Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge durch den Pensionsversicherungsträger	307e	Geldleistungen während der Gewährung von Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge durch den Versicherungsträger	170
Pension und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge	307f	Pension und Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge	171
Kompetenzzentrum Begutachtung	307g	Kompetenzzentrum Begutachtung	171a
Gutachtenserstellung	307h		

ABSCHNITT VII Aufnahme in ein pensions- versicherungsfreies Dienst- verhältnis und Ausscheiden aus einem solchen		ABSCHNITT V Aufnahme in ein pensions- versicherungsfreies Dienst- verhältnis und Ausscheiden aus einem solchen	
1. UNTERABSCHNITT Aufnahme in ein pensions- versicherungsfreies Dienst- verhältnis		1. Unterabschnitt Aufnahme in ein pensions- versicherungsfreies Dienst- verhältnis	
Überweisungsbetrag und Beitragerstattung	308	Überweisungsbetrag und Beitragerstattung	172
Fälligkeit des Überweisungs- betrages	309	Fälligkeit des Überweisungs- betrages	173
Wirkung der Leistung des Überweisungsbetrages	310	Wirkung der Leistung des Überweisungsbetrages	174
2. UNTERABSCHNITT Ausscheiden aus einem pensionsversicherungs- freien Dienstverhältnis		2. Unterabschnitt Ausscheiden aus einem pensionsversicherungs- freien Dienstverhältnis	
Überweisungsbeträge	311	Überweisungsbetrag	175
Ende der Pensionsversiche- rungsfreiheit eines aufrech- ten Dienstverhältnisses	311a		
Fälligkeit der Überweisungs- beträge	312	Fälligkeit der Rückzahlung des Überweisungsbetrages	176
Wirkung der Zahlung der Überweisungsbeträge	313	Wirkung der Rückzahlung des Überweisungsbetrages	177
Erwerbung von Versiche- rungszeiten bei Gewährung von strafrechtlichen Ent- schädigungen	506a	Erwerbung von Versiche- rungszeiten bei Gewährung von strafrechtlichen Ent- schädigungen	117

Beziehungen, Sozialhilfe, Regress

Themen im ASVG	§ ASVG	Themen im GSVG	§ GSVG
FÜNFTER TEIL Beziehungen der Versiche- rungsträger (des Hauptver- bandes) zueinander und Er- satzleistungen Haftung des Dienstgebers bei Arbeitsunfällen		DRITTER TEIL Beziehungen der Versiche- rungsträger zueinander und zu den Trägern der So- zialhilfe; Ersatzleistungen; KünstlerInnen-Servicezent- rum; Schadenersatz und Haftung; Verfahren	
ABSCHNITT I Beziehungen der Versiche- rungsträger zueinander		ABSCHNITT I Beziehungen der Versiche- rungsträger zueinander	

1. UNTERABSCHNITT Ersatzansprüche im Ver- hältnis zwischen Kranken und Unfallversicherung		1. Unterabschnitt Ersatzansprüche im Ver- hältnis zu den Trägern der gesetzlichen Unfallversiche- rung	
Ersatzanspruch des Trägers der Krankenversicherung	315	Ersatzansprüche des Versi- cherungsträgers	178
Ersatzanspruch des Trägers der Unfallversicherung	316	Ersatzansprüche der Träger der Unfallversicherung	179
Ausmaß des Ersatzanspru- ches	317	Ausmaß des Ersatzanspru- ches	180
Geltendmachung des Ersat- zanspruches	319	Geltendmachung des Ersat- zanspruches	181
Besonderer Pauschbetrag	319a		
Ersatzanspruch der Sozial- versicherungsanstalt der ge- werblichen Wirtschaft	319b		
3. UNTERABSCHNITT		2. Unterabschnitt	
Sonstige Ersatzansprüche der Versicherungsträger un- tereinander	320b	Sonstige Ersatzansprüche der Versicherungsträger un- tereinander	182
4. UNTERABSCHNITT Zusammenarbeit der Versi- cherungsträger (des Haupt- verbandes)		3. Unterabschnitt	
Gegenseitige Verwaltungshil- fe	321	Verwaltungshilfe	183
Verpflegskosten in den Ein- richtungen der Sozialversi- cherungsträger	322		
Belastungsausgleich der Krankenversicherungsträger für den Aufwand für An- stalts (Entbindungsheim)pflege	322a	Belastungsausgleich der Krankenversicherungsträger für den Aufwand für An- stalts (Entbindungsheim)pflege	182a
ABSCHNITT II Beziehungen der Versiche- rungsträger zu den Trägern der Sozialhilfe		ABSCHNITT II Beziehungen des Versiche- rungsträgers zu den Trä- gern der Sozialhilfe	
Pflichten der Träger der So- zialhilfe	323	Pflichten der Träger der So- zialhilfe	184
Ersatzanspruch des Trägers der Sozialhilfe	324	Ersatzanspruch des Trägers der Sozialhilfe	185
Ersatzleistungen aus der Krankenversicherung	325	Ersatzleistungen aus der Krankenversicherung	186

Ersatzleistungen aus der Unfallversicherung	326		
Ersatzleistungen aus der Pensionsversicherung	327	Ersatzleistungen aus der Pensionsversicherung	187
Abgeltung des Ersatzanspruches bei Krankenbehandlung	328		
Abzug von den Geldleistungen der Sozialversicherung	329	Abzug von den Geldleistungen	188
Frist für die Geltendmachung des Ersatzanspruches	330	Frist für die Geltendmachung des Ersatzanspruches	189
ABSCHNITT IV Schadenersatz und Haftung		ABSCHNITT III Schadenersatz und Haftung	
Übergang von Schadenersatzansprüchen auf die Versicherungsträger	332	Übergang von Schadenersatzansprüchen auf den Versicherungsträger	190
Konkurrenz von Ersatzansprüchen mehrerer Versicherungsträger	336	Konkurrenz von Ersatzansprüchen mehrerer Versicherungsträger	191
Verjährung der Ersatzansprüche	337	Verjährung der Ersatzansprüche	192
SECHSTER TEIL Beziehungen zu den Vertragspartnern		ABSCHNITT IV	
Regelung durch Verträge	338 ff	Beziehungen zu den Vertragspartnern	193
SIEBENTER TEIL Verfahren		ABSCHNITT V	
Geltungsbereich der Regelung	352 ff	Verfahren	194
		Feststellungsbescheid	194a

Aufbau der Verwaltung und Organisation

Themen im ASVG	§ ASVG	Themen im GSVG	§ GSVG
ACHTER TEIL Aufbau der Verwaltung		VIERTER TEIL Aufbau der Verwaltung	
ABSCHNITT I		ABSCHNITT I	
Haupt-, Landes- und Außenstellen	418	Haupt-, Landes- und Außenstellen	195
ABSCHNITT II Verwaltungskörper der Versicherungsträger		ABSCHNITT II Verwaltungskörper	
Arten der Verwaltungskörper	419	Arten der Verwaltungskörper	196

Versicherungsvertreter	420	Versicherungsvertreter	197
Bestellung der Versicherungsvertreter	421	Bestellung der Versicherungsvertreter	198
Ablehnung des Amtes und Recht zur Amtsausübung	422	Ablehnung des Amtes und Recht zur Amtsausübung	199
Enthebung von Versicherungsvertretern (Stellvertretern)	423	Enthebung von Versicherungsvertretern (Stellvertretern)	200
Pflichten und Haftung der Versicherungsvertreter	424	Pflichten und Haftung der Versicherungsvertreter	201
Amtsdauer	425	Amtsdauer	202
Zusammensetzung der Verwaltungskörper	426	Zusammensetzung der Verwaltungskörper	203
Generalversammlung	427		
Vorstand	428		
Kontrollversammlung	429		
Landesstellenausschüsse	430		
Vorsitz in den Verwaltungskörpern	431	Vorsitz in den Verwaltungskörpern	204
Angelobung der Versicherungsvertreter	432	Angelobung der Versicherungsvertreter	205
ABSCHNITT III Aufgaben der Verwaltungskörper		ABSCHNITT III Aufgaben der Verwaltungskörper	
Aufgaben der Generalversammlung	433	Aufgaben der Generalversammlung	206
Aufgaben des Vorstandes und Vertretung des Versicherungsträgers	434	Aufgaben des Vorstandes und Vertretung des Versicherungsträgers	207
Aufgaben der Landesstellenausschüsse	435	Aufgaben der Landesstellenausschüsse	208
Aufgaben der Kontrollversammlung	436	Aufgaben der Kontrollversammlung	209
Zustimmung der Kontrollversammlung	437	Zustimmung der Kontrollversammlung	210
Sitzungen	438	Sitzungen	211
Teilnahme der Betriebsvertretung an den Sitzungen der Verwaltungskörper der Versicherungsträger	439	Teilnahme der Betriebsvertretung an den Sitzungen der Verwaltungskörper des Versicherungsträgers	212
ABSCHNITT IV Beiräte		ABSCHNITT IIIa Beirat	
Aufgaben des Beirates	440	Aufgaben des Beirates	213
Mitglieder des Beirates	440a	Mitglieder des Beirates	214

Pflichten der Beiratsmitglieder	440b	Pflichten der Beiratsmitglieder	214a
Bestellung der Beiratsmitglieder	440c	Bestellung der Beiratsmitglieder	214b
Enthebung von Beiratsmitgliedern (Stellvertretern)	440d	Enthebung von Beiratsmitgliedern (Stellvertretern)	214c
Zusammensetzung des Beirates	440e	Zusammensetzung des Beirates	214d
Vorsitz im Beirat, Sitzungen	440f	Vorsitz im Beirat, Sitzungen	214e
ABSCHNITT V Vermögensverwaltung		ABSCHNITT IV Vermögensverwaltung	
Jahresvoranschlag und Gebarungsvorschaurechnung	443	Jahresvoranschlag und Gebarungsvorschaurechnung	215
Rechnungsabschluß und Nachweisungen	444	Rechnungsabschluß und Nachweisungen	216
		Gebarungsaufzeichnungen	217
Vermögensanlage	446	Vermögensanlage	218
Genehmigung der Beteiligung an fremden Einrichtungen	446a	Genehmigung der Beteiligung an fremden Einrichtungen	218a
Genehmigung zu Veränderungen von Vermögensbeständen	447	Genehmigung zu Veränderungen von Vermögensbeständen	219
ABSCHNITT VI Aufsicht des Bundes		ABSCHNITT V Aufsicht des Bundes	
Aufsichtsbehörden	448	Aufsichtsbehörde	220
Aufgaben der Aufsicht	449	Aufgaben der Aufsicht	221
Entscheidungsbefugnis	450	Entscheidungsbefugnis	222
Vorläufiger Verwalter	451	Vorläufiger Verwalter	223
Kosten der Aufsicht	452	Kosten der Aufsicht	224
Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht	452a	Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht	224a
ABSCHNITT VII Satzung, Krankenordnung und Geschäftsordnungen		ABSCHNITT VI Satzung, Krankenordnung und Geschäftsordnungen	
Satzung der Versicherungsträger (des Hauptverbandes)	453	Satzung	225
Genehmigungspflicht	455	Genehmigungspflicht	227
Krankenordnung der Träger der Krankenversicherung	456	Krankenordnung	226
Geschäftsordnungen der Verwaltungskörper	456a	Geschäftsordnungen der Verwaltungskörper	227a

ABSCHNITT VIII Versicherungsunterlagen ...		ABSCHNITT VII Versicherungsunterlagen	
Führung der Versicherungsunterlagen	457	Führung der Versicherungsunterlagen	228
Mitwirkung der Behörden der Arbeitslosenversicherung und der Kriegsopferversorgung	458	Mitwirkung von Behörden und gesetzlichen beruflichen Vertretungen	229
Nähere Vorschriften über die Führung der Versicherungsunterlagen	459		
Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes	459a	Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes	229a
		Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes hinsichtlich land(forst)wirtschaftlicher Daten	229b
Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes hinsichtlich des Bezuges einer Familienbeihilfe	459b	Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes hinsichtlich des Bezuges einer Familienbeihilfe	229c
Mitwirkung für Zwecke der Ermittlung der Höhe der Witwen(Witwer)pension und der Pension nach § 259	459c	Mitwirkung für Zwecke der Ermittlung der Höhe der Witwen(Witwer)pension und der Pension nach § 137	229d
Mitwirkung bei der Feststellung von Kindererziehungszeiten	459d		
Zusammenwirken bei der Gesundheitsversorgung	459e		
Mitwirkung bei der Feststellung des gewöhnlichen Aufenthalts im Inland	459f		
Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes hinsichtlich des Bezuges ausländischer Renten (§ 73a)	459g	Mitwirkung der Abgabenbehörden des Bundes hinsichtlich des Bezuges ausländischer Renten (§ 29a)	229g
ABSCHNITT IX		ABSCHNITT VIII	
Bedienstete	460	Bedienstete	230
Verschwiegenheitspflicht der Bediensteten	460a	Verschwiegenheitspflicht der Bediensteten	231
Mittel für Pensionen nach den Dienstordnungen	460b		
Sicherungsbeitrag für Pensionen nach den Dienstordnungen	460c		

ABSCHNITT X		ABSCHNITT IX	
Elektronische Datenverarbeitung	460d	Elektronische Datenverarbeitung	231a
Berechtigung zur Datenverarbeitung	460e		

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Themen im ASVG	§ ASVG	Themen im GSVG	§ GSVG
Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. Nr. 676/1991 (50. Novelle)	547	Schlußbestimmungen zu Art. I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 677/1991 (18. Novelle)	256
Schlußbestimmungen zu Art. I des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 474	548	Schlußbestimmungen zu Art. II des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 474	257
Schlußbestimmung zu Art. IV des Arbeitsrechtlichen Begleitgesetzes, BGBl. Nr. 833/1992	549		
Schlußbestimmung zu Art. I des 2. Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 17/1993	550	Schlußbestimmung zu Art. II des 2. Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1992, BGBl. Nr. 17/1993	258
Schlußbestimmungen zu Art. I des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 335 (51. Novelle)	551	Schlußbestimmungen zu Art. I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 336/1993 (19. Novelle)	259
Schlußbestimmung zu Art. VI der Beschäftigungssicherungsnovelle 1993, BGBl. Nr. 502	552		
Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. Nr. 20/1994 (52. Novelle)	553	Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. Nr. 21/1994 (20. Novelle)	260
Schlußbestimmungen zu Art. 1 des Arbeitsmarktservice-Begleitgesetzes, BGBl. Nr. 314/1994	554	Schlußbestimmung zu Art. 2 des Arbeitsmarktservice-Begleitgesetzes, BGBl. Nr. 314/1994	261
Schlußbestimmungen zu Art. II des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 450/1994	555		
<i>nicht vergebene Paragraphennummer</i>	556		

Schlußbestimmung zu Art. XVII des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 665/1994	557		
Schlußbestimmungen zu Art. I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 132/1995	558	Schlußbestimmungen zu Art. II des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 132/1995	262
Schlußbestimmungen zu Art. XXIX des Strukturangepassungsgesetzes, BGBl. Nr. 297/1995	559	Schlußbestimmungen zu Art. XXX des Strukturangepassungsgesetzes, BGBl. Nr. 297/1995	263
Schlußbestimmung zu Art. VI des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1995, BGBl. Nr. 832	560	Schlußbestimmung zu Art. IV des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1995, BGBl. Nr. 832	264
Schlußbestimmung zu Art. II des Antimißbrauchsgesetzes, BGBl. Nr. 895/1995	560a, 561		
Schlußbestimmung zu Art. 4 des Arbeitsmarktpolitikgesetzes 1996, BGBl. Nr. 153	562	Schlußbestimmung zu Art. 5 des Arbeitsmarktpolitikgesetzes 1996, BGBl. Nr. 153	265
Schlußbestimmungen zu Art. 34 des Strukturangepassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201	563	Schlußbestimmung zu Art. 35 des Strukturangepassungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 201	266
Schlußbestimmungen zu Art. I des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 411 (53. Novelle)	564	Schlußbestimmungen zu Art. I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 412/1996 (21. Novelle)	267
Schlußbestimmung zu Art. IV des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 417/1996	565		
Schlußbestimmungen zu Art. I des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 600/1996	566	Schlußbestimmung zu Art. II des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 600/1996	268
Schlußbestimmungen zu Art. I des 2. Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 764	567	Schlußbestimmungen zu Art. II des 2. Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996, BGBl. Nr. 764	269
Schlußbestimmungen zu Art. 7 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 47/1997	568	Schlußbestimmungen zu Art. 8 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 47/1997	270
Schlußbestimmung zu Art. 20 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997	569	Schlußbestimmung zu Art. 21 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997	271

Schlußbestimmungen zu Art. XXVIII des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/1997	570	Schlußbestimmung zu Art. XXIX des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/1997	272
Schlußbestimmungen zu Art. II des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 79/1997	571		
Schlußbestimmungen zu Art. 7 des Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 139 (54. Novelle)	572	Schlußbestimmungen zu Art. 8, Abschnitt I des Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 139 (Abschnitt I der 22. Novelle)	273
		Schlußbestimmungen zu Art. 8, Abschnitt II des Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 139 (Abschnitt II der 22. Novelle)	274
Schlußbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 6/1998	573		
Schlußbestimmung zu Art. 8 des Gesetzes über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer, BGBl. I Nr. 30/1998	574	Schlußbestimmung zu Art. 9 des Gesetzes über die Ausbildung von Frauen im Bundesheer, BGBl. I Nr. 30/1998	275
Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 138/1998 (55. Novelle)	575	Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 139/1998 (23. Novelle)	276
Schlußbestimmung zu Art. III des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 12/1999	576		
Zusätzliche Ausgleichszulage 1999	577	Zusätzliche Ausgleichszulage 1999	277
Besondere Pensionszulage 1999	578	Besondere Pensionszulage 1999	278
Schlußbestimmung zu Art. X des Vertragsbedienstetenreformgesetzes, BGBl. I Nr. 10/1999	579		
Schlußbestimmungen zu Art. II des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 68/1999	580	Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 86/1999	279
Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 173/1999 (57. Novelle)	581		

Schlußbestimmungen zu Art. XVIII des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 106/1999	582	Schlußbestimmungen zu Art. XIX des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 106/1999	280
		Schlußbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 175/1999 (24. Novelle)	281
Schlußbestimmung zu Art. 6 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 179/1999	583	Schlußbestimmung zu Art. 7 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 179/1999	282
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1999, BGBl. I Nr. 1/2000	584	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1999, BGBl. I Nr. 1/2000	283
Schlussbestimmung zu Art. 1 des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 1999, BGBl. I Nr. 2/2000	585		
Schlussbestimmung zu Art. 25 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 26/2000	585a		
Schlussbestimmungen zum Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 35/2000	585b		
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 43	587	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 43	284
Schlussbestimmung zu Art. 12 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 44/2000	586	Schlussbestimmung zu Art. 13 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 44/2000	285
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 92	588	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 92	286
Schlussbestimmungen zu Art. 66 des Budgetbegleitgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 142/2000	589	Schlussbestimmungen zu Art. 67 des Budgetbegleitgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 142/2000	287
Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 5/2001	590	Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 5/2001	288
Zusätzliche Ausgleichszulage 2001	591	Zusätzliche Ausgleichszulage 2001	289
Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 12/2001	592		

		Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 35/2001	289a
		Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Sozialversicherungs-Währungsumstellungs-Begleitgesetzes, BGBl. I Nr. 67/2001	290
Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 99/2001 (58. Novelle)	593	Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 100/2001 (25. Novelle)	291
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Sozialversicherungs-Währungsumstellungs-Begleitgesetzes, BGBl. I Nr. 67/2001	594		
Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 103/2001	595	Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 103/2001	292
Schlussbestimmungen zu Art. 7 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 131/2001	596	Schlussbestimmungen zu Art. 8 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 131/2001	293
Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 1/2002 (59. Novelle)	597	Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 2/2002 (26. Novelle)	294
Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 82/2002	598		
Schlussbestimmungen zu Artikel 29 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 100/2002	599		
Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 140/2002 (60. Novelle)	600	Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 141/2002 (27. Novelle)	295
Schlussbestimmungen zu Art. XI des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 132/2002	601		
Schlussbestimmung zu Art. VII des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 169/2002	602	Schlussbestimmung zu Art. VIII des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 169/2002	296a
Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 155/2002	603		
Schlussbestimmung zu Art. 1 des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 8/2003	604	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 8/2003	296

Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 28/2003	605		
Schlussbestimmungen zu Art. 73 Teil 1 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	606	Schlussbestimmungen zu Art. 74 Teil 1 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	297
Schlussbestimmungen zu Art. 73 Teil 2 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	607	Schlussbestimmungen zu Art. 74 Teil 2 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	298
Schlussbestimmung zu Art. 73 Teil 3 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	608	Schlussbestimmung zu Art. 74 Teil 3 des Budgetbegleitgesetzes 2003, BGBl. I Nr. 71	299
Schlussbestimmungen zu Art. 1 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 145/2003 (61. Novelle)	609	Schlussbestimmung zu Art. 2 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 145/2003 (28. Novelle)	300
Schlussbestimmungen zu Art. 1 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 145/2003 (61. Novelle)	610	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 145/2003 (28. Novelle)	301
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2004, BGBl. I Nr. 18	611		
Einmalzahlung für das Jahr 2004	612	Einmalzahlung für das Jahr 2004	302
Ersatzanspruch des Landes	613	Ersatzanspruch des Landes	303
Schlussbestimmung zu Art. 1 des 2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2004, BGBl. I Nr. 78	614	Schlussbestimmung zu Art. 2 des 2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2004, BGBl. I Nr. 78	304
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 2004, BGBl. I Nr. 105	616	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Sozialrechts-Änderungsgesetzes 2004, BGBl. I Nr. 105	305
Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 106/2004	615		
Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 142/2004 (62. Novelle)	617	Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 142/2004 (29. Novelle)	306

Schlussbestimmungen zu Art. 1 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 171/2004 (63. Novelle)	618	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 171/2004 (30. Novelle)	307
Schlussbestimmungen zu Art. 1 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 171/2004 (63. Novelle)	619		
Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 156/2004	620	Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 156/2004	308
Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 179/2004	621	Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 179/2004	309
Schlussbestimmungen zu Art. II des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 152/2004	622		
Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 45/2005	623		
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 71/2005 (64. Novelle)	624	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 71/2005	310
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 132/2005 (65. Novelle)	625	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 132/2005 (31. Novelle)	311
Schlussbestimmungen zu Art. 6 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 155/2005	626	Schlussbestimmung zu Art. 7 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 155/2005	312
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 130/2006	627	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 130/2006	313
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 131/2006 (66. Novelle)	628	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 131/2006	314
Einmalzahlung für das Jahr 2007	629	Einmalzahlung für das Jahr 2007	315
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 169/2006	630	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 169/2006	316
Schlussbestimmungen zu Art. 1 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 31/2007 (67. Novelle)	631	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 31/2007 (32. Novelle)	317

Schlussbestimmungen zu Art. 1 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 31/2007 (67. Novelle)	632	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 31/2007 (32. Novelle)	318
Schlussbestimmung zu Artikel 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 76/2007	633		
Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 101/2007 (68. Novelle)	634	Schlussbestimmungen zu Art. 5 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 101/2007 (33. Novelle)	319
Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 91/2008	635		
Pensionsanpassung, Anpassung der Renten aus der Unfallversicherung und Vervielfachung der Ausgleichszulagen-Richtsätze für das Jahr 2009	636	Pensionsanpassung und Vervielfachung der Ausgleichszulagen-Richtsätze für das Jahr 2009	320
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 129/2008	637	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 129/2008	321
Zuschuss zu den Energiekosten	638	Zuschuss zu den Energiekosten	322
Einmalzahlung für das Jahr 2008	639	Einmalzahlung für das Jahr 2008	323
Anpassung der Leistungen aus der Unfallversicherung und der Ausgleichszulagenrichtsätze für das Kalenderjahr 2009	640	Anpassung der Ausgleichszulagenrichtsätze für das Kalenderjahr 2009	324
Neufestsetzung des Schutzbetrages bei der Witwen (Witwer)pension	641	Neufestsetzung des Schutzbetrages bei der Witwen (Witwer)pension	325
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 33/2009	642		
Schlussbestimmungen zu Art. 48 des Budgetbegleitgesetzes 2009, BGBl. I Nr. 52	643		
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 83/2009 (69. Novelle)	644	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 83/2009 (34. Novelle)	326

Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 84/2009 (70. Novelle)	645	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 84/2009 (35. Novelle)	327
Schlussbestimmung zu Art. 8 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 116/2009	646		
Schlussbestimmungen zu Art. 1 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 147/2009 (71. Novelle)	647	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 147/2009	328
Schlussbestimmung zu Art. 1 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 147/2009 (71. Novelle)	648	Schlussbestimmungen zu Art. 2 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 147/2009	329
Einmalzahlung	649	Einmalzahlung	330
Schlussbestimmung zu Art. 22 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/2009	650	Schlussbestimmung zu Art. 23 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 135/2009	331
Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 63/2010	651	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 63/2010	332
Schlussbestimmungen zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/2010 (72. Novelle)	652	Schlussbestimmungen zu Art. 5 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 61/2010	333
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2010 (73. Novelle)	653	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 62/2010 (36. Novelle)	334
Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 64/2010	654	Schlussbestimmung zu Art. 5 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 64/2010	335
Schlussbestimmung zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 58/2010	655	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 58/2010	336
Schlussbestimmung zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 92/2010	656	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 92/2010	337
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 102/2010 (74. Novelle)	657	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 102/2010	338
Schlussbestimmungen zu Art. 115 Teil 1 des Budgetbegleitgesetzes 2011, BGBl. I Nr. 111/2010 (75. Novelle)	658	Schlussbestimmungen zu Art. 116 Teil 1 des Budgetbegleitgesetzes 2011, BGBl. I Nr. 111/2010 (37. Novelle)	339

Schlussbestimmungen zu Art. 115 Teil 2 des Budgetbegleitgesetzes 2011, BGBl. I Nr. 111/2010 (75. Novelle)	659	Schlussbestimmung zu Art. 116 Teil 2 des Budgetbegleitgesetzes 2011, BGBl. I Nr. 111/2010 (37. Novelle)	340
Schlussbestimmung zu Art. 5 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 24/2011	660		
Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 52/2011	661	Schlussbestimmung zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 52/2011	341
Auflösung des Pensionsinstitutes für Verkehr und öffentliche Einrichtungen	662		
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 122/2011 (76. Novelle)	663	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 122/2011 (38. Novelle)	342
Schlussbestimmung zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 17/2012	664	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 17/2012	343
Schlussbestimmungen zu Art. 48 Teil 1 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35 (77. Novelle)	665	Schlussbestimmung zu Art. 49 Teil 1 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35 (39. Novelle)	344
Schlussbestimmungen zu Art. 48 Teil 2 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35 (77. Novelle)	666	Schlussbestimmungen zu Art. 49 Teil 2 des 2. Stabilitätsgesetzes 2012, BGBl. I Nr. 35 (39. Novelle)	345
Besondere Pensionsanpassung	667	Besondere Pensionsanpassung	346
Schlussbestimmungen zu Art. 8 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 89/2012	668		
Schlussbestimmungen zu Art. 5 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 3/2013 (78. Novelle)	669	Schlussbestimmung zu Art. 6 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 3/2013 (40. Novelle)	347
Schlussbestimmung zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 4/2013	670		
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 123/2012 (79. Novelle)	671	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 123/2012 (41. Novelle)	348
Schlussbestimmung zu Art. 7 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 67/2013	672		

Schlussbestimmung zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 87/2013 (80. Novelle)	673	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 87/2013	349
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 130/2013 (81. Novelle)	674	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 130/2013	350
Schlussbestimmungen zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 81/2013	675	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 81/2013	351
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2013 (83. Novelle)	676	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 86/2013 (42. Novelle)	352
Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 187/2013	677		
Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 137/2013	679		
Schlussbestimmung zu Art. 10 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 138/2013	678		
Schlussbestimmung zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 139/2013	680	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 139/2013	353
Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 30/2014	681		
Schlussbestimmung zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 28/2014	682	Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 28/2014	354
Schlussbestimmung zu Art. 34 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 40/2014	683		
Schlussbestimmungen zu Art. 7 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 46/2014	684		
Schlussbestimmung zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 68/2014	685		
Schlussbestimmung zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 56/2014	686	Schlussbestimmung zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 56/2014	355
Schlussbestimmung zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 82/2014	687		

Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 2/2015 (84. Novelle)	688	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 2/2015 (43. Novelle)	356
Schlussbestimmungen zu Art 1 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 79/2015 (85. Novelle)	689	Schlussbestimmung zu Art 2 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 79/2015	357
Schlussbestimmungen zu Art 14 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 118/2015	690	Schlussbestimmung zu Art 15 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 118/2015	358
Schlussbestimmung zu Art 14 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 118/2015	691	Schlussbestimmungen zu Art 15 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 118/2015	359
Schlussbestimmungen zu Art 2 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 113/2015	692	Schlussbestimmungen zu Art 3 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 113/2015	360
Schlussbestimmungen zu Art 10 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 144/2015	693	Schlussbestimmungen zu Art 12 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 144/2015	361
Schlussbestimmungen zu Art 1 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 162/2015 (86. Novelle)	694	Schlussbestimmungen zu Art 2 Teil 1 des Bundesgesetzes BGBl I Nr 162/2015 (44. Novelle)	362
Schlussbestimmungen zu Art. 1 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 162/2015 (86. Novelle)	695	Schlussbestimmung zu Art. 2 Teil 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 162/2015 (44. Novelle)	363
Schlussbestimmungen zum Bundesgesetz BGBl. I Nr. 18/2016	696		
Schlussbestimmung zu Art. 11 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 44/2016	697		
Schlussbestimmung zu Art. 3 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2016	698	Schlussbestimmung zu Art. 4 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 53/2016	364
Schlussbestimmung zu Artikel 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 75/2016	699		
Schlussbestimmungen zu Art. 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 29/2017 (87. Novelle)	700	Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 29/2017 (45. Novelle)	365
Einmalzahlung BGBl. I Nr. 33/2017	700a	Einmalzahlung BGBl. I Nr. 33/2017	365a

**Bundesgesetz vom 11. Oktober 1978 über die Sozialversicherung der
in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen
(Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz – GSVG)**

ERSTER TEIL

Allgemeine Bestimmungen

ABSCHNITT I

Geltungsbereich

§ 1. Dieses Bundesgesetz regelt die Kranken- und die Pensionsversicherung der im Inland in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen, der sonstigen im Inland selbständig erwerbstätigen Personen, soweit sie nicht auf Grund dieser Erwerbstätigkeit nach einem anderen Bundesgesetz pflichtversichert sind sowie die Krankenversicherung der Bezieher einer Pension (Übergangspension) aus der Pensionsversicherung nach diesem Bundesgesetz.

[idF BGBl I 1997/139]

Übersicht

I. Kranken- und Pensionsversicherung	1
II. Inland	2
III. In der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätige	3
IV. Sonstige selbständig Erwerbstätige	4
V. Freiwillige Arbeitslosenversicherung	5
VI. Selbständigenvorsorge	6

I. Kranken- und Pensionsversicherung

Gem § 2 Abs 2 Z 3 ASVG handelt es sich bei der Gewerblichen Selbständigen-Kranken- und Pensionsversicherung um eine **Sonderversicherung** und nicht um die im ASVG geregelte allgemeine Sozialversicherung. Die Regelung der UV erfolgt im ASVG (§ 8 Abs 1 Z 3 ASVG). 1

II. Inland

Das österreichische Sozialversicherungsrecht ist vom **Territorialitätsprinzip** 2
geprägt: Der Geltungsbereich des GSVG erstreckt sich auf die im Inland in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen und die sonstigen im Inland selbständig erwerbstätigen Personen. Voraussetzung ist die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Gebiet der Republik Österreich (siehe *Teschner/Widlar*, § 1 Anm 2).

III. In der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätige

Dazu zählen natürliche Personen, die Mitglieder der Kammern der gewerblichen Wirtschaft sind, Gesellschafter einer OG, unbeschränkt haftende Ge- 3

sellschafter einer KG, sofern die jeweilige Gesellschaft Mitglied einer Wirtschaftskammer ist und geschäftsführende Gesellschafter einer GmbH, sofern die GmbH Mitglied einer Wirtschaftskammer ist (§ 2 Abs 1 Z 1 bis 3).

IV. Sonstige selbständig Erwerbstätige

- 4 Seit 1. 1. 1998 (ASRÄG 1997, BGBl I 1997/139) unterliegen selbständig erwerbstätige Personen, die auf Grund einer betrieblichen Tätigkeit Einkünfte iSd § 22 Z 1 bis 3 und 5 und (oder) § 23 des EStG 1988 beziehen, gemäß § 2 Abs 1 Z 4 GSVG der Pflichtversicherung in der KV und PV.

V. Freiwillige Arbeitslosenversicherung

- 5 Seit 1. 1. 2009 besteht für Selbständige die Möglichkeit, eine freiwillige AIV abzuschließen („**Opting-In-Modell**“; § 3 AIVG). Erwerbstätige Personen, die auf Grund einer Erwerbstätigkeit der Pflichtversicherung in der PV nach dem GSVG unterliegen oder gemäß § 5 von dieser Pflichtversicherung ausgenommen sind, können in die AIV einbezogen werden, wenn sie nicht auf Grund ihres Lebensalters ausgenommen sind.

Erwerbstätige werden von der SVA über die Möglichkeit der Einbeziehung in die AIV informiert und können binnen sechs Monaten nach der Verständigung ihren Eintritt erklären. Die getroffene Entscheidung bindet für acht Jahre. Der zur Gänze vom Versicherten zu leistende Beitragssatz beträgt 6 %. Die Beitragsgrundlage beträgt nach Wahl der versicherten Person ein Viertel, die Hälfte oder drei Viertel der Höchstbeitragsgrundlage gem § 48 GSVG (siehe § 3 Abs 4 AIVG iVm § 2 AMPFG). Siehe dazu *Aubauer/Neumann*, Arbeitslosenversicherung für Selbständige und Bildungskarenz Neu, taxlex 2008, 36; *Pačić*, Arbeitslosenversicherung für Selbständige, ZAS 2008, 156; *Pflug*, Arbeitslosigkeit von Selbständigen, taxlex 2009, 493; *Galler*, Die neue Auftraggeberhaftung bei Bauleistungen und die Arbeitslosenversicherung für Selbständige, ZAS 2009, 109 (112 ff).

VI. Selbständigenvorsorge

- 6 Für Personen, die der Pflichtversicherung in der KV nach dem GSVG unterliegen (Gewerbetreibende gem § 2 Abs 1 Z 1 bis 3 und neue Selbständige nach § 2 Abs 1 Z 4), wurde mit 1. 1. 2008 eine **obligatorische Selbständigenvorsorge** geschaffen (s dazu *Aubauer/Neumann*, „Abfertigung neu“ für freie Dienstnehmer, Gewerblich Selbständige, Bauern und Freiberufler, taxlex 2007, 586; *Neumann/Schindler*, „Abfertigung neu“ für Selbständige, ASoK 2008, 172; *Neumann*, Die neue Selbständigenvorsorge, ZAS 200, 148). Ausgenommen von der obligatorischen Vorsorge sind Bezieher einer Eigenpension aus der gesetzlichen PV, „Opting-in-Krankenversicherte“ und jene Freiberufler, die in eine GSVG-KV (gem §§ 14a und 14b) optiert haben. 1,53 % der vorläufigen KV-Beitragsgrundlage nach GSVG werden in die Selbständigenvorsorge einbezahlt. Vgl näher §§ 49 ff BMSVG.

Umfang des Leistungsrechtes der Pensionsversicherung

§ 1a. (1) Auf Personen, die erstmals nach dem 31. Dezember 2004 in der Pensionsversicherung nach diesem oder einem anderen Bundesgesetz pflichtversichert sind, ist Abschnitt III des Zweiten Teiles nur so weit anzuwenden, als das Allgemeine Pensionsgesetz (APG), BGBl. I Nr. 142/2004, nichts anderes bestimmt.

(2) Auf Personen, die nach dem 31. Dezember 1954 geboren sind und bis zum Ablauf des 31. Dezember 2004 mindestens einen Versicherungsmonat nach diesem oder einem anderen Bundesgesetz erworben haben, sind die Bestimmungen des Abschnittes III des Zweiten Teiles und des Abschnittes II des Fünften Teiles nur so weit anzuwenden, als das APG nichts anderes bestimmt.

[idF BGBl I 2004/142]

Übersicht

I.	Verhältnis APG zum GSVG	1, 2
II.	Einteilung der Geltungsbereiche nach Versichertengruppen	
	A. Personen mit Beginn des Versicherungsverlaufes ab 2005 (Abs 1)	3, 4
	B. Nach 31.12.1954 Geborene mit Versicherungszeiten nach SV-Gesetzen (Abs 2).....	5–7a
	C. Vor 1.1.1955 Geborene.....	8

I. Verhältnis APG zum GSVG

Der in § 1 APG festgelegte Geltungsbereich zeigt, dass mit dem APG nur ausgewählte Teile des Leistungsrechtes und nicht alle Bestimmungen des Leistungsrechtes der gesetzl PV geregelt sind. Das Leistungsrecht der PV lässt sich nur durch eine **Zusammenschau beider Normenkomplexe** ermitteln. Das Melde-, Versicherungs- und Beitragsrecht verbleibt weiter vollständig im GSVG. Auch die Regelungen über die Pensionsanpassung bleiben weiter im GSVG geregelt, ebenso wie das Organisations- und Verfahrensrecht (*Teschner/Widlar/Pöltner*, ASVG, § 1 APG Anm 1).

§ 1 Abs 2 APG definiert das APG als *lex specialis* zu den Regelungen der SV-Gesetze (*Teschner/Widlar/Pöltner*, ASVG, § 1 APG Anm 8).

II. Einteilung der Geltungsbereiche nach Versichertengruppen

A. Personen mit Beginn des Versicherungsverlaufes ab 2005 (Abs 1)

Für BerufseinsteigerInnen ab dem Jahr 2005, die ab diesem Jahr erstmals in der gesetzl PV versichert sind, kommt das GSVG-Leistungsrecht nur mehr

subsidiär zur Anwendung (vgl. *Teschner/Widlar*, GSVG, § 1a Anm 1 unter Hinweis auf die Gesetzesmaterialien).

- 4 Das APG regelt gem seinem § 1 Abs 1 das Pensionskonto (vgl. § 139 Rz 11), den Anspruch auf AP und deren Ausmaß (vgl. § 130 Rz 6, § 139 Rz 12), das Ausmaß der IP, BUP und EUP (vgl. § 139 Rz 13) und das Ausmaß der Hinterbliebenenpension und Abfindung (vgl. § 145 Rz 3, § 147 Rz 2, § 148a Rz 6).

B. Nach 31.12.1954 Geborene mit Versicherungszeiten nach SV-Gesetzen (Abs 2)

- 5 Für diese Gruppe ist das APG ab seinem Inkrafttreten (1.1.2005) anzuwenden, allerdings mit vielen Modifikationen; so ist für diesen Personenkreis insb auch weiterhin das Übergangsrecht, das ein Auslaufen der vorzAP bei langer Versicherungsdauer bis 2017 vorsieht (vgl. § 131 [aufgehoben] Rz 5 ff) und Schutzbestimmungen für Langzeitversicherte enthält (vgl. § 298 Rz 5 ff), gem § 16 Abs 3 APG weiterhin anzuwenden (*Teschner/Widlar*, GSVG, § 1a Anm 1 unter Hinweis auf die Gesetzesmaterialien). Für diese Gruppe besteht daher ein Wahlrecht zw dem APG und dem ASVG, BSVG oder GSVG. Den (männl) Versicherten steht somit ein **Wahlrecht** zw den (vorz) AParten nach Altrecht und Neurecht zu. Den (weibl) Versicherten bleibt hins des gesetzl Anfallsalters nur das günstigere Altrecht erhalten (vgl. *Teschner/Widlar/Pöltner*, ASVG, § 16 APG Anm 2).
- 6 Die Pension für diesen Personenkreis ergibt sich aus einem Mix aus Alt- und Neurecht (zur Parallelrechnung gem § 15 APG vgl. § 139 Rz 14).
- 7 Personen, die bei Pensionsbeginn weniger als 5 % der Gesamtversicherungszeit im APG bzw nicht einmal zwölf VM nach dem APG erworben haben: Deren Pension wird ausschließlich gem § 15 Abs 5 APG nach dem ASVG, BSVG oder GSVG berechnet (*Teschner/Widlar/Pöltner*, ASVG, § 1 APG Anm 9).
- 7a Ab 1.1.2014 ersetzt die Kontoerstgutschrift die Parallelrechnung, wenn bis zum 31.12.2013 zumindest 1 VM nach dem APG oder den SV-Gesetzen erworben wurde (vgl. näher § 139 Rz 14a).

C. Vor 1.1.1955 Geborene

- 8 Für diese Gruppe regelt § 1 Abs 3 APG: Für sie gilt das APG nicht, mit Ausnahme der Korridor pension (vgl. § 130 Rz 7) und der Schwerarbeitspension (vgl. § 130 Rz 8). Für sie gilt wie bisher das Leistungsrecht nach den SV-Gesetzen.

Sprachliche Gleichbehandlung

§ 1b. Soweit im folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Anwendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.

[idF BGBl I 2004/142]

Umsetzung von Unionsrecht

§ 1c. Durch dieses Bundesgesetz werden umgesetzt:

1. die Richtlinie 89/105/EWG betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme, ABl. Nr. L 40 vom 11.02.1989 S. 8;
2. die Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl. Nr. L 255 vom 30.09.2005 S. 22, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/25/EU, ABl. Nr. L 158 vom 10.06.2013 S. 368;
3. die Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, ABl. Nr. L 88 vom 04.04.2011 S. 45;
4. die Richtlinie 2010/41/EU zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, und zur Aufhebung der Richtlinie 86/613/EWG, ABl. Nr. L 180 vom 15.07.2010 S. 1;
5. die anderen im § 3b ASVG genannten Richtlinien, sofern sie auch auf den Geltungsbereich dieses Bundesgesetzes anwendbar sind.

[idF BGBl I 2015/162]

Mit BGBl I 32/2014 wurde das SV-EG 1994 geändert und erfolgte die Umsetzung der **1**

- RL 89/105/EWG betreffend die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen KV-Systeme (vgl *Seyfried* in *Sonntag*, ASVG § 351c Rz 9a),
- RL 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, (vgl zB *Sonntag* in *Sonntag*, ASVG § 255 Rz 71) sowie
- RL 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, (s näher § 85 Rz 49 und § 7b SV-EG)

Mit dem SRÄG 2015 (BGBl I 2015/162) wurden weitere Richtlinien aufgenommen, wobei laut EB Änderungen oder Anpassungen des österr Sozialversicherungsrechtes nicht erforderlich sind, da dieses bereits den derzeit angeführten Richtlinien entspricht.

ABSCHNITT II – Umfang der Versicherung

1. Unterabschnitt Pflichtversicherung

Pflichtversicherung in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung

§ 2. (1) Auf Grund dieses Bundesgesetzes sind, soweit es sich um natürliche Personen handelt, in der Krankenversicherung und in der Pensions-

versicherung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen pflichtversichert:

1. die Mitglieder der Kammern der gewerblichen Wirtschaft;
 2. die Gesellschafter/Gesellschafterinnen einer offenen Gesellschaft und die unbeschränkt haftenden Gesellschafter/Gesellschafterinnen einer Kommanditgesellschaft, sofern diese Gesellschaften Mitglieder einer der in Z 1 bezeichneten Kammern sind;
 3. die zu Geschäftsführern bestellten Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sofern diese Gesellschaft Mitglied einer der in Z 1 bezeichneten Kammern ist und diese Personen nicht bereits auf Grund ihrer Beschäftigung (§ 4 Abs. 1 Z 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes) als Geschäftsführer der Teilversicherung in der Unfallversicherung oder der Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz unterliegen oder auf Grund dieser Pflichtversicherung Anspruch auf Kranken- oder Wochengeld aus der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz haben, auch wenn dieser Anspruch ruht, oder auf Rechnung eines Versicherungsträgers Anstaltspflege erhalten oder in einem Kurheim oder in einer Sonderkrankenanstalt untergebracht sind oder Anspruch auf Ersatz der Pflegegebühren gemäß § 131 oder § 150 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes einem Versicherungsträger gegenüber haben;
 4. selbständig erwerbstätige Personen, die auf Grund einer betrieblichen Tätigkeit Einkünfte im Sinne der §§ 22 Z 1 bis 3 und 5 und (oder) 23 des Einkommensteuergesetzes 1988 (EStG 1988), BGBl. Nr. 400, erzielen, wenn auf Grund dieser betrieblichen Tätigkeit nicht bereits Pflichtversicherung nach diesem Bundesgesetz oder einem anderen Bundesgesetz in dem (den) entsprechenden Versicherungszweig(en) eingetreten ist. Solange ein rechtskräftiger Einkommensteuerbescheid oder ein sonstiger maßgeblicher Einkommensnachweis nicht vorliegt, ist die Pflichtversicherung nur dann festzustellen, wenn der Versicherte erklärt, daß seine Einkünfte aus sämtlichen der Pflichtversicherung nach diesem Bundesgesetz unterliegenden Tätigkeiten im Kalenderjahr die Versicherungsgrenze übersteigen werden. In allen anderen Fällen ist der Eintritt der Pflichtversicherung erst nach Vorliegen des rechtskräftigen Einkommensteuerbescheides oder eines sonstigen maßgeblichen Einkommensnachweises im nachhinein festzustellen.
- (2) Die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung besteht für die im Abs. 1 genannten Personen nur, wenn sie das 15. Lebensjahr vollendet haben.
- (3) Üben die Pflichtversicherten eine Erwerbstätigkeit durch
- a) den Verschleiß von Zeitungen und Zeitschriften,

- b) den Verschleiß von Postwertzeichen, Stempelmarken und Gerichtskostenmarken,
 c) den Verschleiß von Fahrscheinen öffentlicher Verkehrseinrichtungen,
 d) den Vertrieb von Spielanteilen der Lotterien oder durch
 e) den Betrieb von Lotto-Toto-Aannahmestellen

aus, so erstreckt sich ihre Pflichtversicherung in der Kranken- und Pensionsversicherung auf jede dieser Tätigkeiten.

[idF BGBl I 2015/162]

Übersicht

I. Allgemeines	1–3a
II. Kammermitglieder (Abs 1 Z 1)	4–18
III. Gesellschafter und Komplementäre (Abs 1 Z 2)	
A. Gesellschafterstellung	19–25
B. Kammermitgliedschaft der Gesellschaft	26, 27
IV. Geschäftsführende GmbH-Gesellschafter (Abs 1 Z 3)	
A. Kammermitgliedschaft der Gesellschaft	28–30a
B. Geschäftsführender Gesellschafter	31–42
C. Subsidiarität zu ASVG-Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung und Teilversicherung in der Unfallversicherung sowie bestimmten Ansprüchen aus der Krankenversicherung nach dem ASVG	43–54
V. Neue Selbständige (Abs 1 Z 4)	
A. Selbständig erwerbstätige Personen	55–60d
B. Betriebliche Tätigkeit	61–66f
C. Einkünfte	67–79
D. Subsidiarität	80–88
E. Versicherungserklärung und Versicherungsgrenze	89–101
F. Abgrenzung Werkvertrag – Dienstvertrag	102
G. Besonderheiten	
1. Künstler	103, 104
2. Kommanditisten	105–112
VI. Auslandsbezug/Europarecht	112a–121
VII. Besonderheiten	
A. Zweigniederlassungen ausländischer Gesellschaften	122
B. Stellvertretender Geschäftsführer einer GmbH	123
C. Bilanzbuchhalter/Buchhalter/Personalverrechner	124
D. Telekommunikations- und Rundfunkdienste, Rundfunkveranstalter	125
E. Freiberuflich tätige Heilmasseur	126

I. Allgemeines

Bis zum ASRÄG 1997 war die Pflichtversicherung der selbständig erwerbstätigen Personen grundsätzlich an die Mitgliedschaft zu einer Kammer der ge- 1

werblichen Wirtschaft geknüpft. Aufgrund der Entwicklung neuer Arbeitsverhältnisse und dem Bestreben der sozialen Absicherung auch dieser Personen wurde das Ziel verfolgt, alle Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, die über einer bestimmten Grenze liegen, sozialversicherungsrechtlich zu erfassen, wobei nicht mehr berufsrechtliche Anknüpfungspunkte maßgeblich sein sollten, sondern das erzielte Einkommen. Die nunmehr nach § 2 pflichtversicherten Personen können somit in die Gruppe jener, bei denen an die Mitgliedschaft zu einer Kammer der gewerblichen Wirtschaft – das sind die nach § 2 Abs 1 Z 1–3 – angeknüpft wird, und jener nach § 2 Abs 1 Z 4, bei denen Anknüpfungskriterium bestimmte Einkünfte nach dem EStG ist, eingeteilt werden.

- 2 Die **Pflichtversicherung** nach dem GSVG beginnt nicht mit dem Zeitpunkt der Einbeziehung durch den Versicherungsträger, sondern mit dem Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen. Bei den Personengruppen nach § 2 Abs 1 Z 1 bis 3 beginnt die Pflichtversicherung generell unabhängig vom Willen der Beteiligten bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen. Hinsichtlich der neuen Selbständigen ist zu beachten, dass diese die Möglichkeit der Abgabe einer Überschreitungserklärung haben, mittels welcher sie den Eintritt bzw Beginn der Pflichtversicherung aufgrund der selbständigen und betrieblichen Tätigkeit – dann von der Erzielung von über der (maßgeblichen – aufgrund des StRefG 2015/2016 gibt es seit 1.1.2016 nur mehr eine Versicherungsgrenze) Versicherungsgrenze liegenden Jahreseinkünften unabhängig – herbeiführen können. Da der neue Selbständige nicht zur Abgabe einer solchen Erklärung verpflichtet ist (er kann sich auch dafür entscheiden, sich erst nachträglich und nur nach Maßgabe der in einem rechtskräftigen Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte in die Pflichtversicherung einbeziehen zu lassen), hängt der Eintritt der Pflichtversicherung bei tatsächlichem Unterschreiten der Versicherungsgrenze der Sache nach vom Willen des Versicherten ab.
- 2a Das System der Pflichtversicherung in Österreich ist ein System der Ex-lege-Versicherung: Betroffene Personen werden aufgrund des Gesetzes bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen (Eintreten eines bestimmten Sachverhaltes, Verwirklichung eines im Gesetz festgelegten Tatbestandes) in die Pflichtversicherung einbezogen – unabhängig von ihrem Wissen und Willen, unabhängig von der Anmeldung. Seit dem 1.1.2000 herrscht generell in der Sozialversicherung das **Prinzip der Mehrfachversicherung**. Wenn eine Person mehrere versicherungspflichtige Beschäftigungen (gemäß ASVG, B-KUVG, GSVG, BSVG) ausübt, kommt es in allen Bereichen zur Pflichtversicherung. Alle in Betracht kommenden Erwerbstätigkeiten bewirken das Entstehen einer eigenen Pflichtversicherung. Ein System, in dem die **Versicherungspflicht an eine bestimmte Erwerbstätigkeit anknüpft**, sodass bei gleichzeitigem Bestehen zweier oder mehrerer Erwerbstätigkeiten eine so-

nannte Doppel- bzw. Mehrfachversicherung eintritt, erweckt keine verfassungsrechtlichen Bedenken (VfGH B 869/03; BVwG W1782008208-1 und L5102010494-1 mwN). Im Rahmen der Pflichtversicherung soll die Privatautonomie möglichst ausgeschaltet sein. Der rechts- bzw. sozialpolitische Hintergrund dieses Prinzips liegt im solidar ausgerichteten Schutzsystem, das unabhängig von der jeweils persönlichen Einschätzung der eigenen Risikostruktur und individuellen Leistungsfähigkeit einen allgemeinen Versicherungsschutz mit Rechtsanspruch anbieten will. Eine freiwillige Versicherung kann daher niemals eine Pflichtversicherung „ersetzen“, denn die Pflichtversicherung entsteht bei Erfüllung eines gesetzlichen Tatbestandes und zwar auch rückwirkend. Folglich ist bei rückwirkender Feststellung einer Pflichtversicherung eine bestehende freiwillige Versicherung rückabzuwickeln und bei Eintritt einer Ex-lege-Pflichtversicherung die freiwillige Versicherung aufzulösen (BVwG W2012003640-3).

Das Bestehen oder Nichtbestehen der Pflichtversicherung ist sowohl hinsichtlich der Sach- als auch hinsichtlich der Rechtslage zeitraumbezogen zu beurteilen (VwGH 2000/08/0161, 2007/08/0290, Ra 2015/08/0103). **2b**

Ob und in welchem Umfang tatsächlich **Ansprüche auf Versicherungsleistungen** entstehen, hat keinen Einfluss auf die Frage des Zustandekommens der Pflichtversicherung, sondern hängt vom Eintritt des jeweiligen Versicherungsfalles und der Erfüllung allfälliger weiterer vom Gesetz normierter Leistungsvoraussetzungen ab (VwGH 95/08/0206 und 86/08/0153). **3**

Nach ständiger Judikatur des Verfassungsgerichtshofes bilden die in der Sozialversicherung Pflichtversicherten eine Risikogemeinschaft. In der gesetzlichen Sozialversicherung gilt – aufgrund des Hervortretens des Versorgungsgedankens vor dem Versicherungsgedanken – keine Äquivalenz zwischen Beitrag und Leistung. Es muss in der gesetzlichen Sozialversicherung in Kauf genommen werden, dass es in manchen Fällen trotz bestehender Pflichtversicherung zu keinem Leistungsanfall kommt. Es begegnet keinen gleichheitswidrigen Bedenken, Pensionisten, die eine pensionsversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, weiterhin mit Pensionsversicherungsbeiträgen zu belasten, mag es auch künftig zu keinem Pensionsanfall kommen (BVwG W1642011840-1; W1512005554-1 und W1982009236-1). **3a**

II. Kammermitglieder (Abs 1 Z 1)

Gemäß § 2 Abs 1 WKG sind **Mitglieder der Wirtschaftskammern** und Fachorganisationen alle physischen und juristischen Personen sowie sonstige Rechtsträger, die Unternehmungen des Gewerbes, des Handwerks, der Industrie, des Bergbaues, des Handels, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, des Verkehrs, des Nachrichtenverkehrs, des Rundfunks, des Tourismus und der Freizeitwirtschaft sowie sonstiger Dienstleistungen rechtmäßig selbständig betreiben oder zu betreiben berechtigt sind. Zu den Mitgliedern **4**

gemäß Abs 1 zählen nach § 2 Abs 2 WKG jedenfalls Unternehmungen, die der Gewerbeordnung unterliegen sowie insbesondere solche, die in der Anlage zu diesem Gesetz angeführt sind. Mitglieder sind gemäß Abs 3 auch alle im Firmenbuch eingetragenen Holdinggesellschaften, soweit ihnen zumindest ein Mitglied gemäß Abs 1 angehört.

- 5 Die Mitgliedschaft in der Wirtschaftskammer ist vom **Herkunftsstaat des zum selbständigen Betrieb** in Österreich **Niedergelassenen** unabhängig. Die Vereinbarkeit einer Pflichtmitgliedschaft in einer Kammer im Bereich der Niederlassungsfreiheit wird zufolge der Judikatur des EuGH bejaht (VwGH 2004/04/0184 mwN).
- 6 Bei der Mitgliedschaft zur Wirtschaftskammer handelt es sich um eine **Pflichtmitgliedschaft**, die bei Vorliegen der in § 2 WKG genannten Voraussetzung **ipso iure** ohne eine unmittelbar darauf abzielende Willenserklärung eintritt (VwGH 2001/08/0204) und die (ua) mit einer Entziehung der Gewerbeberechtigung durch die Behörde endet (VwGH 2006/08/0039, zur diesbezüglich vergleichbaren Vorgängerbestimmung des Handelskammergesetzes 2006/08/0028), ohne dass es dazu eines konstitutiven Akts der Wirtschaftskammer bedürfte (VwGH 2008/08/0052, 2005/08/0091 ua).
- 7 Diese Zwangsmiitgliedschaft beginnt auch unabhängig von einer Anmeldung oder Aufnahme oder sonstigen Willenshandlungen der Gewerbetreibenden, aber auch der Kammern selbst in dem Augenblick, in dem die Berechtigung zur Ausübung eines Gewerbes erworben wird. Der von der Kammer geführte **Mitgliederkataster** hat ebenso wie das **Gewerberegister** selbst (vgl aber unten Rz 8) nur **deklarative**, aber keine rechtsbegründende **Wirkung**. Auch dann, wenn die Kammer die Mitgliedschaft einer zum selbständigen Betrieb eines Gewerbes nicht berechtigten Person anerkannt hat, kommt diesem Anerkenntnis keine Rechtswirkung zu. Der Umstand, dass eine Person, der die Berechtigung zum selbständigen Betrieb von Unternehmungen des Gewerbes fehlt, Mitgliedsbeiträge zur Kammer der gewerblichen Wirtschaft entrichtet, hat keinen Einfluss auf die Entscheidung über die Versicherungspflicht, weil der Gesetzgeber die Versicherungspflicht von diesem Umstand nicht abhängig gemacht hat (OLG Wien SV-Slg 33.591).
- 8 Die **Abkehr von der ausschließlich deklarativen Wirkung der Eintragung ins Gewerberegister** nach der Änderung des § 363 GewO durch das Öffnungszeitengesetz 2003 (ÖZG) wird von *Winkler* aufgezeigt. Im Rahmen der GewONov 2002, mit der für sämtliche Gewerbe ein Anmeldeverfahren – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – eingeführt wurde, entfiel die Gewerbeberechtigung in Bescheidform. Im echten Anmeldeverfahren, welches für die nicht reglementierten Anmeldegewerbe und die reglementierten Anmeldegewerbe zur Anwendung gelangt, tritt die Eintragung ins Gewerberegister und die Verständigung des Anmelders hierüber an Stelle der Bescheiderlassung, im unechten Anmeldeverfahren, welches

für die im § 95 GewO genannten Gewerbe und das Rauchfangkehrergewerbe (§ 94 Z 55 GewO) zur Anwendung gelangt, wird zwar vor die Ausübung des Gewerbes ein Bescheid gesetzt, doch handelt es sich hierbei um einen Feststellungsbescheid über das Vorliegen der Voraussetzungen. Wenn nunmehr aufgrund einer Anmeldung nach § 340 Abs 1 GewO eine natürliche Person oder ein sonstiger Rechtsträger ins Gewerberegister eingetragen wird, obwohl die Voraussetzungen für eine Nichtigerklärung gegeben sind, dann kann zufolge der Einfügung des Abs 4 in § 363 GewO mit dem ÖZG 2003 die sachlich in Betracht kommende Oberbehörde mit Bescheid die Löschung einer Eintragung in das Gewerberegister verfügen, wobei bis zum Eintritt der Rechtskraft des Lösungsbescheides das Gewerbe weiter ausgeübt werden darf, womit demnach der fehlerhaften Eintragung ins Gewerberegister bei Vorliegen einer Anmeldung eine konstitutive Wirkung zukommt. Wird hingegen eine vollständige und fehlerfreie Anmeldung erstattet, dann entsteht die Gewerbeberechtigung mit der Anmeldung und der Eintragung ins Gewerberegister kommt nur deklarative Wirkung zu. Beim unechten Anmeldeverfahren (für die § 95-Gewerbe und das Rauchfangkehrergewerbe) entsteht die Gewerbeberechtigung bei Vorliegen der vollständigen Anmeldung und der Rechtskraft des Feststellungsbescheides, womit der Feststellungsbescheid (wie auch die Anmeldung) konstitutiv wirkt. Eine fehlerhafte Eintragung in das Gewerberegister hat dieselbe Wirkung wie im echten Anmeldeverfahren, da § 363 Abs 4 GewO keine Unterscheidung trifft. Beim Waffengewerbe mit militärischen Waffen und Munitionen dürfte eine fehlerhafte Eintragung keine konstitutive Wirkung haben, da es sich beim dahinterstehenden Verfahren um kein Anmeldeverfahren handelt (*Winkler*, Die Gewerbeordnung nach der Gewerbeordnungsnovelle 2002 und dem Öffnungszeitengesetz 2003, wbl 2004, 213). (Anmerkung: Mit 30.3.2015 wurden die 14 dezentralen Register zum neuen Gewerbeinformationssystem Austria (GISA) zusammengefasst – siehe nunmehr auch § 363 GewO; des Weiteren ist die Anmeldung zum Rauchfangkehrergewerbe im § 340 Abs 2a GewO nunmehr eigens geregelt).

Die Kammermitgliedschaft hängt von der Berechtigung zum selbständigen Betrieb der eben genannten Unternehmungen, nicht aber von der Ausübung dieser Berechtigung selbst oder von der tatsächlichen Erfassung der Kammermitgliedschaft durch die Kammern ab (VwGH 89/08/0210 mwN, siehe auch BVwG I4012004186-1 und I4122004989-1). Der Bestand der Pflichtversicherung wird grundsätzlich an die Kammermitgliedschaft gebunden. Da die **Kammermitgliedschaft** ihrerseits wieder an die **Berechtigung zur Ausübung der betreffenden selbständigen Erwerbstätigkeit** geknüpft ist, hängt der Bestand der Pflichtversicherung letztlich von der Berechtigung zur Ausübung der entsprechenden selbständigen Erwerbstätigkeit ab. § 1 setzt keine auf **Gewinn** oder auch nur **Einnahmenerzielung** gerichtete Tätigkeit voraus (VwGH 81/08/0115). Ob die Selbständige daher ihren Erwerb gar nicht aus

der Gewerbeberechtigung zieht oder allfällige Einkünfte daraus unter der sogenannten Geringfügigkeitsgrenze liegen, ist daher **für ihre Versicherungs-pflicht ohne Bedeutung** (VwGH 95/08/0206, BMASK 9.4.2009, 327829/0001-II/A/3/2008).

- 10** Trotz **Vorliegens eines Gewerbescheins** hat durch die Gebietskrankenkassen nach Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse bei Vorliegen der Voraussetzungen (persönliche und wirtschaftliche Abhängigkeit gegen Entgelt) eine **Einbeziehung als Dienstnehmer** zu erfolgen (*Höfle*, Sozialversicherungsrechtliche Behandlung des Gewerbescheins, ASoK 2007, 234; siehe auch VwGH 2009/08/0145 und 2012/08/0121).

Zur (möglichen) Umstellung eines vermeintlichen Versicherungsverhältnisses nach dem GSVG in ein Versicherungsverhältnis nach dem ASVG siehe auch Rz 84a.

Bei Vorliegen eines freien Dienstvertrages schließt die Innehabung eines Gewerbescheines – und daraus folgend die Pflichtversicherung nach § 2 Abs 1 Z 1 GSVG – die Pflichtversicherung nach § 4 Abs 4 ASVG aus, sodass auch keine Meldepflicht iSd § 33 Abs 1 ASVG bestanden hat (VwGH Ro2014/08/0074).

- 11** Die Kammermitgliedschaft, auf die Abs 1 Z 1 abstellt, hängt von der Befugnis zur Ausübung des betreffenden Gewerbes ab, nicht vom Zeitpunkt der **Betriebsaufnahme vor Erlangung der Gewerbeberechtigung**. Die Kammermitgliedschaft tritt auch unabhängig von der tatsächlichen Erfassung durch die Kammern ein (VwGH 85/08/0111).
- 11a** Weder eine zivilrechtliche Vereinbarung über die Ausübung des Gewerbes noch ein Pachtvertrag, welcher den Beginn eines Unterpachtverhältnisses normiert, haben konstitutive Auswirkungen auf den Eintritt (Beginn) eines Pflichtversicherungstatbestandes. Auch ein Bescheid, mit dem die Nachsicht vom Befähigungsnachweis für die Ausübung des konzessionierten Gewerbes am benannten Standort erteilt wird und in dem selbst festgehalten wird, dass dieser Bescheid noch nicht zur Ausübung des Gewerbes berechtigt, sondern es hiezu noch eines Bescheides durch die Bezirksverwaltungsbehörde des in Aussicht genommenen Standortes bedarf, vermag an diesem Ergebnis nichts zu ändern (BVwG W1982014184-1).
- 12** Die Mitgliedschaft in einer Kammer der gewerblichen Wirtschaft als Formalvoraussetzung für die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung nach dem GSVG ist auch in der Zeit der **Nichtausübung einer Gewerbeberechtigung**, soweit kein Ruhen angezeigt wurde, aufrecht (BMA 11.9.1987, 123.209/2-7/87).
- 13** Die **tatsächliche Ausübung** einer selbständigen Erwerbstätigkeit **ohne Berechtigung** hiezu begründet nicht die Mitgliedschaft bei einer Kammer der

gewerblichen Wirtschaft und in der Folge auch nicht die Versicherungspflicht nach dem GSVG (SV-Slg 9887, 9928, 26.610, 33.637, 36.035, siehe auch OLG Wien SV-Slg 33.598, VwGH 3028/78). Eine Anerkennung solcher Zeiten als Ersatzzeiten im Sinn des § 116 Abs 1 Z 1 scheitert an der mangelnden Gewerbeberechtigung zum selbständigen Betrieb eines solchen Gewerbes. Auch die Einführung einer weiteren Gruppe von Pflichtversicherten nach § 2 Abs 1 Z 4 ab 1.1.1998, hinsichtlich derer nicht auf die Mitgliedschaft zu einer Kammer der gewerblichen Wirtschaft abgestellt wird, vermag an der mangelnden Anerkennung als Ersatzzeiten gemäß § 116 nichts zu ändern, da die sogenannten „**Ausübungsersatzzeiten**“ nach § 116 bei dem neu einbezogenen Personenkreis gemäß § 273 Abs 8 und 9 **nicht berücksichtigt** werden (10 Obs 160/98x).

Wer ein Gewerbe ausüben will, hat die **Gewerbebeanmeldung** bei der Bezirksverwaltungsbehörde des Standortes zu erstatten (§ 339 Abs 1 GewO). Bei nicht eigenberechtigten Personen hat der gesetzliche Vertreter die erforderliche Gewerbebeanmeldung zu erstatten sowie den Geschäftsführer zu bestellen (§ 8 Abs 2 GewO). Die **Eigenberechtigung** ist eine Voraussetzung für die Anmeldung des Gewerbes, weshalb die Gewerbebehörde bei der Anmeldung zu prüfen hat, ob die Eigenberechtigung des Anmelders vorliegt, andernfalls der gesetzliche Vertreter die Anmeldung vorzunehmen hat. Bejaht die Gewerbebehörde diese Frage im Zeitpunkt der Anmeldung und stellt sich später heraus, dass die Eigenberechtigung für die Anmeldung damals doch nicht vorgelegen ist, war auch die Anmeldung nicht wirksam. Durch die Erlassung eines Bescheides der Gewerbebehörde, mit dem die Berechtigung zur Ausübung eines Gewerbes erteilt wurde, wird nicht auch bindend darüber abgesprochen, ob die Eigenberechtigung des Anmelders vorliegt. Das **Fehlen der Eigenberechtigung** macht die Rechtshandlung in jedem Fall unwirksam. Ist die **Anmeldung unwirksam**, dann ist der Beschwerdeführer nicht zum selbständigen Betrieb des Gewerbes berechtigt, somit ist er auch nicht Mitglied der Wirtschaftskammer gemäß § 2 Abs 1 WKG, was wiederum zur Folge hat, dass auch die Versicherungspflicht nach § 2 Abs 1 Z 1 GSVG nicht eintreten konnte (VwGH 2006/08/0039; siehe auch § 6 Rz 1).

Es kommt nicht darauf an, ob bzw **in welcher Eigenschaft** die Selbständige das **Gewerbe ausübt**; wesentlich für die Pflichtversicherung ist lediglich deren Mitgliedschaft in der Kammer der gewerblichen Wirtschaft bzw (im Falle einer Personengesellschaft) die Eigenschaft der Beschwerdeführerin als Gesellschafterin und die Kammermitgliedschaft der Gesellschaft. Weitere Voraussetzungen für die Pflichtversicherung sieht das Gesetz nicht vor (VwGH 96/08/0333).

Die **Einstellung eines Betriebes** bzw **die Eröffnung des Konkurses** über das Vermögen des Betriebes bewirkt nicht ein Erlöschen der Kammermitgliedschaft und damit auch nicht der die Pflichtversicherung begründenden Be-

reichtigung des Betriebes (VwGH 2007/08/0137). Der Masseverwalter ist jedenfalls nicht berechtigt, die Gewerbeberechtigung eines Gemeinschuldners zurückzulegen (LG Ried im Innkreis SV-Slg 56.393).

- 17 Für ein Mitglied einer **Gesellschaft bürgerlichen Rechtes** wird die Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung nach dem GSVG nur dadurch begründet, dass der betreffende Gesellschafter selbst für seine Person Mitglied einer Kammer der gewerblichen Wirtschaft wird (OLG Wien SV-Slg 28.360). Seit 1998 kann jedoch eine Pflichtversicherung als neuer Selbständiger eintreten, wenn der Gesellschafter der betrieblich tätigen GesBR als solcher über der Versicherungsgrenze liegende (Mitunternehmer-) Einkünfte nach § 23 Z 2 EStG (oder § 22 Z 3 EStG) erzielt.
- 18 Personen, die **Spielanteile der Lotterien** vertreiben (Lottokollektur) oder eine **Lotto-Toto-Annahmestelle** betreiben, sind Pflichtversicherte gemäß § 2 Abs 1 Z 1 (siehe Anlage 2 WKG).

III. Gesellschafter und Komplementäre (Abs 1 Z 2)

A. Gesellschafterstellung

- 19 Gemäß § 105 UGB ist eine **offene Gesellschaft** eine unter eigener Firma geführte Gesellschaft, bei der die Gesellschafter gesamthandschaftlich verbunden sind und bei keinem der Gesellschafter die Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern beschränkt ist. Die offene Gesellschaft ist rechtsfähig. Sie kann jeden erlaubten Zweck einschließlich freiberuflicher und land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit haben. Ihr gehören mindestens zwei Gesellschafter an. Die offene Gesellschaft entsteht gemäß § 123 UGB mit der Eintragung ins Firmenbuch.
- 20 Hinsichtlich der **Kommanditgesellschaft** wird in § 161 UGB festgelegt, dass dies eine unter eigener Firma geführte Gesellschaft ist, bei der die Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern bei einem Teil der Gesellschafter auf einen bestimmten Betrag (Haftsumme) beschränkt ist (Kommanditisten), beim anderen Teil dagegen unbeschränkt ist (Komplementäre), wobei gemäß Abs 2 der gegenständlichen Bestimmung festgelegt wird, dass auf die Kommanditgesellschaft die für die offene Gesellschaft geltenden Vorschriften Anwendung finden, soweit dieser Abschnitt nichts anderes bestimmt.
- 21 Gemäß § 164 UGB sind die **Kommanditisten** von der Führung der Geschäfte der Gesellschaft ausgeschlossen; sie können einer Handlung der unbeschränkt haftenden Gesellschafter nicht widersprechen, es sei denn, dass die Handlung über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes hinausgeht. Es ist nach den Gegebenheiten des Betriebes im Einzelfall zu beurteilen, ob sich eine Handlung auf den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft bezieht oder nicht. Eine Handlung des gewöhnlichen Betriebes ist eine solche, wie sie im Betrieb, wenn auch nicht alltäglich, so doch von Zeit zu Zeit

zu erwarten ist. Außergewöhnliche Handlungen sind solche, welche dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder die die Grundlage der Gesellschaft verändern (BMSG 31.8.2007, 323.790/0001-II/A/3/2006).

Eine Pflichtversicherung nach § 2 Abs 1 Z 2 kommt hinsichtlich der Gesellschafter einer wirtschaftskammerzugehörigen **Kommanditgesellschaft** – wie sich eindeutig aus dem Wortlaut des § 2 Abs 1 Z 2 ergibt – nur für die unbeschränkt haftenden Gesellschafter (= **Komplementäre**) in Betracht. Die unbeschränkt haftenden Gesellschafter einer nicht wirtschaftskammerzugehörigen Gesellschaft sowie die Kommanditisten (wenn selbständig erwerbstätig) unterliegen gegebenenfalls 2 Abs 1 Z 4. 22

Eine Pflichtversicherung tritt für einen **Gesellschafter einer wirtschaftskammerzugehörigen OEG** unabhängig vom **Gewinn** ein, selbst dann, wenn mit dieser Gesellschaft **Verluste** erwirtschaftet werden. Eine analoge Anwendung der Ausnahmebestimmung nach § 4 Abs 1 Z 5 und Z 6 auf Erwerbstätigkeiten, die die Versicherungspflicht nach § 2 Abs 1 Z 2 begründen, ist mangels ähnlicher Sachverhalte nicht möglich (ASG Wien SVSlg 54.258). Gesellschafter einer nicht wirtschaftskammerzugehörigen OG unterliegen gegebenenfalls § 2 Abs 1 Z 4, wenn eine entsprechende Überschreitungserklärung (= Erklärung, dass die Einkünfte die maßgebende Versicherungsgrenze überschreiten werden) abgegeben wird oder entsprechende Einkünfte über der Versicherungsgrenze vorliegen, dann unabhängig davon, ob sie tatsächlich Tätigkeiten entfalten. 23

Die Rechtsansicht, wonach Voraussetzung für die Pflichtversicherung nach dem GSVG die **Handlungsfähigkeit des persönlich haftenden Gesellschafters** einer Erwerbsgesellschaft ist, kann nicht geteilt werden. Die Gewerbeberechtigung mit der Folge der Kammermitgliedschaft ist an die Erwerbsgesellschaft als Personengemeinschaft geknüpft und nicht an die einzelnen Gesellschafter (BMAGS 20.1.1998, 121.080/1-7/97). Vgl zur Eigenberechtigung oben Rz 14. 24

Am 1.1.1991 war das **Erwerbsgesellschaftengesetz**, BGBl 1990/257, in Kraft getreten, welches nicht nur den Angehörigen von freien Berufen, sondern auch jenen Gewerbetreibenden, die keine Vollkaufleute sind, ermöglichte, Erwerbsgesellschaften zu gründen. Die Stellung der offenen Gesellschafter einer OEG oder KEG entsprach der von Gesellschaftern einer OHG bzw von Komplementären einer KG. Im Zuge des am 1.1.1991 in Kraft getretenen SRÄG 1990 BGBl 1990/741 war der Versichertenkreis des § 2 Abs 1 Z 2 auf die Gesellschafter einer OEG und die persönlich haftenden Gesellschafter einer KEG entsprechend erweitert worden. Im Rahmen des SRÄG 2006 BGBl I 2006/131 wurde diese Ergänzung wieder herausgenommen, weil durch das Handelsrechts-Änderungsgesetz, BGBl I 2005/120 die Gesellschaftsformen der OHG, OEG und KEG abgelöst wurden (§§ 105 ff UGB; vgl RV 1408 25

BlgNR 22. GP zum SRÄG 2006). Auf diese GesellschafterInnen wird noch in den Schlussbestimmungen des § 314 GSVG Bedacht genommen.

B. Kammermitgliedschaft der Gesellschaft

- 26 Die **offenen Gesellschaften** sind als Personengesellschaften dann, wenn sie Tätigkeiten iS des § 2 WKG entfalten, **Mitglieder der Kammern der gewerblichen Wirtschaft**, nicht aber die einzelnen Gesellschafter der OG. Gerade um die einzelnen Gesellschafter in den Kreis der Pflichtversicherten einzubeziehen, mussten sie daher im § 2 Abs 1 Z 2 besonders genannt werden (OLG Wien SV-Slg 23.879 zu den Vorgängerbestimmungen des § 2 GSPVG und § 3 Abs 2 HKG).
- 27 Für den Eintritt der Versicherungspflicht nach § 2 Abs 1 Z 2 ist nicht erforderlich, dass der Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft (Komplementär) österreichischer Staatsbürger ist, sich im Inland aufhält und im Unternehmen persönlich tätig ist. Vielmehr wird die **Versicherungspflicht** schon allein durch die **Kammermitgliedschaft der Gesellschaft** begründet. Hierbei ist **nicht von Bedeutung, ob es sich bei dem Unternehmen in Österreich um die Zentrale oder eine Zweigniederlassung handelt** (BMfsV 13.1.1983, 123.309/4-6/82, BMfsV 13.12.1982, 127.628/2-6/82).

IV. Geschäftsführende GmbH-Gesellschafter (Abs 1 Z 3)

A. Kammermitgliedschaft der Gesellschaft

- 28 Die **Eröffnung des Konkurses** über das Vermögen einer GmbH vermag ein Erlöschen der Kammermitgliedschaft und damit auch ein Erlöschen der Pflichtversicherung des zum Geschäftsführer bestellten Gesellschafters in der Kranken- und Pensionsversicherung nach § 2 Abs 1 Z 3 begründenden Gewerbeberechtigung der GmbH nicht zu bewirken (VwGH 2006/08/0028). Näheres siehe § 7 Rz 14.
- 29 Die **geschäftsführende Alleingesellschafterin der KomplementärgesmbH einer Kommanditgesellschaft** unterliegt selbst dann nicht der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung und in der Pensionsversicherung, wenn die Kommanditgesellschaft während des gegenständlichen Zeitraumes eine Gewerbeberechtigung gehabt haben sollte. Die GmbH benötigt für ihre Funktion als Komplementärin der KG keine solche. War die **GmbH** aber nicht Trägerin einer **eigenen Gewerbeberechtigung**, fehlt eine der Voraussetzungen für die Versicherungspflicht ihres Geschäftsführers (VwGH 2001/08/0003). Die Pflichtversicherung nach § 2 Abs 1 Z 3 setzt voraus, dass die GmbH Wirtschaftskammermitglied ist. Allerdings kann der geschäftsführende Gesellschafter der Komplementär-GmbH einerseits als solcher (bei Auszahlung einer Geschäftsführervergütung an ihn durch die GmbH mit den damit erzielten Einkünften nach § 22 Z 2 EStG), andererseits als mitbeteiligter Kommanditist der KG (mit seinen KG-Gewinnanteilen, welche Einkünfte

nach § 23 Z 2 EStG darstellen) der Pflichtversicherung nach § 2 Abs 1 Z 4 unterliegen (siehe VwGH 2006/08/0041).

Auch wenn im § 1 bestimmt wird, dass dieses Bundesgesetz die Kranken- und die Pensionsversicherung der im Inland in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen und der sonstigen im Inland selbständig erwerbstätigen Personen regelt, hat dies nicht zur Voraussetzung, dass unbedingt eine auf **Gewinn oder zumindest Einnahmenerzielung** gerichtete **Tätigkeit** vorliegen muss. Bei den nach § 1 versicherten selbständig Erwerbstätigen in der gewerblichen Wirtschaft wird vielmehr gemäß § 2 Abs 1 Z 3 das **Merkmal einer selbständigen Erwerbstätigkeit** – dh einer nachhaltigen, auf Ertrag gerichteten sowie auf eigene Rechnung und Gefahr ausgeübten Tätigkeit – **durch das Erfordernis der Kammermitgliedschaft der Gesellschaft abgedeckt** (VwGH 89/08/0182). Zu beachten ist allerdings, dass bei der Pflichtversicherung nach § 2 Abs 1 Z 4 nicht auf dieses Formalkriterium abgestellt wird. 30

Wird beim Erwerb der GmbH irrtümlich davon ausgegangen, eine gewerbe-rechtlich ruhend gestellte Gesellschaft erworben zu haben, bleibt festzuhalten, dass die Pflichtversicherung der in § 2 Abs 1 Z 3 genannten Personen an das Formalkriterium der Bestellung zum Geschäftsführer anknüpft. Ein dies-bezüglicher Irrtum hinsichtlich der Gewerbeberechtigung der erworbenen Gesellschaft ist insofern unbeachtlich (BVwG L5132005777-1). 30a

B. Geschäftsführender Gesellschafter

Bei den Geschäftsführern wird zwischen den **Fremdgeschäftsführern**, die nicht an der Gesellschaft beteiligt sind, und den **Eigengeschäftsführern**, die sind die geschäftsführenden Gesellschafter, unterschieden, wobei zufolge der im § 2 Abs 1 Z 3 geforderten Tatbestandsmerkmale nur die **Eigengeschäftsführer** nach dieser Bestimmung pflichtversichert sein können. 31

Geschäftsführende Gesellschafter mit einer **Beteiligung von bis zu 25 %** können sowohl nach § 4 Abs 2 ASVG (Dienstnehmer) als auch nach dem GSVG (§ 2 Abs 1 Z 3, sofern die Gesellschaft Mitglied einer der Kammern der gewerblichen Wirtschaft ist, als auch nach § 2 Abs 1 Z 4, sofern die Gesellschaft eben kein Mitglied einer der Kammern der gewerblichen Wirtschaft ist) pflichtversichert sein, wobei die Einordnung ins ASVG bzw GSVG in der Regel von der steuerlichen Einstufung abhängt. Eine Pflichtversicherung nach § 2 Abs 1 Z 3 ist auch bei Nichtveranlagung wegen Unentgeltlichkeit des nicht wesentlich beteiligten geschäftsführenden Gesellschafters einer wirtschaftskammerzugehörigen GmbH festzustellen. Echte Dienstnehmer nach dem ASVG sind nicht nur Personen, die persönlich und wirtschaftlich abhängig gegen Entgelt beschäftigt werden, sondern auch jene Personen, die der Lohnsteuerpflicht nach § 47 Abs 2 dritter Satz iVm § 25 Abs 1 Z 1 lit b EStG (selbst bei fehlender Weisungsbindung auf Grund gesellschaftsvertrag- 32